

Er scheint täglich außer Montags, Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustr. Sonntagsbeilage „Neue Welt“ 10 Pf. Roth-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Monat. Abgibt in der Post-Verwaltung: Preisliste für 1896 unter Nr. 1277.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgeheften Zeilen ober deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Aussagen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Amt 1, Nr. 1508
Kaiserlich-Preussische Postverwaltung
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 1. August 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Gesetzliche Regelung der Heimarbeit.

In allen Ländern, wo in neuerer Zeit Untersuchungen über die Zustände der Hausindustrie und Heimarbeit stattgefunden haben, sind die gleichen elenden sozialen Verhältnisse der Arbeiter jener Betriebsart aufgedeckt: überall hat sich herausgestellt, daß das vielgepriesene „Idyll“ der Hausarbeiter nur in den Köpfen gewisser Politiker, Professoren und Staatsbeamten spukt. Jedem Kenner der tatsächlichen Verhältnisse der „dezentralisierten Großindustrie“, wie Marx treffend die Hausindustrie charakterisierte, erscheint indes eine schleunige und durchgreifende gesetzliche Regelung der Hausindustrie als eine der wichtigsten, wenn auch schwierigsten Aufgaben der nationalen und internationalen Arbeiterschuttpolitik. Das ergab bereits die in den Jahren 1888—90 abgehaltene Enquete des englischen Oberhauses über das Zwischenmeisterwesen und die Heimarbeit; eine Reihe erschreckender Uebelstände wurden dadurch aufgedeckt. Die Untersuchungen, welche das französische Arbeitsamt vor kurzem nach der Richtung vorgenommen hat, ergeben das gleiche Resultat; sie zeichnen ein trostloses Bild von der Lage vieler tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen. Und die Untersuchungen, welche die Reichskommission für Arbeiterstatistik über die Verhältnisse in der deutschen Kleiderkonfektion vorgenommen hat, zeigen das gleiche abschreckende Bild der erbärmlichen Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in diesem blühenden Industriezweige.

Durch die Macht der Thatfachen dazu gezwungen, hat sich in einzelnen Industriestaaten die soziale Gesetzgebung der hausindustriellen Arbeiter mehr oder weniger angenommen und wo dies noch nicht der Fall ist, treibt die Entwicklung unweiderstehlich dahin.

Gegenwärtig verfolgt das österreichische Handelsministerium gleichfalls den Plan einer theilweisen Regelung der Heimarbeit. Es wird beabsichtigt, die Zahl der Sitzgelegenheiten, die in der eigenen Wohnung für Meister arbeiten, dadurch zu regeln, daß ihre Zahl von der Ausdehnung einer Arbeitsstätte abhängig gemacht wird, die nach Ablauf einer Uebergangsfrist Personen unter einer näher zu bestimmenden Altersgrenze nicht mehr aufzunehmen wäre; ferner soll den Stützmeistern das Halten von Lehrlingen in der Hauptsache untersagt werden.

Diese geplante sozialpolitische Scheinreform der österreichischen Regierung verdient es nicht, einer näheren Betrachtung unterzogen zu werden; sie ist gleich zu werthen, als wolle man Elephanten in Mausefassen einfangen; gleichwohl ist dieser Plan den österreichischen Handels- und Gewerbekammern mitgeteilt worden und der Kammer für Niederösterreich hat infolge dessen der Kammersekretär-Stellvertreter Dr. Eugen Schwiedland einen umfangreichen Vorbericht über eine gesetzliche Regelung der Heimarbeit erstattet. Der Bericht ist gedruckt im Verlag der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer erschienen. Nach einer eingehenden Kritik des Entwurfs des Handelsministeriums kommt Dr. Schwiedland zu dem Ergebnis, daß die Vorschriften aller Wahrscheinlichkeit nach auf dem Papier bleiben würden.

Der Bericht giebt eine überschüssliche Darstellung der Entwicklung und des jetzigen Standes der Heimarbeit in Oesterreich; sie hat sich unter denselben vielgestaltigen Arten und Formen vollzogen, wie in anderen modernen Industriestaaten. In Oesterreich wurden schon am Ende des vorigen Jahrhunderts von den Innungen Versuche gemacht, die Hausarbeit zu beschränken; so faßte die Innung der Wiener bürgerlichen Strumpfwirkermeister im Jahre 1792 den Beschluß, künftig dürfe kein Meister einem Gesellen einen Arbeitsstuhl „außer Haus“, d. i. in dessen Wohnung aufstellen; jeder Meister sei vielmehr zu verhalten, alle Stühle in seiner Werkstatt zu betreiben, mithin Stühle, die er bei Gesellen hatte, zurückzunehmen. Ähnliche Versuche zur Beschränkung der Hausarbeit sind von den interessierten Gruppen bis in die neuere Zeit unternommen worden, indes, wie aus der Darstellung hervorgeht, mit sehr zweifelhaftem Erfolg, da zu ihrer Durchführung keine positive Vorkehrung getroffen wurde; diese Versuche hatten deshalb bloß agitatorische Bedeutung.

Schwiedland giebt und dann eine Darstellung über die Bewegung der hausindustriellen Arbeiter und der Gesetzgebung gegen die Heimarbeit in Amerika, England, Australien und der Schweiz. Die Erfolge der schweizerischen Schneider in Genf, Lausanne und Zürich in der Errichtung von Zentralwerkstätten werden von Schwiedland entschieden überschätzt. Es handelt sich hierbei immer um eine kleine Gruppe von Maßschneidern, die theilweise mit nicht unbedeutenden Schwierigkeiten selbst Werkstätten eingerichtet haben und unterhalten.

Ähnliche Versuche sind auch in Deutschland gemacht worden, allerdings nur in vereinzelten Fällen, und diese Versuche sind überall gescheitert. Für die große Masse der Konfektionsarbeiter hatten dieselben absolut keine Bedeutung.

Die Initiative der einzelnen Staaten gegen die Hausarbeit ist zunächst aus sanitären Gründen veranlaßt. Staatliche Intervention wird von Menschenfreunden gefordert, damit nicht Söhne und Töchter des Volkes in ihrem Wohn-, Koch- und Wachsraum gewerbliche Arbeit leisten, im stand, dunst- und gestankgefüllten Räume nach geheimer Arbeit die Nacht verbringen, in übermäßiger, schlecht entlohneter Thätigkeit bei unsicherem Erwerb verkommen, damit nicht ihr jugendlicher Nachwuchs, anstatt Freiheit zu genießen oder Unterricht zu erhalten, vorzeitig zu gewerblicher Mühsal herangezogen werde, das heißt, eine Jugend ohne heitere Luft verleihe, heranwache, ohne eine Jugend zu kennen.“ So wurden denn die einzelnen Staaten schließlich auch

veranlaßt, die Ausbeutung der hausindustriellen Arbeiter zu beschränken, und wie die Gegenüberstellung der bezüglichen Bestimmungen ergibt, geht die englische Gesetzgebung darin am weitesten.

Im Anschluß an die Bestimmungen der ausländischen Gesetzgebung schlägt Dr. Schwiedland für Oesterreich in der Regelung der Heimarbeit folgende „konkrete Maßnahmen“ vor.

Den Unternehmern ist vor allem die Bekanntgabe aller Außerhaus-Arbeiter aufzutragen. Durch diese Katastrierung (Eintragung in ein amtliches Register) aller Verlagsarbeiter (Hausindustrielle) ließe sich folgendes erreichen: Zunächst könnten die Zwischenmeister, bei welchen die Merkmale eines formell selbständigen gewerblichen Betriebes im Sinne der geltenden Gesetzgebung vorhanden sind, zur Anmeldung des Gewerbes veranlaßt, der Gewerdegemeinschaft inorporirt und der Gewerbeinspektion in erheblicherem Maße unterworfen werden. Dadurch würden auch ihre Gehilfen, soweit sie die entsprechende gewerberechtliche Qualifikation als Hilfsarbeiter haben, der Gehilfenversammlung zugezählt und zur obligatorischen Arbeiter-Krankenversicherung herangezogen werden.

Die Einreihung der Arbeiter in die offizielle Organisation der Gehilfenschaft (Gehilfenversammlungen der Zwangs-Genossenschaften) und in die Krankenkassen hält Schwiedland für nöthig, um den Kontakt mit den in den Fachvereinen organisierten Gehilfen zu erleichtern, welche durch ihre zielbewusste Organisation wohl der hauptsächlichste Faktor sind, dem man die so schwierige Aufgabe einer Hebung des Niveaus der Heimarbeiter zumuthen kann.

Würde man jedoch andere weitergehende Maßnahmen wider die Verlagsarbeit ergreifen wollen, so wären die folgenden zu erwägen! Einmal die Herstellung der Betriebswerkstätten, wie dies die schweizer Schneider aus eigenen Mitteln versuchten. . . . Ein weiteres wäre die Frage, ob nicht durch die Organisation des Arbeitsnachweises den vorhandenen Mifständen in einem gewissen Maße abgeholfen werden könnte. . . . In einer anderen Richtung würden die Nachteile der Heimarbeit durch den Bau von Volkswohnungen eingeschränkt werden können. . . . Desgleichen könnten die öffentlichen Körperschaften als Waarenbesteller versuchen, den Schäden der Heimarbeit nach dem Vorbilde der englischen Verwaltung entgegenzuwirken.

Wollte man weiter gehen, so könnte die in England aber auch schon in Oesterreich aufgestellte Forderung in Erwägung gezogen werden, die Benützung aller Werkräume und Arbeitsstätten an eine behördliche Genehmigung zu knüpfen, wie dies in New-York für einen Theil der Hausindustrie bereits der Fall ist.

Wenn man sich der Forderung anschließt, die seitens der organisierten Arbeiterschaft in erster Linie und mit Energie erhoben wird, so oft von der Hausindustrie die Rede ist: der Forderung der Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie, so hält Schwiedland noch eine andere Verfügung für nothwendig. Er schlägt vor, daß diese Forderung dort, wo eine Sonderstellung der Hausindustrie im Gewerbebereich besteht (wie in § 1, Absatz 3 der österreichischen oder im § 154, Absatz 4 der deutschen Gewerbeordnung), formell auf zweifache Weise erfüllt werden kann: Durch ausdrückliche Aushebung dieser Ausnahmestellung, oder durch die Erklärung, daß (nunmehr) alle Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung für die verlegten (hausindustriellen) Werkstätten gelten.

Der Verfasser der Denkschrift hat sich in seiner Arbeit über „Kleingewerbe und Hausindustrie in Oesterreich“ gegen den Vorschlag ausgesprochen, daß die Fabrik-Schutzgesetzgebung einfach auf die Hausindustrie ausgedehnt werde, hauptsächlich deswegen, weil er kaum für möglich hält, durch die vorhandenen Organe der Gewerbe-Inspektion und der Gewerbebehörde das gesamte Kleingewerbe einer wirksamen Inspektion zu unterziehen. Frau Webb-Potter hat, wie Schwiedland anerkennt, demgegenüber wohl mit recht darauf hingewiesen, daß, wenn die Verleger (sowie die Hauseigentümer dafür verantwortlich gemacht würden, daß die von ihnen verleihten Meister, Zwischenmeister oder Heimarbeiter (beziehungsweise die in ihren Häusern wohnhaften betätigten gewerblich thätigen Personen) ihre Arbeit unter solchen Bedingungen verrichten, wie sie das Gesetz vorschreibt, man damit schon eine Handhabe zur Durchsetzung vieler Vorschriften gewonnen hätte.

Die Vorschläge, welche Dr. Eugen Schwiedland zur Regelung der Heimarbeit in Oesterreich macht, lehnen sich in äußerst vorzichtiger Weise den bestehenden Bestimmungen der ausländischen Gesetzgebung an. Sie sind so gehalten, daß die jeweilige Strömung in der Gesetzgebung immer die nöthige Auswahl findet. Wer weniger weitgehende Maßnahmen wünscht, bescheidet sich mit geringfügigen Zugeständnissen; wer weiter und schließlich sehr weit gehen will, findet auch sein Theil. Immerhin sind die Vorschläge zur Beurtheilung der internationalen Strömungen zur Regelung der Verhältnisse in der Hausindustrie beachtenswerthe Erscheinungen. Da wie hier wird es die Aufgabe der organisierten Arbeiter sein müssen, durch eine fortgesetzte Agitation für die Verwirklichung ihrer so selbstverständlichen Forderungen einzutreten.

Politische Uebersicht.

Berlin, 31. Juli.

Wie ein alter Starmah plappert der Inspirator der „Hamburger Nachrichten“ bei jeder Gelegenheit seinen Spruch her: „Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie“. So gipfelt auch jetzt wieder das Sachsenwälder

*) Leipzig, Dunder u. Humblot.

Kommentar zu dem Urtheil des Ober-Verwaltungsgerichts in der Kolberger Sache in dem Wunsche, daß ein Spezialgesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie in der nächsten Session des Reichstages vorgelegt werden wird.“ Uns könnte ja eine neue Auflage der Kollerei nur recht sein. Wir wollen deshalb den „Hamburger Nachrichten“ den Liebesdienst vergelten, indem wir sie auf die praktische tibetaner Erfindung der Gebetmühlen aufmerksam machen. Sie könne ja gleich den Dienern des Dalai Lama ihre Litanei auf Papierstreifen drucken, diese Papierstreifen dann durch solche Gebetmühlen in Drehung setzen lassen. In Tibet hat sich das trefflich bewährt. So ein bißchen Mongolisch steht ja jetzt in bester Achtung bei den deutschen Patrioten. Also nur probiren. Dann spart der patriotische Starmah der „Hamburger Nachrichten“ sein Geplapper und es thut genau dieselben Dienste, vielleicht sogar besser, wenn die neuen Patriotenmühlen im ganzen Reich erst überall ihren Spruch abrollen: „Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie!“ —

Auf den Fall Rosenow kommt das führende Organ der sächsischen Reaktion, das „Leipziger Tageblatt“, zu sprechen und klatscht der Chemnitzer Amtshauptmannschaft, die einen sozialdemokratischen Redakteur wie einen gemeinen Verbrecher behandelt und ihm die persönliche Freiheit beschränkt, lauten Beifall. Die Auslassungen des ehrenwerthen Organs des Leipziger Bürgerthums, welches von jeher die sächsische Arbeiterschaft in der rohesten Weise bekämpfte, sollen offenbar den Zweck haben, die höheren Instanzen, an welche sich Rosenow mit seiner Beschwerde gewandt hat, auf die „Zweckmäßigkeit“ dieser Aufenthaltsbeschränkung aufmerksam zu machen und ihre möglichst ausgedehnte Anwendung auf sächsische Sozialdemokraten zu bewirken. Um so mehr erwächst der sächsischen Parteipresse die Pflicht, die Sache nicht ruhen zu lassen, damit nicht das, was heute dem einzelnen Chemnitzer Genossen geschehen ist, morgen eine Reihe anderer Parteigenossen zu spüren bekommen. Daß diese neueste sächsische Verfügung ein Ersatz für die Bestimmungen des Sozialistengesetzes sein soll, giebt das Leipziger Reaktionsblatt mit anerkenntnswerther Offenheit zu:

„Mit dem Falle des Sozialistengesetzes wäre die Behörde den sozialdemokratischen Volksoberhäuptern gegenüber machtlos geworden, wenn ihr nicht andere gesetzliche Maßregeln an die Hand gegeben wären, den Agitatoren, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch ihre aufrührerischen Lehren gefährden, den Boden für ihre Wirksamkeit zeitweilig zu entziehen und sie auf eine andere Scholle zu verweisen. Diese Maßregel giebt den Sicherheitsbehörden glücklicherweise in Sachsen das angezogene Gesetz vom 15. April 1896 an die Hand.“

Dann folgt eine förmliche Rechtfertigung der Maßregel im Stile sächsischer Versammlungsverbote, die darin gipfelt, daß die Prethätigkeit des sozialdemokratischen Journalisten als „verbrecherisches Thun“ in lieblichem Kapitalistendeutsch bezeichnet wird und schließlich folgende Ermahnung an die Oberbehörden:

„Alle Einwendungen, welche von sozialdemokratischer Seite gegen die Handhabung des Gesetzes bis jetzt erhoben worden sind, laufen darauf hinaus, dem Gesetz in gewaltsamer Weise seine Wirksamkeit, dem Schwerte seine Schneide zu rauben. Wir hegen die Zuversicht, daß auch die Oberbehörde dies erkennen und die antihauptmannschaftliche Verfügung, dafern sie im Wescherwegem angegriffen werden sollte, bestätigen wird. Die Behörde muß eine Handhabe besitzen, um solche Persönlichkeiten wie Rosenow, deren Thätigkeit nur darauf abzielt, den Frieden der Bevölkerung zu untergraben, den Klassenhaß zu nähren und die Unzufriedenheit zu schüren, von den Deten von vornherein fernzuhalten, für die sie gefährlicher gewesen sind und ferner gefährlich werden müssen.“

Nach diesem giftigen Ausfall, der uns zur genüge zeigt, wie die sächsische Reaktion sich für den Fall Rosenow interessiert und die Ausdehnung der Verfügung wünscht, darf man um so gespannter sein, ob und mit welchen Gründen Kreisauptmannschaft und Ministerium die Beschwerde des Chemnitzer Redakteurs abweisen werden. Vielleicht aber braucht man auch nicht gespannt zu sein, denn der Schlusssatz entscheidet liegt in der Hand des Herrn Ministers Weich und das sagt eigentlich genug. —

Das Urtheil im Fall Schröder. Nach einer telegraphischen Meldung des kaiserlichen Gouvernements in Dar-es-Salaam ist der bei der Ostafrikanischen Plantagen-Gesellschaft angestellte Pflanzungsleiter Friedrich Schröder wegen der von ihm verübten Gewaltthätigkeiten von dem kaiserlichen Gerichte in Tanga zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. Dieses Urtheil dürfte erzieherischer wirken als die Urtheile gegen Wehlan und Leist. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Einer Majestätsbeleidigung soll sich der verantwortliche Redakteur des Hannoverischen „Volkswillens“, Genosse Thielhorn, wieder einmal schuldig gemacht haben. Er ist dierfür bereits vor einigen Wochen vor dem Untersuchungsrichter vernommen, jetzt ist ihm die Anklageschrift zugeestellt. —

Deutsches Reich.

Der Kaiser und Stöcker. Das Stöcker sich lange Zeit der Gunst des jetzigen Kaisers zu erfreuen hatte, ist bekannt. Trotzdem ist es wenigstens hierfür eine erst in letzter Zeit bekannt gewordene Reminiscenz wiederzugeben. Pastor W. Krüger veröffentlicht im "Reichsbote" persönliche Erinnerungen an Oberhofprediger Dr. Kögel. Krüger ist sowohl der Schwager Kögel's als auch der Schwager Stöcker's. Pastor Krüger also schreibt:

Es war im Sommer des Jahres, in welchem die sogenannten "Stöcker-Prozesse" in der Öffentlichkeit das größte Aufsehen machten. Der Gedanke lag nahe, daß Kaiser Wilhelm in Erwägung, daß einer der ihm nahe stehenden Hofprediger fort und fort einen so gewaltigen Rumor und eine stets erneuerte Pressebegeisterung hervorruft, eine Aenderung in der amtlichen Stellung Stöcker's wünschen und bewirken werde. Die Stellungnahme Kögel's und das gleichzeitige Eintreffen eines in gleichem Sinne gehaltenen Schreibens des jungen Prinzen Wilhelm an den kaiserlichen Großvater hatte zur Folge, daß Stöcker damals nicht veranlaßt wurde, die Stellung als Hofprediger aufzugeben.

Zum Untergang des "Altis" schreibt eine Lokalcorrespondenz: Die Katastrophe dürfte sich nur wenige Meilen von der Stelle abgespielt haben, wo im vorigen Jahre die Schicht bei Wei-Wei-Wei Nattgefunden hat. Fast noch in Sicht dieses Hafens hat der Taifun das Schiff erfaßt. Unser Gewährsmann, der viele Jahre hindurch das gelbe Meer befahren, erwähnt ferner, daß die zwölf Personen, welche die furchtbare Katastrophe überlebte, durch chinesische Schiffe aufgegriffen worden sein müssen. Diese kleinen chinesischen Fahrzeuge seien überaus festlich und vermögen selbst einem derartig furchtbaren Orkan stand zu halten. Vor etwa Jahresfrist war übrigens auch ein anderes deutsches Kriegsschiff, der Kreuzer 3. Klasse "Alexandrine", infolge eines Taifuns dem Untergang nahe und der Orkan traf das Schiff fast an derselben Stelle im Meer, wo jetzt der "Altis" untergegangen. Glücklicherweise war das festliche Schiff nur von einem Anstößer des Taifuns erfaßt worden und es konnte unter Verlust der Vorsegel-Tafelgeleise fluchtlos den nächsten Hafen erreichen. Unser Gewährsmann glaubt aus der Rettung der 12 Matrosen schließen zu können, daß der entsetzliche Sturm nur wenige Minuten angehalten hat. Das Kanonenboot ist beim schönsten Wetter hinausgefahren und mit rasender Geschwindigkeit ist dann der Taifun, der sich durch ein kleines Wölkchen am Himmel anfänglich kennzeichnete, über das Schiff hergefallen, hat dasselbe mit unvorstelllicher Gewalt im Kreise umhergewirbelt und es so in den Grund gezogen.

Ueber die Vorarbeiten für die nächste Reichstags-Session machen die "Berl. Pol. Nachr." einige Mitteilungen. Von den vorzuliegenden Gesetzesentwürfen hat der Bundesrath einige bereits vor längerer Zeit zur Beratung und Beschlußfassung zugestellt erhalten, so die Novellen zum Gerichtsverfassungsgesetz, zur Konkursordnung und zur Zivilprozeß-Ordnung. Die Erörterung dieser Vorlagen hat nun schon Monate hindurch die zuständigen Bundesräthe Ausschüsse beschäftigt. Sobald der Bundesrath mit diesen Arbeiten fertig sein wird, dürfte auch die Veröffentlichung des Wortlauts der Entwürfe, mindestens jedoch der Novelle zur Konkursordnung, erfolgen. Nimmt man hinzu, daß der Reichstag noch aus dem festverflochtenen Tagungsabschnitte eine umfangreiche, hauptsächlich die Juristen angehende Arbeit in der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Strafprozeß-Ordnung, in welcher die Entschädigung ungeschuldig Verurtheilter, die Wiedereinführung der Berufung in Strafsachen u. s. w. behandelt werden, in zweiter und dritter Lesung zu erledigen hat, so dürfte man in der Annahme kaum fehlgehen, daß auch der zweite Theil der Ende 1896 begonnenen Reichstags-Sitzung den Juristen wieder die meiste Arbeit verschaffen wird, um so mehr, wenn noch eine Reform des Militär-Strafprozeßgesetzes in Frage käme. Was die Vorarbeiten für andere dem Reichstag im Herbst vorzuliegende Entwürfe betrifft, so sind dieselben gegenwärtig wohl nur beim Auswärtigen Amt in Frage, so weit gefördert, daß man mit einiger Gewißheit auf die Einbringung desselben rechnen dürfte.

Zur Gehaltsaufbesserung der Beamten will die "Ostdeutsche Rundschau" von gut unterrichteter Seite erfahren haben, daß die Aufbesserung vom 1. April 1896 ab in Kraft treten soll. Die Aufbesserung für die Subalternbeamten soll in der Weise geschehen, daß das Anfangsgehalt um 300 M. und das vom Tage der Anstellung ab nach 18 Jahren zu erreichende Höchstgehalt um 600 M. erhöht wird. Bei den meisten königlichen Subalternbeamten wird demnach das Jahresgehalt ausschließlich des gesetzlichen Wohnungsgeld-Zuschusses bei der Anstellung 2100 M. und das Höchstgehalt 4200 M. betragen. Die gleichzeitige Gehaltsaufbesserung der höheren Beamten werde wohl auch eine entsprechend höhere sein.

Die Landraths-Kandidatur im Wahlkreis Westhavelland-Brandenburg wird auch von der "Rhein. Ztg." auf's tiefste beklagt und schließlich bemerkt: "Die lange mag die Regierung es mit ansehen, daß im Lande auf und ab der Glaube entsteht, ein Landrath im allen Preußen könne sich bei Wahlen alles und noch einiges mehr herausnehmen."

Die Dauer der Prozesse betrug in erster Instanz bei den preussischen Landgerichten: weniger als eine Woche bei 9920 Wechselprozessen und 282 sonstigen Prozessen; eine Woche bis ausschließlich einen Monat bei 22 362 Wechselprozessen und 19 589 sonstigen Prozessen; einen bis ausschließlich 2 Monate bei 58 Wechselprozessen bzw. 55 742 sonstigen Prozessen; 2 bis ausschließlich 3 Monate bei 20 Wechselprozessen und 11 796 sonstigen Prozessen; mehr als drei Monate bei 7 Wechselprozessen und 10 016 sonstigen Prozessen. Von allen durch kontraktorischer, die Sache erledigendes Endurtheil für die Instanz beendeten Prozessen hatten seit Einreichung der Klageschrift (bzw. Ladung zur Terminbestimmung) bis zur Verhängung jenes Urtheils gedauert: weniger als 3 Monate 8213, 3 bis auschl. 6 Monate 9646, 6 bis auschl. 12 Monate 10 581, 1 bis auschl. 2 Jahre 4787, über 2 Jahre 1857 Prozesse.

Zu der Verurteilung in 11 Fällen betrug der Zeitraum zwischen Einreichung der Verurteilungsschrift zur Terminbestimmung und dem ersten Verhandlungstermin für die 1895 in der Verurteilungsschrift anhängig gewordenen Sachen in 11 Fällen weniger als 1 Woche, in 459 1 Woche bis auschl. 1 Monat, in 20811 1 bis auschl. 2 Monate, in 4190 2 bis auschl. 3 Monate und in 6268 Fällen 3 Monate und mehr. Dagegen hatten von allen durch kontraktorischer, die Sache erledigendes Endurtheil für die Instanz beendeten Prozessen seit Einreichung der Verurteilungsschrift zur Terminbestimmung bis zur Verhängung jenes Urtheils in der Verurteilungsschrift gedauert: weniger als 3 Monate 8468, 3 bis auschl. 6 Monate 8200, 6 Monate bis 1 Jahr 5865, 1-2 Jahre 1712 und über 2 Jahre 270 Prozesse.

Zu den Begnadigungen von Polizisten bemerkt der streng konservative "Reichsbote":

"Wir möchten hoffen, daß diese Angaben amtlich berichtet werden können; wenn sie zutreffend sind, so glauben wir allgemeiner Zustimmung sicher zu sein, wenn wir in aller Ehrlichkeit feststellen, daß Begnadigungen dieser Art dem Rechtsgefühl des Volkes nicht besser entsprechen, wie die eine zeitlang stehend gebliebenen Begnadigungen verurtheilter Duellanten. Es ist eine wichtige Pflicht des Herrschers und der Regierung, ihre Beamten und Diener dort zu schämen, wo sie in treuer, fester Ausübung ihrer Pflicht gehandelt haben. Unsere revolutionär unterwühlte Zeit erfordert dies besonders. Aber

wenn man ungeschickliche Ausschreitungen von Beamten in Schutz nimmt und die von einem ordentlichen Gericht dafür erkannten Strafen abschwächt, so setzt man sich selbst mit in das Unrecht und schafft eine Art Privileg für Nichtvergeßlichkeit der unteren Organe, welches die bürgerlichen Kreise verletzen muß und sicher nicht ersterblich auf den Geist der Beamenschaft einwirkt. Es mag für dieselbe manchmal schwer sein gegenüber dem leidenschaftlichen Loben sozialistischer Umstürzler ruhig Blut zu behalten, aber nur wenn sie selbst den Fuß unverrückt beim Marstein des Gesetzes hält, wird sie die bürgerliche Ordnung recht hüten können."

Wir wollen dazu nur bemerken, daß die in letzter Zeit begnadigten Polizisten durchaus nichts mit sozialistischen Umstürzern zu thun hatten. Sie wurden bestraft, weil sie z. B. beliebige Publikation mißhandelt hatten und wurden begnadigt aus Gründen, die wir nicht kennen, aber sicher nicht deshalb, weil sie sich bloß an sozialdemokratischen Umstürzern vergreifen hatten."

Ober-Verwaltungsgericht und Sozialdemokratie. Zu der eigenthümlichen Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichtes in Sachen des Kolberger Strand-Schloßes schreibt die "Kölnische Volks-Zeitung":

Die Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichtes scheint und sehr zweischneidiger Natur zu sein. Mit der "notorisch" grundsätzlichen Bekämpfung der Grundlagen der bestehenden Staats- und Rechtsordnung ist das so eine eigene Sache. Haben nicht wir "Ultramontanen" noch vor einigen Jahren "notorisch" die Grundlagen von Staat und Reich bekämpft, und thun wir es in den Augen vieler protestantischer Fanatiker nicht auch heute noch? Es könnte die Zeit kommen, wo auch die Ueberlassung eines Saales an die Zentrumspartei vom Ober-Verwaltungsgericht als "Bekämpfung" des Umsturzes angesehen würde. Hat doch Oberbürgermeister Kaufmann in Bonn schon lediglich sein "Amt verwirkt", daß er nicht erklären wollte, "gern" an mangelhafter Bekämpfung ultramontaner Umsturzbekämpfungen mitzuwirken. Man sage nicht, das sei eine übertriebene Schwarzfärberei. Gebranntes Kind scheut das Feuer. Was heute der einen Partei passiert, kann morgen der anderen passieren; es braucht bloß wieder eine politisch oder religiös aufgeregte Zeit zu kommen, und ohne Umstände wird eine Partei aus dem Frieden gesetzt und für eine Ausnahmeperiode erklärt.

Einer sonderbaren Illusion giebt sich das Ober-Verwaltungsgericht auch hin, wenn es meint, die Vergabe eines Saales sei eine Begünstigung der Sozialdemokratie, die Verweigerung also eine Bekämpfung sei. Umgekehrt dürfte es ziemlich richtig sein, wenigstens in Fällen wie der vorliegende. Die Sozialdemokratie kann nur Agitationsstoff daraus entnehmen, wenn ihr ein städtischer Saal verweigert wird, den alle anderen Parteien benutzen dürfen. Ein helles Streiflicht wirft die Darlegung des Ober-Verwaltungsgerichtes auch auf ein etwaiges künftiges Sozialstengeseh. Wirthe, die ihr Lokal zu sozialdemokratischen Versammlungen hergeben, machen sich der "Begünstigung" schuldig und müßten gewärtigen, daß sie die Konzeption vermisst hätten. Und wie sieht es denn mit Beamten, welche den Bund der Landwirthe unterstützen? Aus dem Bunde löst doch von Zeit zu Zeit das Wort des Herrn Ruprecht-Ransers heraus: "Wir müssen als Sozialdemokraten werden!" Das tausende von kleinen Beamten bei den Wahlen für die Sozialdemokraten stimmen, ist auch kein Geheimnis. Mühte denen nicht etwas näher nachgegangen werden? Wir meinen, man sollte auf dem vom Ober-Verwaltungsgericht gezeigten Wege nicht vorangehen. Man holt sich da doch nur Niederlagen. Nicht indem man die Sozialdemokratie als Ausnahmeperiode behandelt, besetzt man sie, sondern indem man die Ursachen beseitigt, denen sie ihre Existenz verdankt."

Zur Einfuhr amerikanischen Pferdefleisches. Auf den Wunsch des Reichskanzlers haben Erhebungen darüber stattgefunden, ob Maßnahmen gegen die Einfuhr überseeischer, vorzugsweise amerikanischen Pferdefleisches nach Deutschland zu ergreifen seien, dessen Transport vornehmlich über Belgien geht. Deutsche Fleischfachblätter hatten über amerikanische Reisende berichtet, welche in den verschiedensten Städten Deutschlands, namentlich am Rhein und in Hamburg, Absatzgebiete für diese Waare zu erringen bemüht gewesen seien. Die Erhebungen sollen nach der "Frankfurter Zeitung" jedoch ergeben haben, daß es vorläufig nicht nöthig sei, Abwehrmaßregeln zu ergreifen.

Geheim. Das halle'sche "Volksblatt" theilte kurz vor der Wahl mit, daß den Bediensteten und Arbeitern der halle'schen Bahndirektion diesmal Schwierigkeiten betreffs ihrer Theilnahme an der Wahl in den Weg gelegt würden. Es ist jetzt in der Lage, diese Mittheilung durch Abdruck des folgenden Schriftstücks zu beweisen:

Halle a. S., den 24. 6. 96.
Königl. Eisenbahndirektion
No. G. 634 Pr.
Geheim!

Am 30. Juni d. J. von vormittags 10 bis nachmittags 6 Uhr findet in den zum Reichstags-Wahlbezirk Halle a. S. gehörigen Orten die Nachwahl eines Reichstags-Abgeordneten statt. Die Herren Inspektions- und Bureauvorstände werden ersucht, die nachgeordneten Beamten und Arbeiter auf den in Frage kommenden Stationen in geeigneter Weise auf ihre Pflicht zur Ausübung ihres Wahlrechts aufmerksam zu machen und den dazu erforderlichen Urlaub zu gewähren. Hinsichtlich der im Arbeitsverhältnis stehenden Personen wird noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß für die durch Ausübung des Wahlrechts veräumte Arbeitszeit Lohn nicht zu bewilligen ist. Die Arbeiter werden deshalb ihr Wahlrecht möglichst außerhalb der Beschäftigungszeit auszuüben haben. G. Sendel.

Warum ist dieser Erlaß als geheim gekennzeichnet. Sollten die Beamten noch einiges zwischen den Zeilen herauslesen?

Zur Frage des Bernstein-Monopols schreibt auffallend verspätet die halbamtliche "Berl. Correspondenz" jetzt: "Ein Vortheil hat der Prozeß Westphal bereits gezeigt, indem die Regierung zu Königberg dem Besitzer Fintz zu Bardau bei Palmnick, einem Nachbar des Geh. Kommerzienraths Wedder, die Erlaubnis zur Eröffnung eines Bernstein-Bergwerks auf seinem Grundstuck erteilt hat."

Diese Mittheilung ist unzutreffend. Nach Auskunft der Regierung zu Königberg i. Pr. sind seit dem 31. Oktober 1890 weder von dem genannten Besitzer Fintz, noch von anderer Seite Anträge auf Eröffnung der Eröffnung eines Bernstein-Bergwerks gestellt worden. Den diesbezüglichen von dem Interessenten vor dem angegebenen Zeitpunkt gestellten Anträgen gegenüber hat die Staatsverwaltung zu keiner Zeit sich ablehnend verhalten."

Elebe, 31. Juli. Amtliches Wahlergebnis. Bei der heutigen Landtags-Erwahl wurde Herr Dr. Heveling zu Pfalzdorf (3. gemäßig) mit 120 Stimmen gewählt, gegen von Menschow zu Goch (3. gemäßig), der 56 Stimmen erhielt.

Saarbrücken, 29. Juli. (Frankfurter Zeitung.) Während das Berliner Organ des Freiherrn v. Stumm, die "Post", der obersten Kirchenbehörde ein Vorgehen gegen die Verfasser der schon erwähnten, bereits in zweiter Auflage erschienenen Schrift: "Freiheit v. Stumm-Palberg und die evangelischen Geistlichen im Saargebiet" anempfehlte, bemerkt das Rheinischer Organ "Stimm's", dem königl. Konsistorium zu Koblenz sei eine Beschwerde-Schrift gegen verschiedene in der Broschüre enthaltene Auslassungen, die das Blatt als Unwahrheiten und Entstellungen bezeichnet, von Seiten Stumm's eingereicht worden. Warum

bringt er diese Beschwerden nicht gleich in Form einer Erwiderung in den ihm zur Verfügung stehenden Blättern an die Öffentlichkeit? —

Marschunfälle. Den "Dresdener Nachrichten" wird aus Pauen unterm 29. Juli berichtet: Das 4. Infanterie-Regiment Nr. 103 hielt am gestrigen Tage eine Feldübungsübung mit Kavallerie in der Gegend von Pieskowitz-Doberschütz-Kredwitz ab. Zum Schluß wurde bei letzterem Orte Bival bezogen. Zelte aufgeschlagen und abgelocht. Die Mannschaften erhielten frisches Fleisch, Kartoffeln und Bier. Auf dem Marsche vom Bival zur Garnison wurden 52 Mann marschunfähig, davon 8 von der jetzt abenden Lehrer-Kompagnie. Sämmtliche unter ärztlicher Aufsicht zurückgelassenen Leute wurden auf sofort herbeigebrachten Wagen dem Garnison-Lazareth zugeführt. Bedauerlicherweise ist der Soldat Lehrer Wiffen in der Nacht verstorben, während sämtliche andere Mannschaften sich der Sicherheit wegen noch in Pflege, aber außer jeder Gefahr befinden. Die Lehrer-Kompagnie ohne Gepäc — nur mit langgelegter Zelbahn und Kochgeschirr — hatte der Feldübungsübung selbst nicht beigewohnt, sondern war zum Bival mit der Regimentsmusik nach dem 5/2 Kilometer entfernten Kredwitz marschirt und nach drei Stunden währenden Bival mit dem Regiment direkt zur Garnison zurückgeführt, so daß deren Gesamtmarckleistung 11 Kilometer (in zwei Abtheilungen) etwas über zwei Stunden betrug.

Lübeck, 31. Juli. Der Bau des Elbe-Travelkanals auf der Strecke Lübeck-Mölln hat heute begonnen.

Schweiz. Zürich, 29. Juli. (Eigener Bericht.) Bei einem großen Theile der Demonstranten gegen die Italiener scheint nicht bloß Empörung über deren Rohheiten bestimmend für ihr Vorgehen gewesen zu sein, sondern auch der Haß gegen sie als Arbeiter, wodurch der Kravall zum Pendant des Berner Kravalls von 1893 geworden ist. Die Italiener werden eben von den Unternehmern vielfach den einheimischen Arbeitern vorgezogen, so daß manche derselben arbeitslos sind, während tausende von Italienern Arbeit und Verdienst haben. Ferner richtet sich die Demonstration auch gegen die Polizei, welche die Italiener in Bezug auf Schriften und Wohnung fast gar nicht kontrollirt und endlich auch dagegen, daß diese so gut wie keine Steuern zahlen, weil sie sich einfach nicht melden, während sonst jeder Arbeiter Steuern zahlen muß. So erhalten die Vorgänge einen sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund. — Es sind nun mehr als 20 italienische Wirtschaften demolirt, dergleichen Straßenlaternen, Polizeiposten etc. Offenbar hat an diesen Verwüstungen die Gese der Gesellschaft, Jubilar und dergleichen den größten Antheil. Infolge der Abreise zahlreicher Italiener stehen nun nicht wenige Bauten still, so auch die neue Kirche in Wiesikon-Bürch.

Die Leitung der sozialdemokratischen Partei in Auserficht hat folgende Plakate aufschlagen lassen:

"An die Arbeiter von Zürich III. Wir richten die dringende Bitte an Euch, den gegenwärtigen Ergüssen, diesen Italienern, fernzubleiben. Bietet nicht Hand dazu, daß all' die Ungerechtigkeiten, die da mitunterlaufen, schließlich der Arbeiterschaft in die Schuhe geschoben werden können. Sorgt doch dafür, daß Ihr bei allen politischen Aktionen zu Eurem Rechte kommt, anstatt Euch in einem Kampfe zu ereifern, der doch nur ein Bruderkampf ist. Sorgt dafür, daß von "oben" herab, resp. behördlicherseits endlich Ordnung geschaffen werde betreffs der "Italienerfrage" sowohl bezüglich Steuerengagement als in sanitätspolizeilicher Beziehung. Eure unterzeichneten Vertrauensleute entschlagen sich jeder Verantwortung für vorkommende geschehene Uebergresse und erwarten diesbezüglich speziell von der organisierten Arbeiterschaft eine disziplinierte und unseren Tendenzen entsprechende Aufführung. Also vor allem: Ruhig Blut."

Frankreich. Paris, 31. Juli. Die katholische Presse ist entrüstet über den Vorschlag des Kultusministers, wonach allen jungen Geistlichen der Stadt die Verpflichtung auferlegt wird, während 28 Tagen Militärdienste zu leisten. Bisher waren die Geistlichen von der Militärdienstpflicht befreit.

Belgien. Brüssel, 31. Juli. Die sozialistische Gemeindeverwaltung von Harbaumont beschloß, dem formellen Ersuchen des Ministers des Innern, bei den Nationalfesten die Tricolore zu verwenden, nicht stattzugeben, sondern ausschließlich sich der rothen Fahne zu bedienen.

England. London, 31. Juli. Ueber hundert Unterhaus-Mitglieder aller Parteien unterzeichneten ein Gesuch an den Staatssekretär des Innern Sir W. Ridley, um für Jameson und Genossen die Vergünstigung auszuwirken, als Gefangene erster Klasse behandelt zu werden, und zwar unter Hinweis auf die Unzweckmäßigkeit der Verweigerung der Berufung, wie unrecht sie auch immer gehandelt haben möchten, sowie auf die bereits in Südafrika existierende Gefängnisstrafe.

Italien. Rom, 31. Juli. Durch königliche Verordnung ist die Einleitung einer Enquete über die Verwaltung der Eisenbahnen verfügt worden.

Rom, 31. Juli. (W. Z. W.) Die "Gazetta ufficiale" veröffentlicht heute ein Dekret vom 30. d. M., durch welches die die Parlamentssession vertagt wird.

Rom, 31. Juli. (W. Z. W.) Aus Albano wird gemeldet, daß Crispi dort gestern von Kurgästen insultirt wurde.

Amerika. Washington, 31. Juli. In Beantwortung einer Anfrage eines Zeitungs-Korrespondenten aus Arkansas äußerte der Staatssekretär Carlisle, im Falle der freien Silberprägung würde die gesammte Valuta sofort auf die Silberbasis hinabsinken und die Gelds und Tratten in Silberdollars oder deren Aequivalent gezahlt werden. Niemand könne annehmen, daß es die Pflicht der Regierung sein würde, den für Privatpersonen oder Korporationen unentgeltlich geprägten Standard-Silberdollar auf gleichem Werthe mit dem Golddollar zu erhalten.

Washington, 30. Juli. Der Präsident Cleveland erließ eine Proklamation, welche den Bürgern die Beobachtung der Neutralität Kubas gegenüber zur Pflicht macht und anfündigt, daß jede Verletzung der Neutralität streng verfolgt werden wird.

Rubanisches. Nach einer über Madrid eingetroffenen Privatdepesche aus Havannah ist in der Hauptstadt der Insel Pinos ein Waffen- und Munitionsdepot und damit zusammenhängend eine Verschwörung entdeckt worden. Den Verschwörern war es gelungen, sich des Militär-Kommandanten zu bemächtigen; derselbe wurde jedoch durch die Polizei wieder befreit und so der Plan zum Scheitern gebracht. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Ein in New-York eingegangenes Telegramm aus Havannah meldet über die Unruhen auf der Insel Pinos, daß unter den dortigen Gefangenen gestern eine Revolte ausgebrochen sei. 300 andere Personen hätten sich heute der Bewegung angeschlossen und bereiteten einen Angriff auf die Stadt vor.

Die Streitkräfte der kubanischen Insurgenten. Das Madrider Blatt "La Correspondencia" erhält von einem Offizier aus Kuba einen Bericht, in dem die Streitkräfte der Insurgenten, ungerichtet eine Menge von kleineren über die ganze Insel zerstreuten Scharen auf 45 800 Mann geschätzt werden. Diese Zahl umfaßt aber nur die mit den Waffen in der Hand kämpfenden Insurgenten. Daneben

bleibt es nach der Ansicht des Gewährsmannes der „Correspond.“ wohl noch 250 000 Separatisten, die auf den Plantagen und Sandgütern wohnen und mit allen möglichen Mitteln den Insurgenten durch List und Verrath zu wehren suchen.

Die Anarchisten hielten in London vorgestern die Demonstrationssammlung ab, die sie schon vor mehr als einer Woche angekündigt hatten. Ganze 1000 Leute, fast ausnahmslos Neugierige, fanden sich als Zuhörer zusammen. Es sprachen Eliseo Reclus, Bernhard Lazare, Krapotkin, Louise Michel, Domela Nieuwenhuis, Alexander Cohen, Landauer und Louis Groß. Herr Bernhard Lazare, ein früherer Rabbiner in Ostpreußen, der jetzt für chauvinistische Bougeoisblätter in Paris schreibt, und wie Ehren-Rosenthal seinen Namen französisch hat, bezeichnete den Internationalen Kongress als ein Parlament von Kleinbürgern unter all den anarchischen Wadern war kein Arbeiter und keiner, der jemals Arbeiter war. Desto spärlicher erscheint die Kritik des Herrn Lazare gegen unseren Kongress. Herr Gardie und Tom Mann waren auch in der Versammlung erschienen. Beide haben hervor, daß sie keine Anarchisten seien, aber auch die Anarchisten als Kämpfer gegen die Unterdrückung anerkannten.

Internationaler Arbeiter- und Gewerkschaftskongress.

Schluß der Mittwoch-Sitzung.
London, 29. Juli.

Millerand (einer der französischen Delegierten, die aus der radikalen Partei heraus sich zur Sozialdemokratie entwickelt haben) nimmt das Wort zur Begründung des französischen Antrages auf selbständige Kommissionsberatung von 47 französischen Delegierten (neben Gaurès, Millerand, Biviani, Gerand-Richard fast ausschließlich Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei):

Die 47 Delegierten der einen Sektion verlangen nicht persönliche Gegenseitige wegen des Wort, sondern weil es sich um prinzipielle Auseinandersetzungen handelt, die für das gesamte internationale Proletariat von Wichtigkeit seien. Man muß sich auseinander setzen mit denen, die unter dem Deckmantel der Gewerkschaften als Anarchisten hier sich eingefunden hätten und im Widerspruch mit der Züricher Resolution hier erschienen seien. Diese Anarchisten seien bisher gekommen, um die Sozialisten mit allen Mitteln zu bekämpfen, ihr Zweck sei nicht, im Interesse der Gewerkschaften zu wirken, sondern den Kongress zu benehmen, um für ihre anarchischen Ideen Propaganda zu machen. Nach Frankreich zurückgekehrt, würden sie sich dort ihrer Triumphe brüsten und die Sozialisten wieder aufs ärgste verleumdern. Mit solchen Leuten sei keine gemeinsame Sache zu machen und darum hätten er und seine Genossen sich von den Anarchisten getrennt und verlangten von dem Kongress, daß er sie als eine besondere Delegation anerkenne. Das zuzulassen sei man ihnen schuldig mit Rücksicht auf die großen Massen ihrer Anhänger, die sie vertreten, wogegen die angebliche Majorität der Vertreter hier auf dem Kongresse eine Minorität der französischen Arbeiter repräsentierten.

Näme der Kongress ihren sehr berechtigten Wünschen nicht entgegen, so läßt er und seine Parteigenossen sich leider genötigt, den Kongress zu verlassen. Sie könnten und dürften nicht dulden, daß infolge von allerlei zweideutigen Machinationen es den Anarchisten gelinge, als sei das französische Proletariat in seiner Mehrheit anarchisch gesinnt. (Stärkster Beifall.)

Der Vorsitzende theilt mit, daß die französischen Delegierten sich bereits verständigt hätten, daß jede Partei je einen Delegierten in die Kommissionen wählen, so daß sie zusammen nicht mehr Stimmen besäßen, als die anderen nationalen Delegationen, denen ebenfalls je zwei Vertreter für jede Kommission zugestanden sind.

Vandervelde-Brüssel spricht gegen Millerand. Die Frage sei eine rein formelle, nicht aber eine prinzipielle. Die belgische Sektion habe sich einstimmig gegen das Verlangen von Millerand und seiner Freunde erklärt. Billige man das Verlangen der letzteren, so sei dies eine Prämie auf Spaltungen in den einzelnen Parteien. Es handle sich um eine Minorität, die sich der Majorität fügen müsse. Die letztere sei nicht bloß anarchisch, es seien darunter auch Vertreter der parlamentarischen Aktion, Parlamentarier, Abgeordnete und Vertreter von Gewerkschaften. Er bedauere die Spaltung, aber man setze sich in Widerspruch mit den Züricher Beschlüssen, falls man durch Zustimmung zu dem Verlangen der Minorität dieser eine besondere Vertretung in den Kommissionen einräume. (Widerstand und Beifall.)

Baillant-Paris (Blonquist) und Allemane-Paris verlangen gegen Millerand noch gehört zu werden, aber der Kongress beschließt, die Debatte zu schließen.

Für den Antrag der Franzosen: sich in zwei Delegationen zu trennen und je einen Vertreter in die Kommission zu wählen, stimmen für: Amerika erklärt, mit Vergnügen für die Schreibung von den Anarchisten zu stimmen. (Großer Beifall und Lärm.) Australien, Deutschland, Schweden, Spanien, Rußland, Österreich, Ungarn, Dänemark, Norwegen, Schweden, Spanien. — Gegen: Frankreich 114 gegen 110 Stimmen, Belgien, Italien, Holland, Frankreich mit starkem Widerstand.

Schluß der Sitzung abends 1/8 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag vormittags 9 Uhr.
Vierte Sitzung: Donnerstag vormittags 9 Uhr.
London, 30. Juli 1896.

Vandervelde-Brüssel übernimmt den Vorsitz. Vor Eintritt in die Tagesordnung müssen wir wohl den Bürgern Baillant und Allemane noch das Wort zu einer kurzen Erklärung geben; damit ist jedoch dann die Debatte über die Mandate geschlossen.

Baillant: Wir sind nicht hierher gefahren, um etwaige nationale Zwistigkeiten auszugleichen, sondern um die gemeinsamen Arbeiterklasseninteressen zu vertreten und zu fördern. Er bittet, eine von einem Engländer eingebrachte Adresse mit Aklamation anzunehmen, worin der Kongress seine Sympathie ausdrückt für den Genossen Delory in Lille, der durch die reaktionäre Regierung seines Amtes entbunden wurde, weil er für die Klasseninteressen der Arbeiter eingetreten sei, und ferner die sozialistischen Arbeiter des Norddepartements auffordert, unentwegt weiter zu kämpfen gegen die reaktionären Arbeiterparteien und die kapitalistische Regierung.

Baillant giebt im Namen von 52 Franzosen die Erklärung ab, daß die französische Delegations-Mehrheit keine anarchische sei; sie lehne nur ab, die einzelnen Delegierten aus ihrer persönlichen politischen Ueberzeugung zu kontrollieren. Wenn die Anarchisten sich als Anarchisten bekännen, würden sie ausgeschlossen werden; als Vertreter von Gewerkschaften müssen wir mit ihnen tagen. Wir arbeiten mit ihnen, gerade um ihren Einfluß in den Gewerkschaften zu bekämpfen und zu brechen. Im übrigen stehen wir auf dem Boden des Klassenkampfes und der Züricher Resolution. Sie bedauern die Trennung, weil sie böse Konsequenzen für die sozialistische-revolutionäre Agitation in Frankreich selber nach sich ziehe.

Nämlich äußert sich Allemane. Damit ist die Debatte geschlossen; der Kongress tritt endlich in den ersten Punkt der Tagesordnung ein: Agrarfrage.

Hierzu liegt folgende Resolution vor:
Die Mißstände, welche die kapitalistische Ausbeutung der Landwirtschaft für die Arbeiter des Bodens wie für die gesamte Gesellschaft in stets steigendem Maße hervorruft, können ihrer subalternen und vollkommenen Beseitigung nur in einer Gesellschaft finden, in der der Grund und Boden gleich den übrigen Produktionsmitteln im Gemeineigentum verwandelt ist, welches die

Gesellschaft im Gemeininteresse auf das rationellste bewirtschaften läßt.

Die Grundeigentums-Verhältnisse und die Scheidung der Klassen der Landbevölkerung in den einzelnen Ländern sind jedoch zu verschieden, als daß es möglich wäre, eine für die Arbeiterparteien aller Länder bindende Regel aufzustellen in bezug auf die Mittel, die zu diesem Ziele führen und in bezug auf die Klassen der Landbevölkerung, die dafür zu interessieren sind.

Dagegen aber ist es für jede Arbeiterpartei die erste und wichtigste agrarpolitische Aufgabe, das Landproletariat in seinem Klassenkampf gegen seine Ausbeuter zu organisieren.

Ausgehend von diesen Grundsätzen überläßt es der Kongress jeder Nation, zur Erreichung des gemeinsamen Zieles die Taktik und die Mittel festzusetzen, die der Eigenart ihres Landes am besten entsprechen.

Der Kongress erklärt es für wünschenswert, daß in jenen Ländern, in denen von den Arbeiterparteien Kommissionen zum Studium der Agrarfrage eingerichtet sind oder eingerichtet werden, diese Kommissionen einander bei ihren Arbeiten durch Zuweisung und Austausch von Material u. s. w. unterstützen.

Vandervelde, an dessen Stelle Ferris den Vorsitz übernimmt, ist Berichterstatter der Kommission: Bei der großen Verschiedenheit der Agrarverhältnisse in den einzelnen Ländern mußte die Kommission sich selbstverständlich nur auf die allgemeinen, hervorstechendsten Merkmale beschränken. Einig waren wir darin, daß es jeder Nation überlassen bleiben müsse, welche Forderungen sie stellen und wie sie die ländliche Bevölkerung für die sozialistische Propaganda gewinnen. Einig war die Kommission ferner, daß es im Interesse der sozialistischen Propaganda angebracht sei, agrarische Studienkommissionen zu bilden, damit diese das gesammte Material, Dokumente, Statistiken austauschen, um so Licht zu verbreiten über die äußerst verwickelten und verschiedenartigen Verhältnisse und sich klar zu werden, welche Methoden sich am besten eignen zur Propaganda und Aufklärung.

Erfreulicherweise könnte konstatiert werden, daß sämtliche Mitglieder der Kommission einig waren in der Grundforderung: Ueberführung des Grund und Bodens (wie sämtlicher Produktionsmittel) in den Gemeinbesitz der Gesellschaft. Dagegen müsse man in allen Einzelheiten den einzelnen Nationen möglichst freie Hand lassen, denn die Agrarverhältnisse seien in den Ländern zu verschiedenartig. Die Engländer kennen die Agrarfrage nur in der Form des großen, in einer Hand zusammengebrachten Großgrundbesitzes. Belgien und Frankreich hingegen müssen rechnen mit einem weit ausgebreiteten Gebiet des zerstückeltesten Kleinbesitzes, mit Kleinbauern und Pächtern, die fast an ihrer Scholle leben oder, um mit Marx zu sprechen, wie die Schnecken mit ihrem Haus verwachsen sind; Rußland habe noch eine Reihe von Ueberbleibseln aus dem kommunistischen Gemeinbesitz — kurz: überall sind die Verhältnisse und Grundverhältnisse je nach wirtschaftlicher und historischer Entwicklung verschieden.

Die Agrarfrage ist erst noch im Werden, wir können daher keine bindenden internationalen Maßregeln vorschlagen. Aber darin sind wir einig, daß die von uns eingeschlagene Taktik immer gehalten sein muß unter dem Gesichtspunkt des sozialistischen Ideals der Grund- und Bodenverstaatlichung. Wir glauben also, es sei nicht unsere Aufgabe, in erster Linie ein sogenanntes Aktionsprogramm auszuarbeiten und können absehen von besonderen Einzelvor schlägen für Kleinbauern und Pächter. Unsere Aufgabe ist in erster Linie die Aufklärung und Gewinnung der Massen der Landproletariat, die in einer ganzen Reihe von Ländern noch unter geradezu menschenunwürdigen Verhältnissen, übermäßig langer Arbeitszeit und bei Hundelöhnen leben müssen.

Ueberall drängen die Verhältnisse darauf, daß die sozialistischen Parteien sich mit der Agrarfrage beschäftigen müssen. Notwendige Voraussetzung für den Sieg des Sozialismus sei der Zusammenschluß des städtischen und ländlichen Proletariats so lange diese Einigkeit nicht erreicht sei, sei die Herrschaft der Segner gesichert. Daher ihre Hoffnung; auf den antikapitalistischen Bauernschaden, auf die Bauernöhne, die als Soldaten die Brutweir der kapitalistischen Ausbeutung bilden sollen. Wir müssen daher Aufklärung in die Köpfe der reaktionären Landbevölkerung schenken, damit auch unterm Soldatenrod das Herz des Landproletariats schlägt für die Interessen seiner mitausgebeuteten Brüder in der Industrie.

Für die englische Kommission minderheit begründet Pearson (Mitglied der Sozialdemokratischen Föderation) nachstehende Resolution:

Minoritätsbericht der britischen Delegierten der Agrarkommission.

Die Vertreter der britischen Sektion der Agrarkommission unterbreiten hiermit dem Kongress ihren Minoritätsbericht:

Sie sind thätigsten in Uebereinstimmung mit dem von der Kommission gefassten Beschluß mit Ausnahme der letzten Paragraphen. Sie halten es aber für nötig zu erwähnen, daß die von ihnen eingebrachten Anträge von der Kommission verworfen worden sind.

Folgendes sind die zurückgewiesenen Anträge:

a) Abgegeben von der direkten Ausbeutung der Landarbeiter durch die Grundeigentümer und Kapitalisten, werden die Landarbeiter in verschiedenen Ländern noch besonders bedrückt dadurch, daß ihnen die Verteilung des Ueberflusses ihres Arbeitsproduktes unter die Mitbürger erschwert wird durch den Umstand, daß die Eisenbahnen wie die übrigen Verkehrsmittel und auch die Märkte im kapitalistischen Privatbesitz sich befinden, und die Hindernisse, welche der wirtschaftlichen Ausnutzung des Landes im Wege stehen, können nur durch die Beseitigung der oben genannten Verkehrs- und Austauschmittel beseitigt werden.

b) Da in vielen Ländern die Entwicklung des kapitalistischen Systems zu einer beträchtlichen Verschlebung der Landarbeit geführt hat, ist dieser Kongress der Meinung, daß die Zeit gekommen ist, wo diese Arbeit von den am besten dazu geeigneten öffentlichen Behörden systematisch auf dem Lande organisiert werden muß.

Der Antrag wurde verworfen, aber es wurde beschossen, ihn der Industriekommission zu übermitteln, die also antwortete: „Die Gewerbe- und Industriekommission ist der Meinung, daß der von der Agrarkommission ihr übermittelte Antrag von ihr nicht in betracht gezogen werden kann, weil dieser Antrag ganz wesentlich in das Bereich der Agrarkommission gehört.“ (geg.) Henry Polak.

Der Vorsitzende der Industriekommission hat jedoch seitdem mitgeteilt, daß der zurückgewiesene Antrag ihre Beachtung finden wird.

c) Daß diese Kommission die Kommission über Erziehungsfragen ersucht, in ihre Anträge an den Kongress eine Resolution anzunehmen, in der die Unterrichtsbehörden der verschiedenen Länder ersucht werden:

1. einen Elementarunterricht in der Landwirtschaft in allen öffentlichen Schulen einzurichten;

2. sich mit den anderen staatlichen, kommunalen u. s. w. Behörden in Verbindung zu setzen, um ein ausreichendes System des technischen landwirtschaftlichen Unterrichts einzuführen.

Diese Resolutionen wurden aus dem Grunde abgelehnt, weil sie nicht in die Kompetenz der Kommission fielen oder weil sie den Bedürfnissen verschiedener Länder nicht entsprächen. Was den ersten Einwand betrifft, so fand wir der Meinung, daß die Kommission erste wichtige Seite der in Rede stehenden Frage zu erwägen hätte. In bezug auf den zweiten Punkt geben wir zu, daß die Agrarfrage für die verschiedenen Länder eine verschiedene ist; wir erklären deshalb, daß wir entschieden die so stark ausgesprochene Absneigung der nichtenglischen Delegierten mißbilligen, etwas zu diskutieren, das außerhalb des Bereiches der Hauptresolution lag. Endlich beantragen wir im Interesse künftiger Kongresse, daß

jede Kommission unabhängige und offizielle Uebersetzer erhält. (Zus.) M. Watt. W. G. Pearson.

Die Minorität wolle nicht in Gegensatz treten zur Majorität, sondern nur deren Vorschläge ergänzen. Man müsse auch praktische Einzelvorschläge bringen, die, wenn sie nur Palliativmittel sein können, doch für den Augenblick eine Besserung bedeuteten. Sie wolle auch nicht in Gegensatz zu den Sozialisten treten, sie seien ja selber Sozialisten. Aber der Majoritätsbeschuß sei zu allgemein, ihm müsse jede Sachkenntnis der Agrarverhältnisse abgeprochen werden.

Lafargue war von vornherein überzeugt, daß der Kongress auch in der Agrarfrage sich nicht trennen werde, aber er habe breite, langwierige Debatten gefürchtet. Nun zeige sich erfreuliche Uebereinstimmung in der Grundanschauung, die Minderheit habe nur Zusatzanträge im Auge. Mögen die Mitglieder der Arbeiterklasse noch so höhnlich über die Uneinigkeit und Zerfahrenheit der bisherigen Geschäftsordnungs-Debatte, dafür sei in der Kommission um so fleißiger gearbeitet worden und die Bourgeoisprelle dürste über diese Einheit in dieser Frage sehr enttäuscht sein. Der Agrarkongress habe sich sehr eingehend mit der Agrarfrage beschäftigt, wie denn überhaupt die französische Arbeiterpartei die erste gewesen sei, die mit großem Erfolg unter der ländlichen Bevölkerung für den Sozialismus propagiert habe. Die politisch vernachlässigte Landbevölkerung sei die letzte Hoffnung der Reaktion, ihre letzte Stütze — gewinnen wir diese für uns, und die Welt ist unser!

Schoenlant: Die Resolution mußte, um die Stimmen aller sozialistischen Parteien zu vereinigen, sich auf die allgemeinen Grundsätze beschränken. Wir sind selbstverständlich für die Verstaatlichung nicht bloß von Grund und Boden, sondern auch der Verkehrs- und Transportmittel; aber wir müssen zugleich davor warnen, allzu große Hoffnungen an diese Verstaatlichung innerhalb und durch den heutigen Klassenkampf zu setzen. Deutschland hat beispielsweise die Verstaatlichung der Verkehrs- und Eisenbahnen, schon längst durchgeführt, aber was ist das Resultat dervelben: die Ausbeutung zu kapitalistischen und militarischen Zwecken in vollendetester kapitalistischer Form. Die Verstaatlichung ist auch nicht gleichbedeutend mit Demokratisierung der Verkehrsmittel — im Gegenteil: Bismarck hat die Verstaatlichung durchgeführt gegen die demokratische Kontrolle, zur Verstärkung des Absolutismus. Die englische Minorität will bei dieser Gelegenheit zugleich auch das Problem der Arbeitslosigkeit lösen oder mindestens die Zahl der Arbeitslosen vermindern. Aber die vorgeschlagenen Maßregeln sind höchst fragwürdiger Art. Die Verstaatlichung der Arbeitslosen durch Anlegung von Arbeiterkolonien sind längst von den preussischen und deutschen Junkern ersehnt — aber sie wollen die überschüssigen industriellen Arbeiter nur deshalb auf das Land abschieben, um billige Arbeitskräfte zu rückwärtsloser Ausbeutung zu haben, die auch politisch wehrlos sind. Auch der Grundbesitz der landwirtschaftlichen Unterrichts stehen wir nicht grundsätzlich feindlich gegenüber, denn wir fordern den Hochunterricht, vermögen aber nicht einzusehen, welche praktischen Zweck der landwirtschaftliche Unterricht in den Städten für die Industriearbeiter haben soll, die gezwungen sind, ihr ganzes Leben in den Industriezentren zubringen zu müssen. Da die Engländer aber in der Grundausstattung mit uns einig geben, sind diese Anordnungen im Grunde nebensächlicher Art; einig sind wir in der sozialistischen Grundanschauung.

Seidel glaubt, im Wortlaut der Resolution sei zwischen der englischen und der deutschen und französischen Auffassung ein Widerspruch, da im englischen Text ausdrücklich von Landlordismus die Rede sei; Lafargue will im dritten Absatz den Ausdruck: Klassen der Landbevölkerung ersetzt wissen durch: Schichten der Landbevölkerung. Der Kongress stimmt diesen redaktionellen Änderungen bei und dann wird die ganze Agrar-Resolution einstimmig angenommen, das Amendement (Minoritäts-Resolution) der Engländer gegen eine kleine Minderheit abgelehnt.

Um 1 Uhr wird die Sitzung auf 3 Uhr vertagt.

Vierte Sitzung. Donnerstag, nachmittags 3 Uhr.

Vorsitzender Vandervelde. Nach Verlesung einer Reihe von Zustimmungserklärungen und Depeschen wird eine Resolution angenommen, einem englischen Richter die Verachtung des Kongresses auszudrücken und ihn der Lächerlichkeit zu überliefern, weil er in einem Prozesse gegen streikende Arbeiter die Erklärung abgegeben habe, die Kraft und Stärke, welche die Arbeiter aus der gewerkschaftlichen Vereinigung zögen, sei die Kraft von wilden Beuteln. Die schweizerische Delegation bringt eine Resolution ein, worin der Kongress seine Freude ausdrückt, das beste zum ersten Male auf einem Internationalen Arbeiterkongresse wirklich Arbeiterorganisationen in Rußland vertreten seien; der Kongress soll die Arbeiter in Rußland fernerhin aufhorben, den Kampf gegen den russischen Kapitalismus als den Hort der Reaktion fortzusetzen, bis zu dessen Sturz.

Ein französischer Delegierter schlägt vor, statt den Ort der Reaktion zu sagen: „eine nördliche Ecke der Reaktion“. Beide Resolutionen werden unter dem Jubel des Kongresses einstimmig angenommen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung kommt zur Verhandlung: Die politische Aktion.

Zu Namen der Holländer erklärt Nieuwenhuis, die Mehrheit der holländischen Delegierten wollen nicht mehr an den Verhandlungen des Internationalen Arbeiter-Kongresses teilnehmen, weil sie der Meinung sind, daß die ökonomischen Grundlagen der alten Internationalen mehr und mehr verlassen und in rein parlamentarische verwandelt werden. Sie verlassen den Kongress, der kein internationaler sei, und die zurückbleibende Minderheit könne nicht als Vertreterin der holländischen Arbeiterbewegung betrachtet werden.

Die Erklärung Nieuwenhuis wird von den deutschen Delegierten mit ironischem Beifall, von den übrigen Nationen mit Schweigen angenommen.

Wliegen (für die holländische Minderheit). Die Vertreter der holländischen Sozialdemokratie werden den Kongress nicht verlassen (Beifall), sondern es sich zur Ehre machen, so oft und solange mit den Vertretern der internationalen Arbeiterpartei zusammen zu arbeiten, als es uns möglich ist. Da die holländische Majorität gar keine Besprechungen veranstaltet, konnten wir auch in keiner Kommission vertreten sein. (Zuruf: Daß ist Nieuwenhuis'sche Toleranz!) wiederum gerade wir Holländer z. B. an der Kolonialfrage ganz besonderes Interesse haben. Man hat uns Minderheit eine bloße Succursale der deutschen Sozialdemokratie genannt; da wir unsere Augen immer auf die internationale Arbeiterbewegung gerichtet haben, so sind wir auf diesen Titel stolz. Und wenn wir klein sind, so haben wir auch nie beansprucht, für groß genommen zu werden. (Zuruf: wie andere Leute! Größenwahn!) Wir wissen, daß wir klein sind, aber weiter arbeiten, damit wir groß werden!

Eine französische Anarchistin, Fr. Lacombe, die im Gegensatz zu ihrem Namen (Laube) hier in London wie auch schon in Zürich durch ihr eigentümlich-kräckerliches Temperament sich unangenehm bemerkbar gemacht hat, erklärt, ebenfalls den Kongress zu verlassen, wenn nicht auch ihre ausgeschlossenen Freunde zugelassen werden.

Der Vorsitzende erklärt ohne weiteres: Eintritt in die Tagesordnung; das Wort hat der Berichterstatter Lansbury. (Geisterzeit.)

Er bringt folgende Resolutionen ein:
Resolution I. Dieser Kongress versteht unter politischer Aktion alle Formen des organisierten Kampfes zur Erwerbung der politischen Macht und die Ausübung der Verwaltungs- und Verwaltungsgewalt in Staat und Gemeinwesen durch die Arbeiterklasse zum Zwecke ihrer Emanzipation.

Resolution II. Der Kongress erklärt, dass die wichtigste Mittel zum Zwecke der Emanzipation der Arbeiter als Menschen und Bürger und der Aufrichtung der internationalen sozialistischen Republik die Eroberung der politischen Macht ist und er fordert die Arbeiter aller Länder auf, sich zu vereinigen und unabhängig von allen bürgerlichen Parteien zu fordern:

1. das allgemeine Stimmrecht für alle Erwachsenen;
2. das gleiche Stimmrecht für jeden Erwachsenen;
3. die Stichwahl;
4. Initiative und Referendum in Staat und Gemeinde.

Resolution III. Der Kongress erklärt, dass er für volles Selbstbestimmungsrecht aller Nationen eintritt und mit den Arbeitern jeden Landes sympathisiert, das gegenwärtig unter dem Joch des militärischen, nationalen oder anderen Despotismus leidet, er fordert die Arbeiter aller dieser Länder auf, in die Reihen der Klassenbewussten Arbeiter der ganzen Welt zu treten, um mit ihnen gemeinsam für die Überwindung des internationalen Kapitalismus und die Durchsetzung der Ziele der internationalen Sozialdemokratie zu kämpfen.

Resolution IV. Der Kongress erklärt, dass die Emanzipation der Frau untrennbar ist von der Befreiung der Arbeiterklasse und fordert darum die Frauen in allen Ländern auf, Seite an Seite mit den Arbeitern zu kämpfen und sich mit ihnen gemeinsam politisch zu organisieren.

Resolution V. Der Kongress erklärt: Was immer die religiösen oder zwischenschichtlichen Vorwände der Kolonialpolitik sein mögen, sie hat stets nur die Erweiterung des Gebietes der kapitalistischen Ausbeutung im ausschließlichen Interesse der Kapitalistenklasse zum Zwecke.

Der Referent glaubt sich auf rein informatorische Mitteilungen beschränken zu sollen. Die Kommission hat 7 Sitzungen abgehalten; aus 14 ihr vorgelegten Anträgen hat sie obige 5 Resolutionen zur Vorlage an den Kongress gebracht, die er kurz faszierte. Eine französische Minorität habe die Auffassung vertreten, es gelte nicht die politische Macht zu erobern, sondern jede politische Macht zu unterdrücken; da die Burgeln der politischen Knechtung ökonomischer Natur seien, müsse man den Kampf auf wirtschaftlichem, gewerkschaftlichem Wege führen.

Portellier (Pariser Anarchist): In der Kommission habe er zur Minderheit, Bailant zur Majorität gehört. Auch er habe früher an die Wirksamkeit der politischen Aktion geglaubt, heute wisse er, daß die Volkvertreter nur Ehrgeizige seien, die ihre Besprechungen nicht eingelöst haben. Daher will heute das französische Volk in seiner Mehrheit nichts mehr vom Parlamentarismus und politischen Kampf wissen, sondern führe den wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Kampf für seine Befreiung. Wenn die Arbeiter einig wären, wäre der Sieg bald erreicht, und sie hätten ein gutes Mittel dazu in der Hand: sie sollten keinen Mietzins mehr zahlen, dann sei das Hauseigentum abgeschafft.

Jaurès: Im Namen der 47 sozialistischen französischen Delegierten müsse er die Behauptung zurückweisen, als habe das französische Proletariat das Interesse an der politischen Aktion verloren. Im Gegenteil: immer größer werde bei den Wahlen die Zahl der Arbeiterstimmen; immer größer die Zahl ihrer Vertreter, immer stärker ihr politischer Einfluß. Niemals hätten die Arbeiter z. B. bei den Gemeinderatswahlen soviel Stimmen und Stimmkraft erhalten als bei den Wahlen am 1. Mai d. J. Und mit jeder neuen Wahl steigen die Arbeiterstimmen! Das tiefere auf der anderen Seite aber auch den Beweis, daß die parlamentarischen Vertreter der Arbeiter ihre Pflicht thun, ihre Versprechen erfüllen. Und nicht bloß darin hätten sie ihre Pflicht getan, daß sie immer eingetreten für wirtschaftliche Reformen, als soziale Wegführungen auf dem Wege des Kampfes, sondern seit den 8 Jahren, daß sie die sozialistische Kammerfraktion konstituiert habe, haben sie fortwährend auf der Bresche gestanden gegen jeden Versuch der Reaktion wider die Arbeiterklasse. Gerade die angelegentlich berufensten Vertreter der Gewerkschaften müßten wissen, wie notwendig und unerlässlich der politische Kampf für die wirtschaftliche Befreiung sei. Ohne diesen tapferen politischen Kampf hätten heute in Frankreich die Arbeiter keine Rede-, keine Vereins-, keine Versammlungsfreiheit mehr! Warum konnte Dupuy die Arbeitsbüchse schließen? Warum anders, als weil die politische Macht der Arbeiterklasse schwächer war als jene der Bourgeoisie: Diese Thatfachen müßten jeden belehren über den Wert der politischen Aktion. Man habe die Arbeiter auf die Streiks als Erlösungsmittel hingewiesen, diesen Krieg mit den gekreuzten Armen gegen den Kapitalismus. Man habe die Sozialisten für diese Streiks verantwortlich gemacht. Das sei natürlich falsch, aber vermöge der höheren Einsicht in die wirtschaftlichen Beziehungen hätten sie die Nothwendigkeit solcher Kämpfe vorausgesehen und wenn sie unvermeidlich geworden, seien sie stets auf Seiten der Arbeiter gewesen. Daher sei es falsch, wenn behauptet werde, die politischen Vertreter der Arbeiterklasse hätten ihre Versprechungen nicht erfüllt. Nicht bloß für wirtschaftliche Reformen seien sie eingetreten, sondern sie hätten auch überall im Lande dafür gearbeitet, daß die Arbeiter aufgestellt werden, daß die politische Aktion nicht mehr das gefährliche Werkzeug sei, sondern aus einem Mittel der Unterdrückung ein Mittel zur Befreiung, zur Abschaffung der Klassenherrschaft werde.

Jaurès' Rede wird von rauschendem Beifall des ganzen Kongresses wiederholt unterbrochen und von den Engländern mit Tuschschreien und Hüteschreien begrüßt.

Hennessey (englischer Gewerkschaftler) beantragt Streichung der Worte: „unabhängig von allen bürgerlichen Parteien.“

Steadmann (Fabrier) unterstützt diesen Antrag; er sei Sozialist und Gewerkschaftler, aber bei Wahlen müsse er als Kandidat mit anderen Parteien gehen, sie müßten freie Hand behalten. Aber er sei ganz damit einverstanden, daß die Tradesunionisten mehr als bisher in den politischen Kampf eintreten, wiewohl er finde, daß zwischen einem Kandidaten und einem Arbeiterkandidaten bei den Wahlen kein Unterschied sei.

Peter Curren (Glasarbeiter) tritt ihm energisch entgegen. Er schließt sich ganz den Ausführungen Jaurès' an; die englischen Arbeiter müßten sich endlich von den bürgerlichen Parteien emanzipieren, gleichviel wie diese sich nennen, ob sie Radikale oder sogenante Arbeiterkandidaten seien, sie müßten wie die Deutschen, Franzosen, Belgier u. s. w. sich selbstständig als politische Partei auf dem Boden des Klassenkampfes organisieren.

Webel (mit rauschendem Beifall begrüßt): Nach Jaurès' vortrefflichen Ausführungen hiesse es Wasser, ins Meer tragen, wenn er noch ausführlich über die Nothwendigkeit des politischen Kampfes, der Beteiligung an den Wahlen sprechen wollte. Nicht dazu habe er sich ums Wort gemeldet, sondern um gegen den Antrag Hennessey zu sprechen an der Hand der Erfahrungen der deutschen Partei bei den Wahlen in den letzten 25 Jahren. Ohne Annahme könne er von der deutschen Partei behaupten, daß keine Partei so konsequent und unentwegt im Kampfe gestanden habe, wie sie, seit dem Tage, da sie auf dem Kampfboden erschienen. Als ihr vor 25 Jahren, nicht aus eigener Macht, sondern durch die politische Entwicklung Deutschlands das Wahlrecht in den Schooß gefallen sei, da habe es in ganz Deutschland keinen Menschen gegeben, der sich gegen die Teilnahme am Wahlkampf ausgesprochen hätte. Und gerade durch diese Beteiligung an der politischen Aktion und wesentlich durch den parlamentarischen Kampf sei die deutsche Sozialdemokratie aus einem kleinen, verachteten, verleumdeten Häuflein die stärkste der politischen Parteien im Reiche geworden. 1 1/4 Millionen Stimmen! Dieser Erfolg habe die Regierung und die bürgerlichen Parteien geradezu konsterniert. Alles was in Deutschland in wirtschaftlicher und politischer Beziehung für die Arbeiterklasse geschehen sei, sei durch die Sozialdemokratie, durch ihre politische Aktion erzwungen worden. Und die deutsche Arbeiterklasse habe daher kein Ver-

ständniß für die Forderung der Wahlenthaltung, ihre Parole sei: Mehr wählen! Je häufiger, desto besser! Warum haben denn Regierung und bürgerliche Parteien die Legislaturperioden von 3 auf 5 Jahre verlängert? Aus Liebe zu den Arbeitern? Nein, aus Furcht vor den Arbeitern, aus Furcht vor der Aufregung und Aufklärung, welche die Wahlkämpfe so selten als möglich. Und wir könnten unseren Gegnern keinen größeren Gefallen thun, als wenn wir die Taktik der Anarchisten akzeptieren, auf das Wahlrecht zu pfeifen! Sie würden uns um den Hals fallen und uns loben, wie niemals Arbeiter gelobt worden sind. Also nicht Verzicht, Ausdehnung des Wahlrechts ist unsere Forderung. Noch ein Beispiel mag dazu beigebracht werden, wessen Absichten und Zwecken wir dienen würden, wenn wir die Abstentionspolitik der Anarchisten befolgen würden. In Sachsen haben wir die Majorität sämtlicher Wähler und aus Angst vor der Sozialdemokratie haben Regierung und bürgerliche Parteien der Sozialdemokratie das Wahlrecht entzogen.

Wenn die Gegner so über den Wert der politischen Aktion seitens der Arbeiterklasse urtheilen — da sollen wir verzichten? Das wäre der größte politische Fehler.

Und nun ein paar Worte an die englischen Freunde. Der Antrag Hennessey ist für die deutschen Arbeiter unannehmbar. Redner führt aus, wie die deutschen Arbeiter schon seit längerer Zeit mit Bedauern gesehen, daß ein großer Theil der englischen Arbeiter noch allzusehr im Schlepptau der bürgerlichen Parteien sich befinden. Er fordert sie auf, sich zu organisieren und selbständig in den Kampf einzutreten: Ihr braucht nur zu wollen, und ihr seid hier in England die Herren des Staates, der Gesellschaft! Geht Euren Brüdern des Kontinents voran und die Fahne des Sozialismus wird siegen. (Die englischen Delegirten jubeln diesen Ausführungen zu.)

Nach den Ausführungen des italienischen Abgeordneten Ferri, die wir morgen nachtragen werden, tritt Schluß der Diskussion ein. Das Amendement Hennessey wird nur von einer kleinen Anzahl englischer Gewerkschaftler unterstützt. Die Kommissions-Resolution wird nahezu einstimmig angenommen, nur der kleine Theil der Anarchisten stimmt dagegen.

Schluß 6 Uhr. Nächste Sitzung Morgen Vormittag 10 Uhr.

London, 31. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der Vormittags-Sitzung erhaltet die Kommission für das Erziehungswesen ihren Bericht. In demselben wird gefordert die Erziehung durch die Gesellschaft, es sei Pflicht der Staatsverwaltung, jedem Bürger durch Befreiung von den Schulgebühren und durch freien Unterhalt der Schüler die Möglichkeit einer vollständigen Erziehung vom Kindergarten an bis zur Universität zu ermöglichen. Der Bericht beantragt ferner das Verbot der Arbeit von Kindern, die das 16. Jahr noch nicht vollendet haben, internationale Regelung der Kinderarbeit, Verbot jeder ungesunden und gefährlichen Arbeit sowie der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, bei obligatorischem Besuch der Fortbildungsschulen, Stellung der Hausindustrie unter die Fabrikgesetzgebung. Mit großer Mehrheit wird die Resolution angenommen.

In der Nachmittags-Sitzung steht die internationale Organisation auf der Tagesordnung. Die Kommission beantragt, und der Kongress beschließt, daß ein ständiges internationales Bureau mit dem Sitz in London geschaffen werde. Die Kriegskommission erstattet hierauf Bericht, sie verwirft den Generalstreik, erklärt den Kapitalismus als die Ursache der Friedensstörungen, sie fordert die Abschaffung der stehenden Heere, die Bewaffnung des Volkes, die Errichtung internationaler Schiedsgerichte, Volksabstimmung über Kriegserklärungen. Gegen eine kleine Minderheit wird entsprechend diesen Anträgen beschlossen.

Von Webel, Liebknecht, Fischer, Singer, Schoenlank u. ist folgender Antrag an das Bureau des Kongresses eingebracht, um für den nächsten Internationalen Kongress endlich einmal klare, nicht zu deutende Zulassungsbestimmungen zu haben und die zwecklosen, zeitraubenden Debatten über die anarchischen oder anarchisirenden Elemente von vorherhin abzuschneiden.

Der nächste Internationale sozialistische Arbeiterkongress findet im Jahre . . . statt.

Zutritt zu demselben haben die Vertreter der sozialistischen Parteien und Arbeiterorganisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse als eine Nothwendigkeit für ihre Befreiung erachten und als wesentliches Mittel für diese Eroberung der politischen Macht die Beteiligung an den Wahlen und an der parlamentarischen Thätigkeit ansehen, oder soweit die Arbeiterklasse das Wahlrecht für die parlamentarischen Körperschaften nicht besitzt, es zu erobern sich für verpflichtet halten.

Anarchisten und ihre Bundesgenossen, mögen sie sich antiparlamentarische Kommunisten oder sonst wie nennen, sind von der Beteiligung am Kongress ausgeschlossen.

Für diesen Antrag werden Deutschland, Oesterreich, Dänemark, Schweiz, Amerika u. ebenfalls eintreten.

Partei-Nachrichten.

Der Sozialdemokratische Verein für den sächsischen Reichstags-Wahlkreis (Plauenscher Grund) fasste einstimmig eine Resolution, worin er sich mit dem Auftreten unserer Genossen Fischer, Liebknecht und Singer in Lille vollständig einverstanden erklärt und zum Schluß sagt: Nicht Völkerverwehrgung, sondern Völkervereinigung ist das Ziel der Sozialdemokratie. Die Resolution wurde gefasst als Antwort auf die wie gewöhnlich lägenstrosenden Berichte der ordnungsparteilichen Klatschpresse.

Norwegischer Arbeiterkongress in Christiania. Man schreibt uns darüber: Erschienen waren 77 Vertreter von 66 politischen und gewerkschaftlichen Vereinen. Im Laufe der letzten Jahre wurden 10 neue Vereine bei der Partei angemeldet, die sich kräftig weiter entwickeln, nachdem im vorigen Jahre ein kleiner Rückschlag eingetreten war. Differenzen über die politische Taktik, die bisher einen Theil der Organisationen fern gehalten haben, werden bald nicht mehr existieren. Die Linie wird schon jetzt die Arbeiter verlernen, weil sie nicht mit ihrer Forderung des allgemeinen Wahlrechts Ernst machen will. Die norwegische Arbeiterpartei giebt zwei Blätter, den „Sozialdemokrat“ (Christiania) und den „Fremad“ (Borwärtis) heraus; der letztere erscheint wöchentlich zweimal und ist für die Landstädte berechnet. Diese beiden Blätter haben eine jährliche Umlaufzahl von 10 000 Kronen, und die Arbeit, dieses Defizit zu decken, läßt in hohem Grade die agitatorische Arbeit der Partei. Gleichwohl hat man die Blätter nun 2 1/2 Jahre erhalten und ist verhältnismäßig guten Nutzes. Es werden auch freiwillige Beiträge eingesammelt und die Vereine schicken außerordentliche Beiträge zu; ferner werden die Ueberschüsse von Festen für die Presse verwandt.

Es waren bei dem Kongress auch Vertreter der schwedischen und dänischen Partei zugegen, die auf die Solidarität und Internationalität der Bewegung hinwiesen. Nach einer langen Diskussion über die Organisationsfrage wurde beschlossen, die bisherige Distrikteinteilung beizubehalten, aber mit der Aenderung, daß die einzelnen Distrikte selbst ihre Einnahmen zur Agitation verwenden.

Ueber das gemeinsame Vorgehen mit anderen Arbeitergruppen und Parteien wurde folgendes beschlossen: Im Falle, daß die Wünsche, die von einigen Vereinen geäußert sind, dahin führen sollten, daß die anderen Organisationen sich für eine Zusammenarbeit mit unserer Organisation

im nächsten Jahre bei den Störungs-Wahlen aussprechen, wird der Parteivorstand ermächtigt, zusammen mit den anderen Organisationen sich über eine gemeinsame Versammlung zu einigen, auf der dann die näheren Bestimmungen für die gemeinsame Wahlbarkeit festgesetzt werden können.

Zur Frage der Erreichung des allgemeinen Stimmrechts wurde folgende Resolution angenommen: „Die Landesversammlung überträgt es der Parteileitung, die Veranstaltung von Demonstrationen für das allgemeine Stimmrecht an ein und demselben Tage im ganzen Lande unmittelbar vor der Wahl zu veranlassen! Der Parteivorstand wird außerdem ersucht, sich Klarheit zu verschaffen, wie die außerhalb der Arbeiterpartei stehenden Arbeiterorganisationen sich zu der Frage des Stimmrechts stellen.“

Ueber die Stellung der Partei zur Agrarfrage einigte man sich wie folgt: „Die Landesversammlung erklärt, daß Jölle auf notwendige Gebrauchsfartikel eine Besteuerung der Bevölkerung im umgekehrten Verhältnis und auch zum Vortheil des Großkapitals sind, daß ein mäßiger Schutz die ausländische Konkurrenz nicht abhält, sondern nur die Lebensbedingungen des Volkes vertheuert, ohne die inländische Produktion zu erhöhen, ohne mehr Arbeit zu schaffen; daß hohe Zölle den Verbrauch beschränken werden und den unermittelteren Theil der Bevölkerung noch ärmer machen, ohne unsere Industrie vor dem Druck des fremden, zollfreien Großkapitals zu befreien. Sie protestirt daher gegen den Zoll auf Landesprodukte und andere Bedarfsartikel und fordert statt dessen Verwindung der indirekten Steuern in eine direkte progressive Vermögens- und Einkommensteuer.“

Zur Bodensfrage wurde beschlossen: „In Ermännis dessen, daß es der Gesellschaft zum Schaden gereicht, wenn die ackerbauende Klasse auf grund der auf dem Boden stehenden und ständig steigenden Schuld durch öffentlichen und privaten Zwangsverkauf ihres Produktionsmittels beraubt wird, fordert der Kongress, daß der Staat solches Land einliest und dem früheren Besitzer das Anbaurecht in der Ausdehnung sichert, die der eigenen Arbeit des betreffenden Kaum gewährt, soweit möglich unter Rücksichtnahme auf einen für den Ackerbau im allgemeinen zweckmäßigen und kontrollirten Betrieb. Sollten unsere Bauern wirklich Ernst machen, ihre politische Uebermacht zu benützen, durch Jölle auf Ackerbau-Produkte noch mehr die Lebensbedürfnisse der Arbeiter zu vertheuern, dann muß sogleich im ganzen Lande die kräftigste Agitation in Szene gesetzt werden, daß die Arbeiter einen entsprechend höheren Lohn erlangen.“

In der Frage des Unionsstreiks wurde der schwedischen Sozialdemokratie Dank für ihre Haltung ausgesprochen und eine Resolution gegen die Union, das gemeinsame Königshaus und die Kriegsrüstungen angenommen.

Soziale Uebersicht.

Zur Frage der Aufhebung der Kinderarbeit wird berichtet: Dem Reichstage war eine Petition auf Aufhebung der Kinderarbeit und auf Stellung der Hausindustrie der Strickwaarenbranchen unter die Bestimmungen der Reichs-Gewerbeordnung zugegangen. Der Regierungskommissar gab in der Petitionskommission folgende Erklärung ab: Hinsichtlich dieser Frage finden gegenwärtig Erörterungen zwischen dem Reichsamt des Innern und dem preussischen Handelsministerium statt. Die Kommission beantragt, diese Petition dem Reichstanzler als Material zur Aenderung der Gesetzgebung zu überweisen.

Das „erörtert“ wird, ist gut. Ob die Erörterung aber zu dem gewünschten Ergebnis führen wird, muß man angesichts des allerneuesten Kurzes in der Sozialpolitik ein klein wenig bezweifeln.

Auskömmliches Gehalt fordern die Volksschullehrer Elfaß-Lothringens. Sie beginnen jetzt ihre Laufbahn mit 720 M. Gehalt, was nach dreißigjähriger Dienstzeit auf die riesige Höhe von — 1400 M. steigt. Die Lehrerinnen bekommen, wie üblich, noch weniger; sie müssen mit 720—900 M. vorlieb nehmen. Eine Denkschrift, worin die Lehrerschaft ihre Wünsche kundthut, ist dem Statthalter der Reichslande vom Vorstande der drei Bezirks-Lehrervereine überreicht worden. Da die Lehrer Elfaß-Lothringens wegen ihres ungenügenden Einkommens genöthigt sind, Gemeindefreier und Organisationsdienste zu verrichten, um etwas hinzu zu verdienen, und dadurch in ersterer Beziehung von den Gemeinden, in letzterer von den Geistlichen abhängig werden, was dazu führt, daß der germanisirende Einfluß, den die Lehrer nach dem Wunsche der Altdeutschen ausüben sollen, gelähmt wird, so werden die Volksschullehrer Elfaß-Lothringens mit ihren Forderungen wohl eher durchdringen als z. B. ihre Kollegen in Preußen mit ihren Verlangen nach einer Reform der Volksschulverhältnisse.

Eine sanitätspolizeiliche Besichtigung der Gesträume. Keller, Senkgruben, Aborte u. wird in Solingen vorgenommen. Zu diesem Zweck hat man die Stadt in 92 Bezirke eingetheilt, die von ebenso vielen, aus je zwei Bürgern bestehenden Sanitäts-Subkommissionen besichtigt werden sollen.

Die Bahnschlepper in Sachsen, die ermalt, und zwar versuchsweise am 1. Oktober 1895 auf der Linie Leipzig—Gof eingeführt wurde, wird nun auch auf andere Linien ausgedehnt werden. In Aussicht genommen sind zunächst die Strecken Reichensbach i. S.—Eger, Reichensbach i. S.—Chemnitz und Chemnitz—Riechitz—Leipzig, Bayerischer Bahnhof, wo die Bahnschlepper schon am 1. Dezember d. J. in Wirklichkeit tritt.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Memel, 31. Juli. (B. L. B.) Dem „Memeler Dampfboot“ liegt eine Meldung aus Albau vor, wonach dort seit Mittwoch eine furchtbare Feuersbrunst herrsche. Bis gestern seien 60 Gebäude, darunter das Postamt, niedergebrannt; der Telegraph ist unterbrochen. Die Kornstraße, die Julianstraße und der Neue Markt stehen in Flammen. Die Feuerwehr sei machtlos. Das Feuer soll in einem Petroleumspeicher ausgebrochen sein. Der Schaden ist sehr beträchtlich.

Thorn, 31. Juli. (B. L. B.) Drei Anaben in Podgorze fanden gestern auf dem Artilleriechießplatz einen Zünder, welchen sie in ihrer Wohnung entzündeten. Dabei explodirte der Zünder. Ein Anabe wurde furchbar verstückelt und war sofort todt. Die beiden anderen Anaben wurden schwer verletzt.

Frankfurt a. M., 31. Juli. (B. L. B.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Straßburg i. E.: Kreisdirektor Böhmann aus Schleißstadt hat die Reichstags-Kandidatur für den Kreis Schleißstadt angenommen und einen Wahlauftrag veröffentlicht, worin er u. a. verspricht, für die politische Gleichstellung Elfaß-Lothringens mit den übrigen Bundesstaaten und die Beseitigung der bestehenden Ausnahmestellen, insbesondere des Distrikts-Paragrafen, mit allem Nachdruck einzutreten.

Breßburg, 31. Juli. (B. L. B.) Der Kreisadmiral Solalug ist heute früh in der Nähe des hiesigen Bahnhofs entgleist. Alle Passagiere erhielten leichte Verletzungen. Die Waaren derselben — Bauern, welche zu Markt fahren wollten — sind völlig unbrauchbar geworden.

Büsch, 31. Juli. (B. L. B.) Die sozialistische Vereinigung der in der Schweiz lebenden Italiener hielt heute Nachmittag eine Versammlung ab, an welcher ungefähr 1500 Italiener theilnahmen. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in welcher sie sich gegen die Messerhelden ausspricht und sich mit den Arbeitern der übrigen Länder solidarisch erklärt.

Marseille, 30. Juli. (B. L. B.) Vor dem Hause des Richters Julien plachte heute Abend eine anscheinend mit Dynamit gefüllte Bombe und richtete Materialschaden an.

Lokales.

Den Parteigenossen im vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Süd-Osten) wird zur Kenntnis gebracht, daß die Kommission zur Einrichtung des Wahlvereins Süd-Ost ihre Vorarbeiten nahezu beendet hat und hiermit die Genossen ersucht, recht regen Gebrauch von den ausliegenden Aufnahmelisten zu machen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß aus zwingenden praktischen Gründen sämtliche Listen spätestens am Sonntag Vormittag in den Händen des Genossen A. Runge, Faldensteinstr. 25, v. 3 Tr., abgeliefert sein müssen.

Der Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend rüstet sich zu seinem Sängereste in Pichelsdorf am 9. August mit einem Eifer, welcher vermuthen läßt, daß das diesjährige große Volks-Gesangsfest den früheren in nichts nachstehen wird. Um den Festtheilnehmern die Fahrgelegenheit bis Pichelsdorf so bequem wie möglich zu machen, haben die Arrangements des Festes an die Bahndirektion, Elektrische Bahngesellschaft und Dampfgesellschaft das Gesuch gerichtet, nach Kräften für die Beförderung des Publikums Sorge zu tragen. Die Gesuche sind dahin beantwortet worden, daß an diesem Tage nach Bedarf Extrazüge eingelegt resp. alle zur Verfügung stehende Wagen und Dampf in Betrieb gesetzt werden. Die Fahrverbindungen sind folgende: Schleifischer Bahnhof: Stadtbahn bis Spandau, Lehrter Bahnhof: Vorortzug bis Spandau, von Spandau ab Elektrische Bahn und Dampf nach Pichelsdorf 10 Pf. Tour. Festtheilnehmern, welche ihre Tour über Pichelsdorf nehmen, wird „Freund's Inselgarten“ empfohlen.

Die Sympathie, welche der Arbeiter-Sängerbund bei der gesammelten Arbeiterbevölkerung in Berlin und Umgegend hat, wird auch zu diesem Feste beitragen, das Sängereste zu einem großartigen Volksfeste zu gestalten.

Die „Barbiere und Friseur-Zeitung“, das Organ des Verbandes deutscher Barbier, Friseur u. (Geht) hat seinen Erscheinungsort mit dem 1. August von Frankfurt a. M. nach Berlin verlegt.

Verkäufertinnen in offenen Geschäften, zu deren Obliegenheiten auch das Dekorieren der Schaufenster gehört, sind meist genöthigt, sich längere Zeit — oft sogar stundenlang — stehend, sitzend oder knieend im Schaufenster aufzuhalten. Diesen Umständen nehmen nicht wenige der robandulstigen Elemente — insbesondere „feine Herren“ — zur willkommenen Veranlassung, sich vor solchen Schaufenstern aufzuspielen und nur zu oft durch recht anzügliche und frivole Redensarten, Grimassen, Schreien u. d. d. Damen in Verlegenheit zu setzen und in ihrer mühevollen Arbeit zu stören. In letzterer Zeit wird dieser Unflug geradezu sportmäßig betrieben. Die in Geschäften thätigen Frauen und Mädchen richten daher an ihre Chefs die Bitte, die Dekoration der Schaufenster in den Morgenstunden, während welcher Zeit erfahrungsgemäß die ungezogenen Nichtstauer sich noch nicht einzustellen pflegen, vornehmen zu dürfen, oder doch anzuordnen, daß während des Dekorierens die Schaufenster möglichst verhängt werden. Eine Anzahl Prinzipale ist bereitwillig diesem Gesuche nachgekommen, in dessen andern erklärten, die Bitte „aus praktischen Gründen“ nicht erfüllen zu können! Die Verkäuferinnen bezw. Dekoratorinnen selber hoffen, daß durch öffentliche Klage der geschädigten Umsatzelemente die Pläneure abgescreckt werden, künftig noch schizophrene Frauen zu belästigen.

Gute Luft erscheint dem Engländer für eine Schule so selbstverständlich, daß er nicht begreift, wie wir in Deutschland nach dieser Richtung so sorglos sein können. Als ich auf der Fahrt von Harwich nach London dem Seminarlehrer der letzten Stadt gegenüber saß, erzählte er mir, daß er soeben von einer Studienreise aus Deutschland zurückkehrte. Er sei aber nicht weit über Hamburg hinaus vorgezogen. Die Luft in den dort von ihm besuchten Volksschulen sei so verdorben gewesen, daß er es nicht länger als einige Tage ausgehalten und sich dann nach Malente, einem kleinen Orte der holsteinischen Schweiz, begeben habe. Hier aber sei er von dem Regen unter die Traufe gekommen. In den Klassen hätten 80 Schüler und mehr geathmet und durch ihre Ausdünstungen ihm den Athem benommen. Seine Hochachtung vor den deutschen Schulen sei für immer dahin!

So berichtet der Gesundheits-Ingenieur in seiner Nr. 10 aus einem Vortrage, der in der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege gehalten wurde. — Diese menschenfreundlichen Gesellschaften holen sich so viel Weisheit aus England und Frankreich, aber sie haben weder Kraft noch Saft, um in Deutschland den Zuständen in den Schulen ernstlich und mit Erfolg entgegenzutreten.

Denkwürdigkeiten gebildeter Jugend. Uns wird geschrieben: „Wo wird in Berlin die höchste und edelste Bildung geboten? Auf der Universität — so behauptet wenigstens jedes Jahr einmal der jeweilige Rektor in seiner Rektoratsrede. Wer nun die Anregung und Belehrung, welche die Universität bietet, verwerten und vermehren will und muß, der geht auf die Igl. Bibliothek und findet da weiter, findet dort auch die Bücher für seine Examensarbeiten. Wie es nun innerlich in vielen der jungen Männer aussieht, denen so die höchsten Schätze der Nation geschenkt werden, davon können sich alle die unterrichten, die einmal in die Bedürfnisanstalten der beiden genannten Institute gehen wollen. Daß man auf solchen Orten regelmäßig theils gute, theils schlechte, immer gemeine Verse gegen und für, das Judenthum lesen muß, daran hat man sich allmählich gewöhnt. Uns sieht es auch weiter nicht an, wenn unter einer Menge solcher und ähnlicher Schweinereien sich Keuferungen gegen die Sozialdemokratie finden; die Gemeinheit und Obskonalität der Bilder und Verse aber, die an den Holzwänden der betreffenden Anstalten in der königlichen Bibliothek angebracht sind — hansenweise, so schamlos wie nur möglich — die ist grenzenlos. Sie übersteigen sogar das, was Neujahreslarten in dieser Hinsicht leisten und man wird nie in öffentlichen Anstalten, wo Arbeiter und Proletarier verkehren, etwas ähnliches finden. Hoffentlich genügt dieser Hinweis, dem etelhaften Treiben ein Ende zu machen.“

Zur Frage der Entlastung der Stadtbahn wird uns folgender Vorschlag unterbreitet, auf welchen wir Stadtbahnverwaltung hierdurch verweisen wollen. Bekanntlich sollte dadurch, daß man die Erlaubnis erteilt, mit Stadtbahnbillets Vorortzüge zu benutzen, eine Erleichterung des Verkehrs herbeigeführt werden, jedoch ohne Erfolg. Dies erklärt sich hauptsächlich durch die Thatsache, daß Personen, welche die Stadtbahn benutzen, die Fahrzeiten der Vorortzüge nicht kennen und einmal auf dem Stadtbahnverron, nach dem Vorortbahnsteig nicht hinüberkönnen. Dem Uebelstand könnte mit leichter Mühe und ohne wesentliche Kosten dadurch abgeholfen werden, daß man eine Brücke, welche den Stadtbahnsteig mit dem Fernbahnsteig verbindet, herstellt, sodas das Publikum bei Ueberfaltung des ersten bequem nach dem anderen Perron hinüberkann und in dem ersten leeren Vorortzug die Fahrt anzutreten vermag.

Die Verkehrsdeputation des Magistrats von Berlin hielt heute Abend unter Vorsitz des Stadtsyndikus Neubrnt ihre Schlußsitzung in der Angelegenheit wegen Ummwandlung der Pferde-Eisenbahnen in elektrischen Betrieb ab. Dieser Sitzung haben auch Vertreter der Pferdebahn-Gesellschaft beigewohnt. Es wurde eine Einigung erzielt, und es würden demnach diese Verhandlungen dem Magistrats-Kollegium und der Stadtverordneten-Versammlung zur Genehmigung unterbreitet werden.

Mit der Oberleitung des städtischen Turnwesens ist an stelle des verstorbenen Angerstein der städtische Turnwart Dr. Feddern vorläufig betraut worden, welcher schon Jahre lang im städtischen Turndienst steht.

Der Herausgeber der „Lichtstrahlen“, Redakteur Hermann Zeisler, welcher 1894 mit dem Verleger Otto Harnisch wegen Aufreizung und Verbreitung verbotener Druckschriften zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilt wurde, ist, wie die „Vollzeitung“ mittheilt, aus der Strafanstalt Plohnensee entlassen worden. Der seinerzeit aus Plohnensee wegen Krankheit beurlaubte Verleger Harnisch ist bereits in einer Heilanstalt gestorben.

Ein Mordversuch auf offener Straße veruchte heute Morgen gegen 6 1/2 Uhr der achtunddreißigjährige Dreher Karl Schönborn, Admiralstraße 40a wohnhaft. Schönborn lag schon seit mehreren Jahren mit seiner Frau im Ghescheidungsprozess, der vor ca. einem Jahre durch das zuständige Gericht zur Entscheidung kam. Aus diesem Prozess heraus war aber eine Reihe Beleidigungsprozesse entstanden, derenwegen der Dreher zu insgesamt elf Monaten Gefängnisstrafe verurtheilt wurde. In der Klagesache spielte ein Zeuge, der Maler Otto Dannemann, Schönleinstr. 22 wohnhaft, eine große Rolle und Schönborn veruchte die Aussagen des Dannemann zu beeinflussen. Letzterer gab als Zeuge dem Gericht von den Versuchen des Schönborn ihn zu beeinflussen, Kenntnis und der Dreher beabsichtigte nun, sich an Dannemann zu rächen. Am heutigen Tage sollte Schönborn seine Strafe in Plohnensee antreten. Er begab sich heute Morgen gegen 6 1/2 Uhr nach dem Hohenstaufenplatz, Ecke der Schönleinstr., welche Dannemann nun diese Zeit auf dem Wege nach seiner Arbeitsstätte zu pflügen pflegte. Als der Maler ahnungslos vorbeikam, gab Schönborn hinterwärts zwei Schüsse aus einem Revolver auf ihn ab, deren einer Dannemann ins Kreuz traf, während der zweite ihn in der Nähe der rechten Schläfe verletzte. Der zwanzigjährige Sohn des Dannemann, welcher dem Vater etwas vorausgegangen war, drehte sich bei der Detonation der Schüsse um und packte den Mörder am Hals. Letzterer feuerte nunmehr auf den jungen Dannemann, glücklicherweise ohne ihn zu verletzen. Schönborn rief sich alsdann los und floh in das Haus Schönleinstr. 7, in welchem sich auch das Polizeibureau befindet. Hier flüchtete er zwei Treppen hinauf, in eine gerade offen stehende Wohnung und wurde dort später von Schulknechten festgenommen. Bei ihm fand man ein Dolchmesser; den Revolver hatte er bei seiner Flucht fortgeworfen. Die Verletzungen des Dannemann sind glücklicherweise ungefährlich, trotzdem mußte derselbe nach dem Krankenhaus Am Urban überführt werden.

Zwei Wadchandsdiele sind gestern in der Gollnowstraße in dem bekannten „Sechsertopp“ verhaftet worden. Vor einigen Tagen wurde in einer Bade-Anstalt in der Nähe der Jannowitzbrücke einem Besucher seine goldene Uhr nebst Kette, sowie seine Stiefel gestohlen, für welche die Spitzbuben ein schlechtes Paar zurückließen. Als der Bestohlene am gestrigen Tage die Gollnowstraße passierte, erblickte er plötzlich einen jungen Menschen, an dessen Füßen er seine gestohlenen Stiefel gewahrte. Da er in diesem sowie in dem Begleiter ein paar Individuen erkannte, die an demselben Tage, an welchem ihm sein Eigenthum gestohlen, in der Anstalt gewellt, ließ er die beiden Burche, die sich in den „Sechsertopp“ hineinbegaben, dort festnehmen.

In die Irrenanstalt Herzberge haben dieser Tage von der Straße weg zwei Geistesranke gebracht werden müssen, deren Persönlichkeiten man noch nicht hat feststellen können. Der eine ist ein junger Mann von 17 bis 18 Jahren, der sich am Donnerstag vergangener Woche im Südoften der Stadt durch wirre Reden und sonderbare Gestikulationen auffällig machte und endlich gegen 9 Uhr abends veruchte, sich vom Zufussener in den Kanal zu stürzen. Sowohl der Leuten gegenüber, die ihn anhielten, als auch auf der Polizeiwache in der Goltzinerstraße verweigerte er beharrlich jede Auskunft über seine Person. Der Bezirksphysikus erklärte ihn für gemeingefährlich, und man brachte ihn daher nach Herzberge. Hier ist er bis jetzt noch nicht vernunftfähig gewesen. Er nennt sich bald Waldemar, bald Heinrich. Zur Feststellung der Persönlichkeit mag als Anhalt dienen, daß ihm der dritte und der vierte Finger der rechten Hand durch eine Art Schwimmhaut aneinander gewachsen sind. — Der zweite Kranke ist etwa 20 Jahre alt und gehört seinem ganzen Aeußeren nach den besser gestellten Klassen an. Es ist dies der junge Mann, der am Montag Vormittag gegen 9 Uhr an der Ecke der Kaiser Wilhelm- und der Münzstraße einem Omnibus-Schaffner kein Fahrgeld bezahlen wollte, sich auch hartnäckig weigerte, abzuhelfen und heftigen Widerstand leistete, als man ihn aussetzte. Der Kranke mußte schließlich auf der Polizeiwache getragen, dort gefesselt und von einem geschulten Wärter nach Herzberge abgeholt werden. Es ist merkwürdig, daß er sonst thut, was der Arzt ihm sagt, aber über seine Person nicht das geringste mittheilt. Der Unbekannte ist ein schlank und schwächlich gebauter Mann und hat kurzgeschorenes blondes Haar und einen Anflug von Schnurrbart. Seine Wäsche ist G. gezeichnet.

Polizeibericht vom 31. Juli. Western Nachmittag fiel in der Hagenauerstraße der 28-jährige Arbeiter Wilhelm Stein in Krämpfen hin und zog sich eine erhebliche Verletzung an der Stirn zu. Er wurde auf der Unfallstation II verbunden. — Vor dem Hause Brunnenstr. 106 stürzte der 51 Jahre alte Fraiser Josef Jordan anscheinend infolge einer Ohnmacht vom Hinterraum eines in voller Fahrt befindlichen Pferdebuswagens und erlitt schwere Verletzungen am Kopf und am linken Bein. — Nachmittags um 6 1/2 Uhr nahm der wohnungslose Arbeitsburche Clemens Perla in der Straße An der Stadtbahn vor dem Alexanderplatz dem Arbeitsburchen Emil Hackmeyer eine geladene Lohschepfistole fort und schloß sie auf der Straße ab. Personen wurden nicht verletzt. Hackmeyer konnte sich über den Erwerb der Pistole nicht ausweisen. Er gab an, sie von einem Unbekannten als Pfand erhalten zu haben. — Heute Nacht schlug der 24-jährige obdachlose Schornsteinfeger Paul Georg in der Gertraudenstraße plötzlich dem auf einem Patronenlange befindlichen Schutzmann Osterberg ohne jede Veranlassung mehrmals mit einem Spazierstock über den Kopf. Der Beamte machte infolge dessen von seiner Waffe Gebrauch und verletzte seinen Gegner durch mehrere Hiebe erheblich am Kopfe und an der Hand. Erst mit Hilfe zweier Straßenreiniger gelang es, den Georg nach der Unfallstation I zu bringen, von wo er nach Ueberlegung eines Verbandes nach der Charite befördert wurde. Der Beamte hat bedeutende Verletzungen im Gesicht davongetragen.

Aus den Nachbarorten.

Dem Restaurant Karlohof bei Plohnensee scheint am Besuch von Arbeitern nichts gelegen zu sein. Als sich gestern Nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr ein Berliner Restaurateur und ein Bademeister, letzterer im Arbeitsanzuge (ohne Hemdkragen) dorthin verirrt, wurde ihnen von dem Kellner im Beisein der Wirthin das bestellte Bier verweigert. Auf die ersuchte Frage der beiden, weshalb sie so behandelt würden, motivirte der Kellner sein Verhalten mit höhnischen Bemerkungen über den nicht salomnähigen Anzug des „Arbeiters“. Außer den beiden Zurückgewiesenen hatten sich überhaupt nur zwei Gäste in dem Lokal eingefunden. Derjenige Theil des Publikums, der seinen Werth darauf legt, stets im salomnähigen Anzuge in der Oeffentlichkeit zu erscheinen, wird der Wirthin gewiß gern den Gefallen thun, das Lokal zu meiden.

Der Polizeiwachmeister Hartleb, der am Mittwoch von der Strafanstalt des Landgerichts I wegen Unterschlagung im Anzuge zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt worden ist, steht, wie der „Vollzeitung“ geschrieben wird, auch in Spandau noch in „gutem“ Andenken. Vor ungefähr fünf Jahren hatte er sich von Berlin aus — schon damals gehörte er zur Berliner Polizei — um die Stelle eines städtischen Polizeikommissars in Spandau beworben und wurde auch zu der Probepflichtung zugelassen. Seinein ein volles Jahr war er thätig; er war ein ungemein schneidiger Beamter, vornämlich aber im Denunzieren; er erwarb sich das Vertrauen seiner Vorgesetzten, und es wurde von diesen alles aufgeboten, um seine Anstellung durchzuführen. Wegen den heftigen Widerstand einer Minorität der Stadtverordneten-Versammlung beschloß diese Körperschaft auf Antrag des Magistrats auch die Anstellung Hartleb's; bald darauf verschwand er aber freiwillig von der Bildfläche in Spandau. Einige Bürger, die seine Anstellung von Beginn an beobachtet hatten, sammelten Material, das zur Kenntniss der Vorgesetzten gebracht wurde. Diese Bemühungen der Bürger, die Spandau gern vor diesem Beamten bewahren wollten, hatten Erfolg. Hartleb ging wieder in seine bisherige Stellung nach Berlin zurück, wo ihn jetzt das Schicksal ereilt hat. Eine Handlung aus seiner Spandauer Zeit mag diesen Sicherheitsbeamten charakterisiren. Er betrat abends eine Restauration, für welche die Polizeistunde herangerückt war. Der Wirth, durch die Anwesenheit des Beamten, der sich Getränke verabreichen ließ, sicher gemacht, schloß sein Lokal nicht rechtzeitig; auch Hartleb sagte nichts. Anderen Tages denunzirte er den Wirth wegen Uebertretung der Polizeistunde. Das Schöffengericht sprach den Wirth aber frei.

Witterungsübersicht vom 31. Juli 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (99 F.).
Swinemünde	758	S	1	wolkig	21
Hamburg	758	Stil	—	bedeckt	17
Berlin	759	SWW	1	Regen	17
Miesbaden	759	SW	1	wolkig	14
München	761	D	4	halb bedeckt	15
Wien	759	W	1	wollenlos	17
Haparanda	764	Stil	—	heiter	18
Petersburg	762	NO	1	bedeckt	19
Gort	762	SWW	3	heiter	16
Alberden	763	SW	8	wolkig	13
Paris	758	NO	0	bedeckt	16

Wetter-Prognose für Sonntagabend, den 1. August 1896. Ein wenig wärmer, meistens ruhig, zeitweise heiter, vielfach wolkig mit etwas Regen und Gewitterneigung. Berliner Wetterbureau.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Ein Haus der Arbeit vermischt mit recht die „Hilfe“ in der Ausstellung. Das Organ der jüngeren Christlich-Sozialen schildert folgendermaßen, wie es sich ein solches Ausstellungsgelände ausgedenkt: Es müßte von dem Verband der deutschen Gewerkschaften erbaut sein, denn nur diese Stelle ist im Stande, das erforderliche Material zu beschaffen. Die Staatsbehörden müßten aber dabei den Gewerkschaften behilflich sein, und daß sie es vielleicht gewesen sein würden, zeigen die Versuche des Reichs-Versicherungsamtes, seine Thätigkeit zum Ausdruck zu bringen. So aber wie sie vorliegen, sind diese Versuche ungenügend. Die Aufgabe ist, das Arbeiterleben darzustellen:

- I. Arbeiterwohnungen.
 - a) Ausstellung der Berliner Arbeiter-Sanitätskommission in Hinsicht auf schlechte Wohnungen.
 - b) Ausstellung von Arbeiterwohnungen aus Berliner Vororten.
 - c) Ausstellung von Baugenossenschaften, Wohnungsvereinen u.
 - d) Miethvereine und Miethzeitungen.
- II. Arbeitergesundheits.
 - a) Nachweise über Sterblichkeit der verschiedenen Berufs.
 - b) Kindersterblichkeit in den verschiedenen Landestheilen und Stadtvierteln.
 - c) Darstellung der Berufskrankheiten, die Lunge der Bergarbeiter (anatomische Darstellung), die Krankheiten der chemischen Industrie, die Bleikrankheit u. s. w.
 - d) Statistik über Sehevermögen und Muskelkraft bei höherem Alter.
- III. Arbeiternahrung.
 - a) Untersuchungen über die Mittagspause.
 - b) Nahrungsmittelverfälschung.
 - c) Konsumvereine (diese haben eine Stelle in Treptow mit Druckfachen belegt).
 - d) Normalnahrung.
- IV. Arbeitsräume.
 - a) Darstellung ungenügender Räume. (Arbeit im Schacht, in der Hausindustrie, in der Fabrik).
 - b) Darstellung gesunder Arbeitsräume.
- V. Arbeiterschutz.
 - a) Darstellung der Gefahren.
 - b) Schutzvorrichtungen an Maschinen.
 - c) Schutzvorrichtungen an Gerüsten u. dgl.
 - d) Unfallstatistik.
- VI. Arbeitszeit.
 - a) Sonntagsruhe-Bestimmungen.
 - b) Arbeitszeit nach Berufs.
 - c) Arbeitsruhe und Industrielleistung.
- VII. Arbeiterorganisation.
 - a) Statistik aller beruflichen Vereinigungen (Unterstützungsgelder, Wandergelder u. s. w.).
 - b) Fachblätter der Arbeiter.
 - c) Uebersicht über Lohnkämpfe.
- VIII. Arbeitervertretungen.
 - a) Kestenevertretungen.
 - b) Verhandlungen mit Unternehmerverbänden.

a) Statuten und Statistik.

b) Uebersicht über die Entschreibungen.

Ein Haus mit solchem Stoff müßte sehr geschickt angelegt sein, um für das Publikum interessant zu werden, aber es ist nicht unmöglich: viel Bilder, plastische Darstellungen, Wandtafeln, Vorkellungen. Ein solches Haus fehlte, um die Ausstellung vollständig zu machen.

Sogar nach dem Nordpol findet der Gerichts-vollzieher seinen Weg. In diesen unwirtlichen Gefilden der Ausstellung tracht es in allen Klaffen, als ob sie zum Gelingen austreten wollen. Wie ein Berichterstatter wissen will, sind dort bereits vor acht Tagen zwei Schau-Unternehmungen und zwar das „Elektrische Theater“ und ein „Besuch der Weltausstellung“ durch Gerichtsvollzieherhand geschlossen worden. Nunmehr hat gestern auch die „Konkurrenz der Frauenschönheit“, deren Besitzer ein Amerikaner ist, ihre Pforten gesperrt. Ein großer Theil der Pächter verweigert die Zahlung der Miete, weil ihnen bei Eingehung des Vertrages falsche Vorpiegelungen gemacht worden seien, andere schwer Geschädigte harren des Augenblickes, in welchem sie als zahlungsunfähig aus dem Nordpol verwiesen werden können. Einige andere Pächter haben, die Reste ihres Vermögens opfernd, den unwirtlichen Gefilden bereits den Rücken gekehrt. Dazu kommt aber, daß der nominelle Inhaber dieser Spezial-Ausstellung, ein gewisser „Kapitän“ Schreiner aus Göttingen, die ihm jedermann außer seinen Pächtern nachsühen kann, eine Urlaubsbefreiung angetreten hat. Sein gegenwärtiger Aufenthaltsort ist nicht zu ermitteln. Herr Kapitän Schreiner, der im vorigen Jahre noch eine sehr bescheidene Stellung in „Italien in Berlin“ als Impresario der beiden italienischen Taucher bekleidete, hatte den Arbeitsausschuß der Berliner Gewerbe-Ausstellung bewogen, ihm die Klosets zu verpachten, ein Geschäft, das ihm etwa 80 000 Mark eingebracht haben soll. Sodann machte er sich an die Gründung des „Nordpols“ und verstand es, einen hiesigen Knopfabrikanten für seine Idee zu gewinnen. Der Knopfmacher wird nunmehr, wie ein Bericht-erstatter wissen will, als faktischer Besitzer des „Nordpols“ etwa 120 000 Mark einbüßen. Sehr unangenehme Folgen aber kann die Gründung des „Nordpols“ auch für Herrn Schreiner haben, da die Pächter entschlossen sein sollen, gegen ihn gerichtliche Vor-zugehen zu thun.

Im Theater „Alt-Berlin“ hat gestern die erste Versteigerung von Pfändungsobjekten stattgefunden. Durch den Gerichtsvollzieher gelangten daselbst ein Pianino und ein elektrischer Kronleuchter zum Verkauf. Das Instrument brachte 320 M., doch wurde dem Käufer desselben das Herausführen des Pianinos aus der Aus-stellung nicht gestattet, weil der Arbeits-Ausschuß noch eine größere Restpostsumme von der Gesellschaft Theater „Alt-Berlin“ zu erhalten hat.

Kunst und Wissenschaft.

Ostend-Theater. Herr Karl Weiß, welcher am 4. Septbr. seine Saison eröffnet, beabsichtigt seinem Theater den früheren Titel „Ostend-Theater“ wiederzugeben, weil dieser Titel dem Publikum der bekannteste und geläufigste ist.

Gewerkchaftliches.

Achtung! Lederarbeiter (Portefeuilles) Berlins! Seit der letzten Veröffentlichung haben bewußt die Firmen: Lütges u. Co., Oranienstr. 70; Rehner, Morisstr. 5; Belair, Rammstr. 20.

Zugung ist streng fernzuhalten nach den Firmen: Poth u. Weinland, Dresdenerstr. 88/89 und Püschel, Dresdenerstr. 38.

Vertreten ist die Lohnkommission jeden Tag von 9 Uhr an im Lokale von Rehner, Oranienstr. 184. Mit kollegialem Gruß Die Lohnkommission.

Die Militärschneider Berlins waren am Donnerstag Abend zu einer Versammlung zusammengekommen, um darüber zu berathen, was angesichts der von der Firma Binterz vorgenommenen Lohnabzüge zu machen sei. Die Meinung ging dahin, daß, wenn nichts gethan wird, andere Firmen bald nach-solgen werden. Es wurde deshalb beschlossen, eine öffentliche Versammlung der Militärschneider einzuberufen, um zu der Sache Stellung zu nehmen, und die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen erhielt den Auftrag, die nöthigen Vorbereitungen zu treffen. Demgemäß ist für heute, Sonnabend, den 1. August, abends 8 1/2 Uhr, nach den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20, eine Versammlung einberufen. Die Kollegen werden ersucht, dort vollzählig zu erscheinen, um gegen den neuesten Unterdrückungsakt der Unternehmer Stellung zu nehmen und für die Aufrecht-erhaltung des mühsam erlängten Tariffs einzutreten. Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins. J. A.: J. Timm, Vertrauensmann.

Achtung, Metallarbeiter! Der Zustand der Schlosser, Hobler und Dreher bei der Firma G. Schöning in Berlin, Uferstraße, dauert unverändert fort. Die Situation ist für die Streikenden günstig. Bis jetzt haben 4 Schlosser und 3 Dreher dort Arbeit angenommen, dieselbe aber, nachdem sie über den Sachverhalt orientirt waren, wieder ausgegeben. Dem Vernehmen nach soll Herr Schöning willens sein, auch das schwarze Kabinett in der Gartenstraße nicht mehr zu benutzen, weil ihn bis heute auch von dort überwiesene Arbeiter stets wieder verlassen haben. Einen anderen Versuch des Herrn Schöning, Ersatz anzuwerben, vereitelten die organisierten Metallarbeiter von Magdeburg und Uferleben. Herr Schöning hatte nach diesen Orten einen Werksmeister geschickt, um Leute an-zuwerben. Die dortigen Ortsverwaltungen des Deutschen Metall-arbeiter-Verbandes vereitelten aber das Spiel, so daß der Werk-meister unverrichteter Sache zurückkehren mußte. Sehr streng ist das Verhalten der Polizei zu nennen, die die Ausständigen mit Haft bedroht, wenn sie sich in der Uferstraße aufhalten, und das, obwohl schon wegen der Breite dieser Straße eine Verkehrsstörung ausgeschlossen ist! — In einzelnen Fällen sind die Verhafteten sehr lange festgehalten, trotzdem jeder einzelne Streikende sich ohne weiteres über seine Persönlichkeit ausweisen kann. Zum Schluß sei noch mitgetheilt, daß Herr Schöning in den letzten Tagen die Streikenden durch einen seiner Bureau-beamten beobachten ließ. Dieser gab sich für einen Schlosser aus und lief, als ihn ein in der Nähe der Fabrik promenirender Kollege auf den Streik aufmerksam machte, zum nächsten Polizei-beamten, der dann den Kollegen verhaftete.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Achtung, Zimmerer Berlins!

Wir machen unsere Berufsgenossen noch einmal auf die Ver-hältnisse des Baugewerks von Müßus in Charlotten-burg aufmerksam, damit jeder, welcher dort Arbeit be-kommt, von denselben unterrichtet ist. Obwohl die Firma eine der größten ist in Tiefbau-Unternehmungen, wird — was sonst in Berlin fast nirgends der Fall ist — der Lohn nur alle 14 Tage ausbezahlt. Die armen Arbeiter sind daher gezwungen, während der ganzen Zeit in den in der Nähe der Arbeitsstelle liegenden Kneipen zu borgen, und was nach der Bezahlung der Schulden von den 30 Pf. Stundenlohn noch übrig bleibt, muß zur Erhaltung der Familie hinreichen. Das gleiche ist bei den dort beschäftigten Zimmerern der Fall. Aber noch tabulosewerther ist das Ver-halten des Zimmerpoliers Krüger, der — wie um Ver-wechslungen vorzubeugen, ausdrücklich bemerkt wird — Inhaber eines Zigarrengeschäftes ist und Potsdamerstr. 5 in Charlotten-burg wohnt. Derselbe hat die Arbeiter an der neuen Brücke in Charlottenburg auszuführen. Nicht nur, daß

unter jenem Regiment fast wöchentlich Arbeitseinstellungen der Erdarbeiter vorkommen, auch die Zimmerer haben sich über ihn zu beklagen. Auf sämtlichen anderen Bauten der Firma — so in der Rathhausstraße, an der Oberbaumbrücke und in der Köpnickstraße — wird der Neustundentag eingehalten, sowie auch der 33 Pfennig-Lohn gezahlt. Krüger dagegen verlangt, daß 10 Stunden gearbeitet wird, außerdem wird auf der Brücke in Charlottenburg der beliebte Klassenlohn gezahlt. Die Zimmerer legten infolge dessen am Dienstag die Arbeit nieder. Von den dort schon länger beschäftigt gewesenen Zimmerern wird behauptet, daß Krüger die hier geübten Maßregeln selbst einführt und der Arbeitgeber davon durchaus nicht unterrichtet sei. Die Zimmerer Berlins werden daher gut thun, die Arbeitsstelle so lange zu meiden, bis Remeder geschaffen ist. Die Lohnkommission der Berliner Zimmerer. J. A.: Theodor Fischer.

Achtung, Tapezierer Berlins! Der Streik in Meran in Südtirol dauert unverändert fort. Die Kollegen werden deshalb ersucht, den Zug nach wie vor streng fernzuhalten und die streikenden Berufsgenossen auch — was dringend nöthig — m a t e r i e l l so viel wie möglich zu unterstützen. Näheres über die Angelegenheit in der Versammlung, die nächsten Mittwoch, den 5. August, abends 8 1/2 Uhr, nach dem Lokal von Zubeil, Lindenstr. 106, einberufen ist. Mit kollegialem Gruß: Der Vor-sind der Filiale Berlin des Allgemeinen deutschen Tapezierer-vereins.

Die Hirsch-Dunderianer enträsten sich über den „sozial-demokratischen Berliner Metallarbeiterver-band“, weil er einen statistischen Fragebogen in Umlauf gesetzt hat, worin es u. a. heißen soll: Sind Hirsch-Dunderianer vorhanden? Werden dieselben vorgezogen? Haben diese Kolonnenführerstellen? Eine Versammlung des „Orts-vereins der Klempner und Metallarbeiter Berlin II“ faßte über die Angelegenheit eine konfuse Resolution, aus der etwa soviel hervorgeht, daß man „meint“, die Fragen begründeten eine „Verhörung“, „Verdächtigung“ und „Herabwürdigung“ der Hirsch-Dunderianer. Diese Befürchtung ist aber selbst-verständlich dummes Zeug. Der Metallarbeiter-Verband muß, um bei seinen Maßnahmen betreffs Befestigung des Looses seiner Mitglieder nicht vom Boden des Erreichbaren abzukommen, natürlich wissen, mit welchen anderen organisierten Arbeitern er es in den verschiedenen Betrieben zu thun hat. Die Hirsch-Dunderianer können also, sofern ihr Gewissen sonst ruhig ist, ihr Traumbild ungestört fortführen. Der schreckliche Sozi wird ihnen nichts zufügen.

In den Polyphon-Musikwerken in Wahren bei Leipzig haben, wie uns ein Telegramm meldet, 80 Holzarbeiter die Arbeit niedergelegt. An dem Streik sind Tischler, Polirer, Maschinenarbeiter und Bildhauer theilhaftig. Nach der „Leipziger Volkszeitung“ ist die Maßregelung zweier Arbeiter Ursache des Ausstandes.

Der Ausstand auf der Hensdurger Schiffswerft dauert unverändert fort. Geldsendungen sind an Otto W u s t r a c k, Rorderstr. 40, zu adressiren. Die Kommission.

Die ausständigen Scher der Druckerei der „Neuesten Nachrichten“ in Weimar waren vom Verleger des Blattes auf Entschädigung verklagt worden, weil sie die Arbeit plötzlich eingestellt hatten. Sie waren bekanntlich dazu gekommen infolge von Bormwürfen, die sie als Beleidigung auffassen mußten. Trotzdem wurde jeder der Ausständigen verurtheilt, dem Kläger 10,80 M. zu zahlen.

Das „Hamburger Echo“ bleibt dabei, daß die Mehrheit der Delegirten auf der holländischen Generalversammlung der Buchdrucker-Gewerkchaft Sozialdemokraten gewesen wären, meint, es hätte die Erneuerung der Tarifgemeinschaft für taktisch unrichtig gehalten schon zu einer Zeit, als der „Vorwärts“ noch den Erfolg „gepriesen“ hätte, den die Buchdrucker-Organisation ohne Streik durch die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit er. errungen hat, und zum Schluß sagt unser Bruder-organ: „Im übrigen meinen wir, daß man, um „kon-servative“ Buchdrucker zu Sozialdemokraten zu machen, nicht nöthig hat, ihnen fortgesetzt mehr oder minder gut gezielte „Liebe“ zu verlesen. Wir denken, daß eine sachliche Behandlung der eine Gewerkchaft bewegenden Fragen durch die sozialdemo-kratifische Presse unserer Partei bei der betreffenden Gewerkchaft mehr Sympathie und mehr Anhänger erwidert, als eine Art von Kritik, welche sich an Personen und an Neupersönlichkeiten übt.“

Das „Hamburger Echo“ rennt mit der letzten Bemerkung nur offene Thüren ein und mit seinen übrigen hat es nicht recht. Was die sachliche Behandlung anbelangt, so befehlen wir uns dieser schon selber mit dem erforderlichen Ernst; das „Hamb. Echo“ vergißt nur, daß auch die Beurteilung der Personen, die die Sachen machen, selbstverständlich zur sachlichen Behandlung gehört, und gerade in der Frage des „soz. preuß. Gewerksvereins“ und der jetzigen Art von Tarif-Organisation, wo die konservative Mehrheit die klaffenbewußt fühlende Minderheit terrorisirte, war das nothwendig. Solche Leute befehrt man nicht, sondern man muß sie bekämpfen und zwar im Interesse der klaffenbewußt fühlenden Buch-drucker. Auch bei dem Vergleich seiner Stellung zu der unserigen in der Frage der Tariforganisation schämt das „Hamburger Echo“ unsere Behauptungen falsch ein. Wir haben die Vortheile des neuen Tariffs nicht ge-priesen, sondern nur, wie es sich gehört, vernünftig in Rechnung gezogen und in der Hauptsache, der Art und Weise der neuen Tariforganisation, hat der „Vorwärts“ die Buchdrucker beizeiten gewarnt, sich in Berlin nicht den Ring durch die Nase ziehen zu lassen. Sie ließen sich aber doch so schämen, und das danken sie den-selben Leuten, die in Halle die Mehrheit hatten und nach dem Glauben unseres Hamburger Bruderorgans Sozialdemokraten sein sollen. Den Glauben theilen wir nicht.

Von den Stellmachern Wiens stehen noch 170 im Streik. 100 arbeiten zu den neuen Bedingungen, 80 sind auswärts untergebracht.

In Kuffing in Böhmen ist der Streik der Glasmacher der Oesterreichischen Glashütten-Gesellschaft thatsächlich aus-gebrochen, nachdem die Direktion die gemeldete Entlassung der Mitglieder der Glasmacher-Gewerkchaft nicht zurück-genommen hat.

Der Weißgerberstreik in Trebisch in Oesterreich ist nach siebenwöchiger Dauer mit einem theilweisen Erfolg beendet.

Die Maler und Tischler Brüssels stehen in einer Lohn-bewegung. Sie beschloßen, am 1. August die Arbeit nieder-zulegen, falls die Unternehmer nicht bewilligen. Der Beschluß ist von den sozialistischen und katholischen Arbeitern ge-meinsam gefaßt.

Der Streik im Londoner Baugewerbe ist beendet. Die „Labour Gazette“ berichtet darüber:

In Gemäßheit der in einer Versammlung vom 12. Juni angenommenen Resolution lehrten die Bauarbeiter zu den alten Löhnen, jedoch ohne ein Arbeitsreglement, zur Arbeit zurück. Das einzige noch im Streik verbliebene Gewerke waren die Kupfer- und Stuckateure.

Auf einer am 17. Juni abgehaltenen Konferenz einigte man sich über die Arbeitsregeln für in Sägemühlen und Holz-schneidereien beschäftigte Arbeiter. Es ist das erste Mal, daß in dieser Branche des Baugewerbes ein Arbeitsreglement aufgestellt wurde. Das Reglement bestatigt die am 8. Juni eingeräumte Lohn-erhöhung von 1/2 d pro Stunde und enthält eine Schiedsgerichtsklausel, ähnlich der der Zimmerer und Tischler. Die Zahl der in Frage kommenden Sägemüller ist 330.

Am 1. Juli fand eine Konferenz zwischen den Vertretern der Baumeister und der Stuckateure statt. Man einigte sich dahin, den

Lohn um 1/2 d pro Stunde zu erhöhen (von 8 1/2 d zu 10 d, jetzt 7 1/2 Pf. zu 8 Pf.) und die Regelung der Zahl der Arbeitsstunden wie bei den Malern und Zimmerern vorzunehmen; und die folgende neue Klausel handelt von den Streitigkeiten: „Beim Entstehen eines der Arbeit betreffenden Streites soll der Distrikts-beamte der Stuckateurorganisation eine schriftliche Mitteilung der Unternehmerorganisation zugehen lassen, und letztere wird selber informieren, ob der betreffende Unternehmer Mitglied dieser Körperchaft ist. Wenn dies der Fall, soll ein Streik seitens der Stuckateure nicht vor Ablauf von sechs vollen Arbeitstagen nach Erhalt dieser Mitteilung genehmigt werden, während welcher Zeit die Sache von den Unternehmern und den Vertretern der Arbeit, wie im Hinblick auf eine gütliche Beilegung zu be-trachten ist.“

In Uebereinstimmung mit dieser Abmachung nahmen die Stuckateure die Arbeit sofort wieder auf. Die Zahl der unter diesen neuen Bedingungen Arbeitenden ist 3150.

Dadurch ist der Baugewerkestreik beendet. Weitere Unterhandlungen zwischen Unternehmern und Malern und Steinmetzen sind fortgeschritten, aber gegenwärtig sind diese beiden Arbeiterkategorien von den neuen Lohn- und Arbeits-verhältnissen nicht betroffen.

Gerichts-Beilage.

Wie vorsichtig die Inhaber von Bankgeschäften beim An-kauf von Werthgegenständen sein müssen, zeigte eine Verhandlung, welche gestern vor der dritten Ferienkammer des Land-gerichts I stattfand. Der Bankier Mathefuss sollte sich der Fehleri schuldig gemacht haben. Der 16jährige Lehrling eines Graveurs hatte seinem Lehrherrn eine Anzahl Denkmünzen, sowie seinem Vater einen Kupon im Werthe von 26,75 M. entwendet und sämtliche Gegenstände nach und nach bei dem Angeklagten ver-kauft. Die Staatsanwaltschaft erblickte deshalb eine strafbare Handlung in den Ankäufen, weil der Angeklagte die Denkmünzen unter ihrem Werth bezahlt, sich nicht in ausreichender Weise über die Persönlichkeit des Verkäufers vergewissert und für den Kupon nur 24 M. bezahlt hatte. Der Verteidiger, Rechts-anwalt Hugo Sachs, bestritt sämtliche Punkte der Anklage und stellte eine Anzahl Beweisanträge. Ein Sachverständiger für Münzwesen wurde begutachtet, daß die Denkmünzen eher über als unter ihrem Werth bezahlt worden seien und ein anderer für Bankangelegenheiten, daß ein Kupon im Werthe von 26,75 M., der wie im vorliegenden Falle, erst nach 9 Monaten fällig war, in den meisten Bankhäusern nur mit einem Abzug von 9 bis 10 pCt. eingelöst würde. Der Gerichtshof beschloß diesen Beweisanträgen stattzugeben und vertagte die Ver-handlung.

Eine gute Ruhanwendung kann jedermann aus einem Verleumdungsprozeß ziehen, welcher gestern vor der vierten Ferienkammer vom Landgericht II verhandelt wurde. Der praktische Arzt Dr. med. Max Cohn in Reinickendorf war vom Schöffengericht II wegen Verleumdung des Lehrers Karl Schulz zu 30 M. Geldstrafe verurtheilt worden und hatte gegen dieses Urtheil Berufung eingelegt. Dr. Cohn hatte bei dem Lehrer Schulz gewohnt, zwischen beiden war es zu Mißverständnissen gekommen und Schulz hatte den Dr. Cohn wegen Hansfriedensbruchs angezeigt. In erster Instanz war Dr. Cohn deshalb verurtheilt, in zweiter Instanz jedoch freigesprochen worden. In seiner Freude über den errungenen Sieg begab sich Dr. Cohn am Abend der Freisprechung in das Müller'sche Lokal, in welchem die Elite Reinickendorfs verkehrt, und machte seinem Freudengefühl mit der Erzählung Luft, daß der Staatsanwalt den Lehrer Schulz als einen unglaubwürdigen Zeugen bezeichnet habe, wozu er noch bemerkte: „Der Kerl wollte mich hineinlegen und nun ist er selbst hineingefallen!“ Diese Aeußerung wurde dem Lehrer Schulz hinterbracht, worauf dieser Strafantrag stellte. Das Schöffengericht nahm von Ver-hängung einer Gefängnißstrafe Abstand, weil dasselbe annahm, daß sich der Angeklagte kurz nach der Gerichtsverhandlung noch in begreiflicher Erregung befunden und daher seine Wort nicht genau abgewogen habe. Seine Berufung suchte nun der An-geklagte damit zu rechtfertigen, daß Lehrer Schulz schon vor den beleidigenden Worten im Orte verbreitet habe, daß er, der Angeklagte, nur auf Härtsprache des Schulz freigesprochen worden sei, daß er aber die Kosten des Verfahrens zu tragen habe. Seine Aeuße-rung sei daher in der Abwehr und demgemäß in Wahrnehmung berechtigter Interessen erfolgt. Die Beweisaufnahme ließ den Angeklagten dermaßen im Stich, daß sich derselbe nach langem Zureden des Vorstehenden und des Verteidigers dazu bequeme, die gänzlich aussichtslose Berufung auf seine Kosten zurück-zuziehen, womit das Urtheil Revisitstrafe erlangte.

Der Kommissionist Johann Bartel war vom Schöffengericht wegen Unterschlagung zu einer Gefängnißstrafe von zwei Monaten verurtheilt worden. Eine Frau Filtter, deren Mann verhaftet worden war und die das Einschreiten von Gläubigern fürchtete, glaubte ihre vier Pferde dadurch in Sicher-heit gebracht zu haben, daß sie dieselben dem An-geklagten in Gewahrsam gab. Zwei der Pferde sollte Bartel für je dreihundert Mark verkaufen. Diesen Auf-trag führte der Angeklagte aus, aber er will für die beiden Pferde nur insgesamt 200 M. gezahlt haben. Diesen Betrag lieferte er der Frau Filtter nicht ab, sondern verwandte ihn für sich. Im gestrigen Termine vor der Berufungskammer behauptete Bartel, daß er die 200 M. keineswegs für sich verbraucht habe. Es liege sicher in seiner Bedienung und siehe der Zeugin Filtter zur Verfügung. Nun beantragte der Verteidiger, Rechts-anwalt Werthauer, die Verhandlung auf einige Stunden zu vertagen, damit der Angeklagte das Geld aus seiner Wohnung holen und der Frau Filtter gleich an Gerichtsstelle auszahlen könne. Es würde doch immerhin bei Abmessung der Strafe für den Angeklagten von Vortheil sein. Der Gerichtshof war damit einverstanden, die Zeugin freute sich. Die Parteien waren pünktlich zur Stelle, aber der Angeklagte er-schien mit leeren Händen, es war nichts mit den zwei-hundert Mark. Der Gerichtshof verwarf darauf die Berufung.

Kurtagen-Schröpfung in Bade-Orten. Eine für Bade-reisende bemerkenswerthe Entscheidung hat kürzlich ein Kaufmann aus Offenbach herbeigeführt. Dessen Gattin hielt sich 3 Wochen in Soden im Taunus der Luftveränderung wegen auf und wurde zur Zahlung einer Kurtage von 14 Mark heran-gezogen, deren Zahlung mit der Begründung, daß sie die Kur-einrichtung nicht benutze, verweigert wurde. Die Gemeinde Soden wies diesen Einwurf zurück und drohte Pfändung an, worauf die Zahlung der Kurtage erfolgte. Die seitens des Kauf-manns auf dem Verwaltungswege angebrachte Klage gegen die Gemeinde Soden fiel zu seinen Gunsten aus, das Landrathamt in Höchst verfügte die Rückzahlung der Kurtage, die denn auch erfolgte.

Kammergericht. Herr Grobde, Chefredakteur der „Post“ und gesetzlicher Vertreter der Inhaber der Druckerei dieser Zeitung, war seinerzeit angeklagt worden, die gesetz-lichen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen in den Fabriken übertreten zu haben. Der Verstoß wurde darin gesehen, daß in der Zeit von 8 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr morgens in der Druckerei Mädchen beschäftigt worden waren, und zwar hatten diese Druckarbeiten gefaßt. In der ersten Instanz wurde Grobde, welcher die Fabrikarinnen nicht als Fabrikarbeiterinnen betrachtet wünschte, freigesprochen, dann aber auf die Berufung der Staatsanwaltschaft vom Landgericht zur Zahlung einer Geldstrafe verurtheilt. Das Erkenntniß führte aus, daß in einer fabrikmäßig betriebenen Druckerei, wie die der „Post“, nicht nur die Ausführung des Druckes zum Fabrikbetriebe gehöre. Dazu sei unter an-

derem auch das Falzen der Bogen zu rechnen, ganz gleich, ob es im Maschinenaal ausgeführt werde, oder in einem anderen im Fabrikgebäude belegenen Räume. Ueberhaupt gehörten alle Arbeiter, welche in ein und demselben Fabrikbetriebe zur Vollendung des Arbeitsgegenstandes beitragen, zu den Fabrikarbeitern. Maßgebend sei, daß die Arbeiten den Zwecken des Fabrikbetriebes dienen. In seiner gegen dies Urtheil eingelegten Revision machte Groddeck geltend, daß die betreffenden, vermittelst der Hand ausgeführten Falzarbeiten nicht dem Fabrikbetriebe, sondern als Vorarbeiten zur Verfertigung der Drunderzeugnisse dem kaufmännischen Theil des Betriebes zuzurechnen seien. Der Strafsenat des Kammergerichts wies die Revision zurück, nachdem der Oberstaatsanwalt betont hatte, sogar die Packer im Fabrikbetriebe wären Fabrikarbeiter.

Ugram, 31. Juli. Nach einer sechswoöchigen öffentlichen Gerichtsverhandlung wurde heute Vormittag gegen die Stenjewer Verbrecherbande das Urtheil gefällt. Von 86 Angeklagten, denen 18 Mordthaten, zahlreiche Raub- anfälle und Diebstähle zur Last gelegt wurden, sind 19 zum Tode verurtheilt, ferner einer zu zwanzigjähriger, einer zu sechzehn- jähriger, zwei zu fünfzehnjähriger, einer zu zehnjähriger, einer zu anderthalbjähriger und drei zu einjähriger schwerer Kerkerhaft. Unter den zum Tode Verurtheilten befinden sich auch zwei Frauen. Acht Angeklagte wurden freigesprochen.

Vermischtes.

Brodian, 31. Juli. Gestern ging im Riesengebirge ein schweres Gewitter mit Hagel nieder. In Peyer wurde durch einen Blitzschlag eine Besingung eingeleitet; der Eigen- thümer wurde betäubt, sein Sohn getödtet.

Hünfkirchen, 30. Juli. Bei dem gemeldeten Unglücksfall sind 3 Personen gänzlich verbrannt, die Zahl der mehr und minder Verletzten beträgt etwa 200.

Königsberg i. Pr., 31. Juli. Infolge großer Hitze sind gestern auf einem Zimmerplatz mehrere Arbeiter erkrankt, von denen fünf gestorben sind.

Budapest, 30. Juli. Das Feuer in der Central- Markthalle wurde lokalisiert. Die Entstehung desselben wird auf die Unvorsichtigkeit eines Arbeiters zurückgeführt. Der ver- urthachte Schaden wird auf 60 000 bis 100 000 Gulden geschätzt.

Wien, 31. Juli. Sämmtliche Mitglieder der Redaktion des „Pesti Naplo“ haben in Folge von Mißbilligungen mit dem Verlage ihren Dienst verlassen und beabsichtigen, schon in den nächsten Tagen ein neues ungarisches Blatt zu gründen.

Lemberg, Am 29. Juli brach in Uscie Zielone ein Schadenfeuer aus, welches 60 Gebäude einschloß, darunter das Gemeinde- Amt, die Genbarriere-Kaserne, die römisch- katholische und die griechisch-katholische Pfarre.

„Juristische“. Der „Gablunger Anzeiger“ theilt folgenden Sach aus der Eingabe eines Rechtsanwalts mit: „Das Gericht wolle erkennen: der Beklagte sei schuldig, mir für die von mir für ihn an die in dem von ihm zur Ver- arbeitung übernommenen Steinbruch beschäftigten Arbeiter vor- geschossenen Arbeitslöhne Ersatz zu leisten.“

Beim Lesen dieses Satzes dämmerte uns die Vermuthung auf, daß dieser hervorragende juristische Deutschkünstler am Entwurfe des Bürgerlichen Gesetzbuchs mitgearbeitet hat.

New-York, 31. Juli. Ein Zusammenstoß zwischen einem Bergnähigungszug und einem Schnellzug ist 4 Meilen von Atlantic-City erfolgt. Zwei Waggons des Bergnähigungs- zuges sind zerstört, ungefähr 50 Passagiere getödtet, zahlreiche verletzt. Hilfe ist abgegangen.

Temesvár. Auf der Sredistger Befestigung des Grund- besizers Michael Lazarowicz in Sädungarn wurden Petroleum- Quellen entdeckt.

Ein frühreifer Prinz. In der bulgarischen Armee, so schreibt die Wiener Wochenschrift „Neue Revue“, herrscht seit einigen Tagen heller Jubel. Kronprinz Boris hat in Begleitung seines Kindermädchens dem Lager von Kniaschewo bei Sofia einen längeren Besuch abgestattet und bei den Soldaten und Offizieren eine begeisterte Aufnahme gefunden, die ausschließlich ihm selbst galt und nicht etwa dem Kindermädchen. Der Prinz scheint nämlich dank einer besonders glücklichen Ver- anlagung über das Stadium der Zinnsoldaten schon hinausgekommen zu sein, denn seine Erziehler halten es trotz des garten Alters des Knaben für angemessen, ihn für seine weitere Fortbildung jetzt schon lebendige Soldaten zur Verfügung zu stellen. Das kleine Experiment im Lager von Kniaschewo gelang über alles Erwarten gut, denn Prinz Boris „beschäftigte“ nicht nur das Lager in allen seinen Theilen, sondern „wohnte“ auch der Defilirung der Truppen „bei“ und sagte nach Beendigung der Parade zu den ihn um- ringelnden Offizieren: „Ich bin sehr zufrieden, ich danke Ihnen, meine Herren!“ Diese fast beängstigende Botschaft eines dreijährigen Kindes giebt zu denken. Bis zu welchem unerreichbaren Größenmaße der Regierungskunst wird es ein Prinz bringen müssen, welcher, kaum dem Säuglingsalter entwachsen, schon voll erblühte Regentenqualifikationen zeigt!

Da braucht sich das Wiener Blatt übrigens gar nicht so sehr zu wundern, daß Prinz Boris selbst allen anderen Prinzen in militärischen Fähigkeiten so weit voran ist, hat er doch schon als Säugling die goldene Tapferkeits-Medaille erhalten.

Ueber einen merkwürdigen Gerichtsbrauch wird be- richtet: Wird vor den Richtern in Venedig ein Verbrecher zum Tode verurtheilt, so tritt eine große, geisterhafte Gestalt mit langem, schwarzen Talar feierlich in die Mitte des Saales, ver- beugt sich ehrerbietig vor den Richtern und ruft ihnen mit hoher Stimme zu: „Vergesst den Bäder nicht!“ Dann ver- schwindet sich die Gestalt noch einmal und verschwindet lang- samen Schrittes. Vor 300 Jahren wurde in Venedig ein Bäder hingerrichtet, der ganz unschuldig war. Als die Wahrheit ans Licht kam, erlegten die Richter, die ihn verurtheilt hatten, eine Geldsumme, deren Zinsen dazu bestimmt waren, eine ewig brennende Lampe anzuschaffen und zu erhalten, dieselbe, die noch jetzt im Dogenpalast als die „Säbneopferlampe“ zu sehen ist. Von jener Zeit stammt auch die Warnung, die den Richtern bei jedem Todesurtheil zu theil wird.

Der Brauch empfiehlt sich zur Nachahmung. Wie wär's wenn bei politischen Prozessen stets eine vermunnte

Gestalt im Saal erschiene, sich ehrerbietig verbeugt und mit hoher Stimme rief: „Vergeht den Brausewetter nicht!“

Das Theater des Westens und Herr Paul Blumenreich. Verschiedenen Blättern sind gleichzeitig folgende zwei Briefe zugegangen, deren Abdruck sich lohnt, da sie trefflich den Werth mancher Berichtigungen illustriren:

Seit einiger Zeit durch- schwirren ganz sonderbare, mit den Thatsachen im di- rektesten Widerspruch stehende Nachrichten über mich und mein Verhältnis zum Theater Alt-Berlin sowie zum Theater des Westens die Blätter. Ich bitte alle Zeitungen gefälligst davon Kennt- nis zu nehmen, daß keine einzige neuerdings veröffent- lichte, das Theater Alt-Berlin, das Theater des Westens und vor allem mich be- treffende Mittheilung sich mit der Wahrheit auch nur annähernd deckt. Ich werde künftig gegen die Verbreitung von unwarahren, mich schädigenden Meldungen den Rechtsweg be- schreiben.

Hochachtungsvoll
Paul Blumenreich,
geschäftsführender Direktor
am Theater des Westens.

Eine wahre Perle dieser Herr Paul Blumenreich, „Direktor“ des Theaters Alt-Berlin und des Theaters des Westens!

Gelächren-Zerkrentheit. Aus Rio Janeiro, 30. Juni, schreibt man der „R. Z.“: Der verstorbenen Gräber und Minister der brasilianischen Republik, Dr. Benjamin Constant Botelho de Magalhães, litt besonders in den letzten Jahren seines Lebens als Lehrer der Mathematik an der Militärschule in Rio an auf- fallender Zerkrentheit. Als Probe mag folgendes dienen: Ein Freund lud den gelehten Herrn ein, bei seiner Hochzeit Trauzeuge zu sein. Die Trauung fand in der Gloriatirche in Rio statt. Benjamin Constant war spazieren gegangen, kam zurück und schloß sich dem Zuge an. Er hatte großen Durst bekommen und nicht früh genug daran gedacht, zu trinken. Das Brautpaar kniete bereits vor dem Altar. Der Vater begann die Zeremonie. Benjamin ertrug den Durst nicht mehr. Er ging schnell in die Sakristei, wo ein thürner Wasserbehälter stand. Benjamin legt seinen Chapeau Claque auf einen Stuhl, trinkt eilig, bedeckt den Wasserkrug mit seinem Hut und lehrt, den Goldedel des Kruges im Arm, ganz feierlich zum Brautpaar zurück.

Für den Inhalt der Inserate über- nimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 1. August.
Neues Opern-Theater. (Kroß.) Das Heimchen am Heerd.
Deutsches Theater. Die Weber.
Festung-Theater. Fräulein Doktor.
Schiller-Theater. Untel Präsig.
Neues Theater. Tata-Toto.
National-Theater. Die Reise durch die Gewerbe-Ausstellung.
Residenz-Theater. Der Stellvertreter. Erlauben Sie Madame!
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Salle-Alliance-Theater. Der Gold- sucher.
Theater Unter den Linden. König Chilperich.
Friedrich-Wilhelmstadt. Konzert- park. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vor- stellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten- Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Vorherige Woche unter Direktion Adolph Ernst.
Anfang 8 Uhr.
Charley's Tante.
Schwank in drei Akten von Brandon Thomas. Repertoirestück des Globe-Theaters in London.
Vorher: Die Bajazzi. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Der Sommer-Garten ist geöffnet.

Viktoria-Brauerei
Lützowstrasse 111/112
(nahe Potsdamer Brücke).
(Garten resp. Saal.)
Täglich außer Sonnabend:
Stettiner Säger

(Meyzel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader).
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf.
Im Vorverkauf 40 Pf. Siehe Plakate.
Morgen Sonntag:
Urkommisches Programm.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr: Onkel Präsig.
Sonntag, abends 8 Uhr: Vergnügte Flitterwochen.

Alexanderplatz-Theater.
Alexanderstr. 40.
Direktion: Max Samst.
Sensationelle Novität der Saison.
Die offizielle Frau.
Schauspiel in 4 Akten nach Savoges
Konrau von J. Behmann.
Morgen und die folgenden Tage:
Dieselbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété.
Budapester
Koffen- u. Operetten-Theater
Direktion: Gebrüder Herrnsfeld.
Heute, Sonnabend, 31. August 1896:
Zum 32. Male:
Die Welt geht unter.
Original-Lustspiel
von Donat Herrnsfeld.
Ferner zum 12. Male:
Der Verwandlungskünstler.
Burleske von J. Arnim.
Auf. 8 Uhr. Vorzugskarten gelten.

Ostbahn-Park
Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Park.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschock.
Kaffeeküche 3-5 Uhr. - Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis.
Volksbelustigungen jeder Art. 4 Regelbahnen zur Verfügung.
Gute Piere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.
Sonntags Entree 20 Pf., Kinder 10 Pf.

2 Vorstellungen täglich
Nachm. 5-7; Abends 9-11 Uhr.
Bolossy Kiralfy's „Orient“
Olympia
Riesentheater.
Größtes Schansthück der Welt! Ca. 1000 Mitwirkende!
Schweizer Garten
Am Königsthor. Friedrichshain.
Sonnabend, den 1. August:
Extra-Vorstellung.
Theater u. Spezialitäten.
Die Männer im Mond.
Entree 50 Pf. Volksbelustigungen und Saal.
Passe-partouts etc. haben Gültigkeit.

National-Theater.
Große Frankfurterstrasse 132.
Direktion: Max Samst.
Die Reise durch die Gewerbe-Ausstellung.
Große Posse mit Gesang von Hugo Basse.
Regie: Fritz Schäfer.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
National-Theatergarten.
Heute:
Italienische Nacht.
Großes Konzert. Theaterstücke.
Spezialitäten 1. Ranges.

Reichshallen-Garten
Leipziger-Strasse, am Dönhofsplatz.
Englisch
Norddeutsche Säger
Heute, Sonnabend:
Zum 92. Male:
Die Ull-Parodie
Alle fünf Barrisons
Anfang Sonntags 7 Uhr,
Wochentags 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirter Pl. 50 Pf.
Wird Sonntags wegen Regenwetter im Saal gespielt, beträgt das Entree durchweg 50 Pf.

Ostbahn-Park
Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Park.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschock.
Kaffeeküche 3-5 Uhr. - Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis.
Volksbelustigungen jeder Art. 4 Regelbahnen zur Verfügung.
Gute Piere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.
Sonntags Entree 20 Pf., Kinder 10 Pf.

Bolossy Kiralfy's „Orient“
Olympia
Riesentheater.
Größtes Schansthück der Welt! Ca. 1000 Mitwirkende!
Schweizer Garten
Am Königsthor. Friedrichshain.
Sonnabend, den 1. August:
Extra-Vorstellung.
Theater u. Spezialitäten.
Die Männer im Mond.
Entree 50 Pf. Volksbelustigungen und Saal.
Passe-partouts etc. haben Gültigkeit.

Alt-Berlin.
Heute:
Grosse
Blumen-Illumination
Eintritt vom 5 Uhr ab:
25 Pf., 50 Pf.

Castan's
Panopticum.
Neu!! Neu!! Neu!!
4
hochsensationelle
Neuheiten
die ein Jeder
sehen muss!

Puhmann's
Vaudeville-Theater.
Schönhäuser Allee 148.
Der Krach in der Gewerbe- Ausstellung.
Operette in 1 Akt von Ernst Ernan.
Miss Francoisa, Serpentin-Längerin, Barry und Lydia, Equilibristen, Little Adoll, Duellisten, Angelo-Trupps, römische Ringer, Sopp'l Ernesti, Draht- seilkünstler, Allison-Trupps, Parterre- Akrobaten u. s. w.
Entree 30 Pf. Reservirter Pl. 50 Pf.
Anfang 4 Uhr.

Apollo-Theater
und Konzert-Garten
Friedrichstraße 218. Dir. J. Gllök.
Stürmischer Lacherfolg!
Ein Abenteuer im Harem.
Burleske in 1 Akt von W. Mannstädt.
Musik von Paul Linde.
Eine Scene im Zoologisch- Garten
aufgeführt von der **Senetts-Troupe.**
Ferner:
20 Kunstkräfte ersten Ranges.
Stoffeneröffnung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr. - Auf. der Vorstell. 8 Uhr.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 89.
Direktion: Richard Schütz.
Sonnabend, den 1. August 1896.
Zum 254. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von W. Mannstädt und J. Freund.
Musik von Julius Gindshofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Eine tolle Nacht.

Spezial-Ausstellung
KAIRO
ab 7 Uhr nachm. ohne Gewerbe- Ausstellungs-Billet zugänglich.
Von 10 Uhr vormittags geöffnet.
Riesen-Arena:
5 und 8 1/2 Uhr nachmittags.
Massen-Schaustellungen der Beduinen.
Konzert von 4 Kapellen
Entree 50 Pfg.
Kinder unter 10 Jahren an allen Tagen die Hälfte.
Eilttag Montag 1 Mk.
Illuminationstag: Freitag ab 5 Uhr 1 Mk. Entree.

W. Noack's
Sommer-Theater.
Brunnenstr. 16.
Täglich:
Konzert und Theater-Vorstellung.
Im Saal: **Gr. Ball.**
Das große Loos.
Schwank in 1 Akt von Schmasow.
Neu! Neu!
Das Amazonen-Corps
oder
Berliner Sportmädel.
Burleske mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von Walter Gerke.
Anfr. hervorragender Spezialitäten.

Seldschlößchen
142 Müllerstraße 142.
Telephon: Amt Moabit 1213.
Täglich:
Konzert, Theater.
Spezialitäten-Vorstellung.
Nachtigall u. Nichte.
Sonntags: Großer Ball.
Mittwochs: Tanzkränzchen.
Theodor Boltz, Ordonom.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
 Naturkundliche Ausstellung
 täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
 Eintritt 50 Pf.
 Wissenschaftl. Theater 8 Uhr.

Sternwarte Invalidenstr. 57-62
 täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.
 Eintritt 50 Pf.
 Näheres die Tagesanschlüsse.

Passage-Panopticum.



42
 wilde Weiber
 aus
 Dahomey.

Treptow. Partijklöbchen
 empfiehlt sich den Vereinen und Gesell-
 schaften. C. Hümpel Ww.

Restaur. Spree-Schloss
 Bes.: Ernst Brüning.
 Friedrichshagen, Seestr. 2/3.

Erstes Wasser-Lokal Friedrichshagens
 mit Dampf-Angelegenheiten, großem
 schattigen Garten, Saal, Regelmäßig.
 Bairisch Bier Seidel 10 Pf., Berliner
 Weisse 20 Pf., Ruderboote 1 bis 3
 Personen Stunde 50 Pf. 21292

Restaurant zur Erholung.
 Gaultdorferstr. Nr. 3, Köpenick.
 Weg zur Pferdebrücke. — Empfiehlt sich
 den Vereinen. Regelmäßig, Billard,
 Vereinszimmer. Für gute Speisen
 und Getränke ist gesorgt. 55092*

Künstl. Zähne.
 F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
 Teilzahlung pr. Woche 1 M.

Staar i. gr. Ausw. Waldvogel, bill.
 Schnelle, Gr. Frankfurterstr. 12.

Gutgehendes Vorkost-Geschäft,
 Milch, Backwaren mit
 Holz und Kohlen ist billig zu verkaufen.
 Näh. Brunnenstr. 168, Restaur. 29606

Kleines Garderoben-Geschäft, gut
 gehend, Arbeitergegend, billig bald zu
 verkaufen. Offerten unter L. J. 236
 Exped. d. „Vorwärts“.

Zentralverband deutsch. Maurer
 Zahlstelle Berlin 1 (Pulver).
 Den Mitgliedern des Verbandes,
 sowie den Mitgliedern des Gesang-
 vereins Gemüthlichkeit hiermit zur
 Nachricht, daß unser Kollege und lang-
 jähriges Ehrenmitglied des Verbandes,
 Georg Rusioke am Mittwoch, den
 29. d. M., nachm. 5 Uhr, im Elisabeth-
 Krankenhaus im Alter von 77 Jahren
 verstorben ist. 295/19
 Die Beerdigung findet am Sonntag,
 den 2. August, nachm. 4 Uhr, auf dem
 Neuen Schöneberger Kirchhof (Mag-
 strate) statt. Um recht zahlreiche Be-
 theiligung bittet
 Die örliche Verwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbe-
 Kasse der Tischler u.
 Verwaltung Berlin F.
 Mitglieder-Versammlung
 am Montag, den 3. August, abends
 8 1/2 Uhr, bei Mörschel, Schönhauser
 Allee 28. 183/9
 Tagesordnung:
 1. Abrechnung vom 2. Quartal.
 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
 Zum 20-jährigen Stiftungsfest findet
 am Sonntag, den 10. August, in Puhl-
 mann's Vaudeville-Theater ein Sommer-
 vergnügen statt, arrangirt von Mit-
 gliedern der Kasse zum besten der in-
 validen Mitglieder, wozu wir gleich-
 zeitig einladen.
 Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung
 der Orts-Krankenkasse
 der Gelbgießer zu Berlin.
 Erlaß des Herrn Oberpräsidenten
 vom 14. Juli d. J. O. P. Nr. 10 282;
 Gemäß Nr. 7 zur Ausführung vom
 10. Juli 1892 zur Ausführung des
 Krankenversicherungs-Gesetzes sehe ich
 die durchschnittlichen Tagelöhne für die
 weiblichen Mitglieder der Orts-Kranken-
 kasse der Gelbgießer, und zwar:
 1. für erwachsene weibliche
 Kassenmitglieder über
 16 Jahre auf 1,50 M.
 2. für weibliche Kassen-Mit-
 glieder unter 16 Jahren
 auf 1,00 M.
 hierdurch fest. gez. v. Achenbach.
 Berlin, den 30. Juli 1896.
 29596 Der Vorstand.

Stadt-Theater
 A. Klein Köpenick A. Klein
 Empfehle meine zwei großen Säle
 Vereinen, Versammlungen und Gesell-
 schaften. Vereinszimmer, Logizimmer,
 Regelmäßig. 56258*

Achtung! Nützenmacher. Achtung!
 Sonntag, den 2. August, vorm. 9 Uhr,
 im Saale des alten Schützenhauses, Linienstraße 5-6:
 Große öffentliche
 Versammlung der Pelz- u. Mützenbranche
 Selbständige, Arbeiter und Arbeiterinnen.
 Tagesordnung: 1. Die Lage des Streiks. 2. Diskussion.
 Wir bitten die Inhaber von Sammelkarten schnellstens abzurechnen.
 Die Fünfer-Kommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 (Zahlstelle Berlin).
 Montag, den 3. August, abends 7 1/2 Uhr, in Bernhard Raab's
 Salon, Kolbergerstraße 23:
 Bezirks-Versammlung für Bedding und Gesundbrunnen.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: „Die Kämpfe der Handwerksgehilfen im Mittelalter.“
 Referent: Stadtverordneter Bernhard Bruns. 2. Diskussion. 3. Wahl eines
 Beisitzers. 4. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes.
 Zu dieser Versammlung sind die Kollegen folgender Werkstellen ein-
 geladen: Dammann, Gerichtstr. 72; Jakob, Gerichtstr. 72; Herrmann, Schauffe-
 straße 25; Knoll & Böttner, Schulstr. 51; Bempohl, Müllerstr. 182; Hein-
 mann, Reinickendorferstr. 23.
 Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 Auch Nichtmitglieder haben Zutritt.
 302/9 Die Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolierer.
 Nächsten Montag, abends 8 Uhr, in Riedorf, Ansebestr. 49:
 Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Was müssen die Arbeiter thun, um mehr
 Freiheit zu erringen? Ref.: Kollege Weber. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Billets zu der am 9. August stattfindenden Dampferpartie sind heute
 Abend von 7-9 Uhr Blumenstr. 38 zu haben. Um eine genaue Uebersicht
 zu gewinnen, werden die Mitglieder sowie deren Bekannten, welche ein Kind
 oder mehrere mitbringen, für welche kein Billet gelöst ist, ersucht, die Zahl
 derselben bis Montag an S. Schulz, Remelerstr. 60a, mitzutheilen.
 290/14 Der Vorstand.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter
 Berlins und Umgegend.
 Sonntag, den 2. August, vormittags 10 Uhr,
 in Cohn's Kaffalen, Benthstraße 21/22:
 Branchen-Versammlung
 der Monteur- und Hilfsmonteur.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Jovell. 2. Diskussion.
 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Es ist dringend notwendig, daß jeder Kollege für den Besuch dieser
 Versammlung rege agitiert, das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.
 249/3 Der Vorstand.

Verein der Maschinisten, Heizer u. Berufsgen.
 Berlins und Umgegend.
 Sonntag, den 2. August, nachmittags 5 Uhr, im Lokale
 Dranienstraße 51:
 Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: „Rechtsstaat und Koalitionsrecht.“ Referent: P. Jahn.
 2. Verschiedenes. 3. Fragelasten. 4. Aufnahme neuer Mitglieder.
 189/1 Der Vorstand.

Verband der Bauarbeiter u. Berufsgen.
 Deutschlands. Zahlstelle Berlin.
 Sonntag, den 2. August, vorm. 10 1/2 Uhr, in Scheffer's
 Salon, Inselstr. 10, 2 Tr.:
 Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Fassenbach. 2. Diskussion.
 3. Verbandsangelegenheiten. 32/15
 Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden in der Versammlung auf-
 genommen. Die Ortsverwaltung.

Verband der in Buchbindereien,
 der Papier- u. Federgalanteriewaaren-Industrie beschäftigt.
 Arbeiter und Arbeiterinnen.
 Montag, den 3. August, abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale des Herrn Volk, Alte Jakobstraße Nr. 75:
 Mitgliedschafts-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Adolf Hoffmann über: „Gesunde und Gesindel.“
 2. Der Streik der Federarbeiter. 3. Mitgliedschaftsangelegenheiten.
 Um schleunige Abrechnung der noch restierenden Beiträge bis zum 1. Juli,
 sowie der Abrechnung von unserem diesjährigen Sommerfeste ersucht
 27/3 Der Vorstand.

Die saure Gurkeⁿ

Zeit ist gekommen, trinken Sie ja kein Wasser ohne H. Trützsch's
 reinen Citronensaft. 1 Theelöffel auf ein Glas Wasser giebt ein
 erfrischendes Getränk, unentbehrlich auf Landpartien, Ausflügen u.
 ebenfalls ärztlich vielfach
 Citronensaftkur verordnet gegen
 Gicht, Rheuma, Gallensteine u. s. w.
 Wein garantiert reiner Citronensaft ist in plombirten Flaschen H T zu
 1 und 2 M. zu haben bei Herrn R. Heieck, N. Chausseestr. 60;
 C. Ritzmann, 50. Kolbuserstr. 19; W. Tschepel, W. Stelmetz-
 strasse 77; Schinke, NW. Thurmstrasse 77 (Ede Ottostraße);
 H. Harden, Badstr. 28. Nur Verkauf durch H. Trützsch,
 Berlin, Boyenstr. 37. (Von 6 M. aufwärts franko.)

Köpenick. Carl Zachow,
 Den Vereinen und Gesellschaften halte
 mein Lokal mit Saal bestens empfohlen.
 E. Paulick, 56288*
 Schönecker- u. Grünauerstr. Ecke. 54282*

Friedrichshagen, Seestraße 62.
 Herrliche Aussicht nach dem Müggel-
 see, Garten, Regelmäßig, guter Imbis u.
 Getränke zu soliden Preisen. 54282*

Codes-Anzeige.
 Allen Parteigenossen zur Nachricht,
 daß am Dienstag, den 28. d. Mt.,
 unser alter bewährter Parteigenosse
August Schulz
 nach anderthalbjährigem schwerem, durch
 einen Unfall herbeigeführten Leiden
 verschieden ist. Schulz war einer von
 den Genossen, die unter dem Sozialisten-
 gesch ihre Pflicht treu erfüllt haben.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet Sonntag, den
 2. August, vormittags 9 1/2 Uhr, von
 der Leichenhalle des Freireligiösen Fried-
 hofes, Pappel-Allee, aus statt. 216/18
 Um zahlreichen Besuch eruchen
 Die Vertrauensleute des
 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Codes-Anzeige.
 Den Mitgliedern des Vereins zur
 Wahrung der Interessen d. Maurer
 Berlins und Umgegend die traurige
 Mitteilung, daß unser alter, bewährter
 Mitglied
August Schulz,
 Langestraße 57, am Dienstag, den
 28. Juli, abends 9 Uhr, nach zwei-
 jähriger Krankheit anlässlich eines Un-
 falls gestorben ist. Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag,
 den 2. August, vormittags 10 Uhr, von
 der Leichenhalle des Freireligiösen Ge-
 meinde-Friedhofs in der Pappel-Allee
 aus statt.
 Um rege Theilnahme bittet
 Der Vorstand.

Für die rege Theilnahme bei der
 Beerdigung meines lieben Mannes,
 unseres guten Vaters und Bruders, des
 Gutmachers Justus Stabrie, sagen
 wir allen Kollegen und Kolleginnen
 desselben sowie allen Freunden und
 Bekannten von dieser Stelle aus unseren
 herzlichsten Dank. 29646
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Wwe. Auguste Stabrie nebst Kindern.
 Emil Stabrie als Bruder.
 Berlin, den 31. Juli 1896.

Ehrenerklärung. 2956b
 Ich erkläre die Frau Schedt für eine
 ansässige Frau und nehme die Be-
 teiligung jurisd. Frau Barlow.

Johannisthal, Lador's
 Kaiser Wilhelmstraße 6.
 Empf. meinen gr. schatt. Garten, Saal,
 Vereinsz., Regelmäßig, Billard, Sommer-
 wohnung u. Ausspannung. 53942*

Haferland's Restaurant,
 Ober-Schönweide. 5395L*
 Empf. seinen Garten, Saal, Regelmäßig,
 Kaffeeische. Solide Preise.

Wilhelmsthal Köpenick.
 Bei Ausflügen empfehlen wir unser
 Lokal auf das angelegentlichste. Jeden
 Sonntag: Tanz. Gebr. Scher.

Arbeitsmarkt.
 Circa 50 Simonmacher werden
 bei Veltener Lohnlarif sol. verlangt u.
 finden dauernde Beschäftigung auf
 Moko's Werks, Pindow i. d. Mark,
 Bahnhofsstation Gransee (Stett. Bahnhoj).
 Glasbergoffen 2963b
 verl. Paul Berger, Grunewaldstr. 110.

Wer!
 kann einem j. solid. Buchdrucker (rühr.
 Parteigenosse) einen Ort angeben (am
 liebsten in Westdeutschland), wo des-
 selbe eine H. Buchdruckerei mit Buch-
 und Schreibwaarenhandlung gründen
 kann. Off. unter L. 113 zur Weiter-
 beförderung a. d. Exp. d. Bl. erb. 2954b

Näherinnen, Automat ge-
 knopfloch-Abte, auch zum Anleeren,
 verl. Schröder, Frankfurter Allee 129.

Büffentleber verlangt Schmidt,
 Langestr. 91. 2955b

Licht. Mansfeld auf Mädchenmäntel
 außer dem Hause verl. Jaenicke, Prinz
 Eugenstr. 8, 1 Tr. 2956*

Für Photographie-
 Karten und englische
 Kartons gesucht
 Schnittmacher, Kartonarbeiter, Stein-
 drucker, geübte Goldanlegerin und
 Stangerin sofort oder später. Be-
 schäftigung dauernd. Adressen unter
 Chiffre C. A. in der Expedition dieser
 Zeitung abzugeben. 2957b

Mamsello
 außer dem Hause auf Zedels, Preise
 1,25, 1,50, 1,75 M., verlangt Steris,
 Gr. Frankfurterstr. 183, 1 Tr. 2918b

Zementware, 29
 welche zuverlässig und selbständig ar-
 beiten, für größere Aufträge
 sofort gesucht. 55922*

Otto Schwirz u. Co.,
 Zementwarenfabrik, Znojmyazlam.

Einem Theil der heutigen Auf-
 lage liegt ein Prospect des Zentral-
 hauses d. Kirchner, Belle-
 Alliancestr. 101, bei.

Deutsche Schuh-Fabrik Erfurt

liefert
 Schuhwaaren en gros & en detail
 in eleganter und solider Ausführung.



Arbeiter Berlins!
 Die Fabrikate der ausgesparten
 Schuhmacher in Erfurt werden jetzt,
 außer in den bekannten Verkaufsstellen, in
 den eigenen Niederlagen
Bellealliancestr. 98/99
 und
Rosenthalerstr. 63/64
 verkauft.

Weitere Filialen in Deutschland:
 München, Sendlingerstraße 10.
 Bremen, Paulsenstraße 75.
 Landbergerstraße 7.
 Frankfurt a. M., Liebfrauen-
 berg 26.
 Düsseldorf, Bismarckstraße 91.
 Köln a. Rh., Eigelstein 60.
 Bremen, Paulsenstraße 75.
 Hannover, Klagemarkt 7a.
 Hamburg, Werthestraße 8a.
 Leipzig, Zeilstraße 37.
 Braunschweig, Höhe 4.



Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten
 Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und
 Qualität zufriedengestellt. — Unser Geschäftsgrundsatz ist:
 Geringer Verdienst, rascher Umsatz. — Jedem unserer
 Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden.
 Damenstiefel von M. 3,50, Herrenstiefel von M. 5,75,
 in nur reeller Ausführung. 5228L*

In der Bellealliance-Straße bitte genau
 auf Nummer 98 zu achten.

Für die Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

Verfassungen.

Der Verein Vorwärts hielt am Donnerstag seine Generalversammlung für das abgelaufene Quartal ab. Nach einem lehrreichen Vortrage von Dr. Joel erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht, aus dem hervorgeht, daß sich die Mitgliederzahl von 1680 auf 2119 vermehrt hat. Ausgeschlossen wurden die Mitglieder Emil Thiele und Hempel. Da in einer vorhergegangenen Mitgliederversammlung den streikenden Entmachern 100 M. bewilligt worden sind, während nach dem Statut nur die Generalversammlung zu Geldbewilligungen befugt ist, ersucht der Vorstand um nachträgliche Sanktion dieses Beschlusses. Nach dem Bericht des Kassierers betrug der Kassenbestand am Beginn des Quartals 280,56 M., dazu kommt eine Einnahme von 496,85 M., der eine Ausgabe von 606,15 M. gegenüber steht, so daß ein Bestand von 169,26 M. verbleibt. Dem Vorstand sowie dem Kassierer wurde Decharge erteilt und daraus die Genossen Leid, Meiser, Meyer, Schröder und Heinrich zu Revisoren gewählt. Die Versammlung beschloß, dem Kassierer eine monatliche Entschädigung von 15 M. zu bewilligen und stimmte dem Vorschlage des Vorstandes, eine Vassalleier zu veranstalten, zu.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband beschäftigte sich in einer gutbesuchten Generalversammlung, die am 28. Juli bei Keller tagte, mit einem Antrag des Vorstandes, der zur Abstimmung in folgendem Wortlaut vorlag:

Antrag: „Zur theilweisen Deckung der großen Ausgaben für Streiks in diesem Jahre, ist auf die Dauer eines Vierteljahres eine Extrabeitrag von 10 Pf. pro Woche von allen Mitgliedern zu leisten.“

Der Vorsitzende Glöde weist zur Begründung des Antrages auf die vielen und zum theil umfangreichen Streiks hin, die dem Verband in diesem Jahre so hohe Ausgaben für Unterführungen auferlegten, daß die Forderung eines Extrabeitrages nicht zu umgehen ist. Gegenüber den großen Anforderungen, die durch den Lauterberger Streik und mehrere nicht unbedeutende Lohnkämpfe in der Provinz entstanden, ist die Einnahme für den Streikfonds eine verschwindend geringe gewesen und hat die Verbandskasse die vorhandenen Barbestände für diese Zwecke gleichfalls aufwenden müssen. Die fortwährenden Ausgaben haben sogar zu nicht unbedeutenden Anleihen geführt, denn der Streik der Lauterberger Kollegen darf unter keinen Umständen durch den Mangel an Unterführung zu grunde gehen. Aus diesem Grunde habe sich die Ordverwaltung für den Antrag erklärt und hofft Redner, daß die Generalversammlung dasselbe thun werde. In der Diskussion sprachen Gile, Richter und Gelsob gegen den Antrag, der ihrer Meinung nach dazu führen werde, daß viele Mitglieder dem Verbande den Rücken kehren. Die nachfolgenden Redner Jung, Sievert, Engmann und Wiedemann traten entgegen für den Antrag ein; letzterer wies besonders darauf hin, daß, als vor zwei Jahren die Statutenberatungen zum Holzarbeiter-Kongress gepflogen wurden, wiederholt darauf hingewiesen wurde, der Verband solle sich zu einer Kampfbewegung umwandeln. Der Verband habe dies jetzt gethan und nun wären die Mitglieder auch verpflichtet, für den Antrag des Vorstandes einzutreten; denn die Berliner Kollegen könnten doch sehr leicht in die Lage kommen, der Unterführung der auswärtigen Kollegen zu bedürfen. Nachdem hierauf Schmidt, der Vorsitzende des Ausschusses, kurz die finanzielle Lage des Verbandes dargelegt hatte, die dringend eine große Beitragleistung erfordert, wurde der Antrag des Vorstandes mit ungefähr 1100 gegen 120 Stimmen angenommen. Der erhöhte Betrag soll vom 1. Oktober bis 31. Dezember erhoben werden. Zu dem 2. Punkte der Tagesordnung, Beschlusfassung über die Lehnbewegung der Drechsler, referierte Kusze. Die Redner mittheilte, habe man durch die Ausgabe von Fragebogen versucht, ein genaues Bild von den Verhältnissen im Drechslergewerbe zu bekommen. Aus 87 Werkstätten (28 Tischlerwerkstätten und 64

Drechslerswerkstätten) mit 470 dort beschäftigten Arbeitern sind bis jetzt Fragebogen eingelaufen. Nach diesen Fragebogen stellt sich der Durchschnittslohn der Drechsler in Tischlerwerkstätten auf etwa über 21 Mark, während derselbe in Drechslerswerkstätten unter 21 M. liegt; er variiert dabei selbst zwischen 15 bis 21 M. Redner hält deshalb eine Forderung von 21 Mark Mindestlohn nicht zu hoch. Die Bewegung würde keine sehr großen Dimensionen annehmen, da bereits beim Tischlerstreik ein Theil der Drechsler ihre Forderungen erungen hätten. Er bittet die Versammlung, dem Streik, an dem sich vielleicht 800-900 Kollegen beteiligten, zuzustimmen. In der Diskussion sprach sich Tost dahin aus, daß etwa 15 pSt. im Durchschnitt aufgeschlagen werden müssen. Ahrens und Ding wandten sich gegen diese Ausführungen und glauben, daß sich die geforderten 21 M. nicht durchdrücken lassen, weil dazu bei einem größeren Theil der Drechsler ein prozentualer Aufschlag von 30-40 pSt. notwendig wäre. Nachdem noch mehrere Redner für und wider gesprochen, erklärte sich die Versammlung mit dem Vorgehen der Drechsler einverstanden und beauftragte den Vorstand unter Zugiehung der Kommission der Drechsler mit der Leitung der Bewegung. Darauf machte der Vorsitzende noch aufmerksam, daß nach Beschluß der 10 Pfennig-Streikbeitrag pro Woche für Berlin beizubehalten ist, um die fast täglich eintretenden Differenzen mit genügenden Mitteln zu gunsten der Kollegen erledigen zu können.

Zu bezug auf den Versammlungsbericht der Stellmacher in Nr. 174 des „Vorwärts“ theilt uns Oskar Tischer beruhigend mit, daß er der Lohnkommission in ihrer Geschäftsführung keinen Vorwurf machte, sondern dieselbe als Mitglied der Kommission gegen die Angriffe in Schutz nahm.

Etwa 1000 Maurer hatten sich am 30. Juli in Louis Keller's Festsaal versammelt, um sich mit der Frage zu beschäftigen, wie am besten dem Bestreben der Unternehmer, ihnen den Neunstundentag zu entreißen, erfolgreich gegenüberzutreten sei. Der Referent Silberschmidt verwies darauf, daß manchen Unternehmern bereits jetzt der Neunstundentag unangenehm zu werden beginne und die Berliner Maurer Ursache hätten, auf der Hut zu sein. Wie verlautet, habe die Bau-gewerks-Jungung in ihrer letzten Versammlung beschlossen, in nächster Zeit an einem bestimmten Tage die Arbeiter vor die Alternative zu stellen, entweder wieder 10 Stunden täglich zu arbeiten oder entlassen zu werden. Dieser Beschluß sei indessen wenig zu fürchten, ständen doch den bei der letzten Enquete gezählten 750 Unternehmern nur 282 Jungungsmeister gegenüber, von denen noch dazu zur Zeit jener Zählung nur 62 Arbeit hatten. Aus der letzten Woche sei zu melden, daß der Jungungsmeister Schulz (Matthäikirchstraße) an seine Maurer das Verlangen gestellt habe, wieder zehn Stunden zu schaffen. Die Kollegen hätten aber die Arbeit niedergelegt. Auch den bei Leuchner am Ban des Kriegsministeriums beschäftigten Maurern habe man den Antrag gemacht, des Morgens um 6 Uhr mit der Arbeit zu beginnen, ohne indessen Gegenliebe zu finden; der Antrag sei schlantweg abgelehnt worden. Ferner hätten auf einer Reihe von Bauten die Arbeitgeber sozusagen die Fühlhörner ausgebreitet, um heraus zu bekommen, inwieweit die Kollegen standhaft seien. Der Versuch, auf dem Kasernenbau am Tempelhofer Berg statt des dort noch maßgebenden Zehnstundentages die neunstündige Arbeitszeit einzuführen, sei an der Energielosigkeit eines großen Theils der baselst thätigen Maurer gescheitert. Auf den weitaus meisten Berliner Bauten werde nur 9 Stunden gearbeitet, und trotz des ungeheuren Zugriffs der letzten Zeit sei noch keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu verzeichnen. Auf jeden Fall müsse der Kampf um die Erhaltung des Neunstundentages aufgenommen werden, wo sich die Gelegenheit dazu biete. Die Berliner Maurerschaft sei kräftig genug dazu und auch an materiellen Mitteln fehle es

nicht. Jeder einzelne müsse indessen auf dem Posten sein und dürfe auch nicht vergessen, zum Kampffonds das seine beizutragen. Weiterem Zugange auswärtiger Kollegen werde die Kom mission möglichst vorzubringen suchen. (Lebhafte Beifall.) Nach einer theils recht erregten Debatte wurde beschlossen, die Abstimmung über alle eingelaufenen Anträge zu vertagen, bis eine umfangreiche, in aller nächster Zeit vorzunehmende Baufontrolle stattgefunden hat.

Arbeiter-Füngerbund Berlin und Umgegend. Vorsitzender W. Neumann, Osterwalderstr. 3. Alle Versammlungen im Vereinslokal sind zu richten an Friedrich Kottum, Wartenbergstr. 49, u. 3 Tr.

Arbeiter - Handbund Berlin und Umgegend. Versammlungen im Vereinslokal sind zu richten an Karl Güter, Kleine Frankfurterstr. Nr. 7, 1 Tr.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend. Alle Besuche, den Bund betreffend sind zu richten an: Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177 a.

Bildungsverein „Neuer Licht“ (früher Christliche Gesellschaft). Sonntag, den 2. August, abends 7 1/2 Uhr, Alexanderstr. 27 a; Versammlung. Vortrag: Die Entwicklung der Schrift und der Schriftographie. Referent: Herr Robert Gensel. Katauf geselliger Besammlungen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 2. August, 9 1/2 Uhr vom Hoftheaterstr. 22 a; „Versammlung, freireligiöse Versammlung“. Um 10 1/2 Uhr vom ebendort; Vortrag des Herrn G. Wogher: Das Unheil. Verein der Maschinen, Holz- und Gerathemacher Berlin und Umgegend. Sonntag, den 2. August, nachmittags 4 Uhr, Dantestr. 61, Versammlung.

Sozialdemokratischer Kaffeehausverein für den Reichthums-Weichkreie Stralind - Franzburg - Köpenick. Sonntag, den 2. August, vorm. 10 Uhr, bei Hufe, Judentr. 24; Sonntag, Abds. willkommen.

Vergnügungs-Verein Luise Seelen. Generalversammlung und Vorstandwahl im Palais des Herrn Neumann, Reichthumsbergstr. 18.

Vergnügungs-Verein Gloria. Jeden Sonntag, abends 9 Uhr, Sitzung in Röll's Restaurant, Straußbergstr. 8.

Verband der in Holzbearbeitungsberufen und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter Deutschlands. Filiale Berlin I. Mitglieder-Versammlung am Montag, den 2. August, abends 8 Uhr, bei Wille, Unterstr. 26.

„Reform“. Verein für volkthümliche Wissenschaft. Montag, den 2. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Gensel, Wartenbergstr. 178. Vortrag des Herrn Zick über: „Der Werth der Versöhnlichkeit“. Herr Professor Gollinger hat sein Erscheinen zugesagt. Diskussion. Gasse willkommen.

Eingelassene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. M. Dieß Verlag) ist soeben das 44. Heft des 14. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervorzuheben: Der Anteil der Arbeit an der Wertschöpfung der Arbeit. Ein nachgefolgter Aufsatz von Friedrich Engels. Zum Gedächtnis von Engels' Todestag veröffentlicht. — Das Bürgerliche Gesetzbuch und die Sozialdemokratie. Von August Bebel. — Die Sozialdemokratie in Belgien und die sozialistische Partei. Von Prof. Dr. Emil Vand. — Literarische Rundschau. — Rezensionen: Das Ende vom Liede. Eine Geschichte von Konrad Lehmann. (Fortsetzung.)

Von dem „Sitz im Leben“ (Stuttgart, J. G. M. Dieß Verlag) ist soeben das 44. Heft des 14. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervorzuheben: Die Geschichte des Lebens. Das Protokoll des schaffenden Grundbesitzes in England, Irland und Frankreich. Die Einheit in Leben und Liebe bei der Bewegung im Pflanzen- und Thierreich. Die Folgen der Befruchtung.

Das ganze Heft wird in 20 Lieferungen à 30 Pf. komplett vorkommen. — Alle ord. Tage erscheint ein Heft und stimmt jeder Buchhändler und Reproductor Behellungen entgegen.

Deutsche Worte. Monatshefte, herausgegeben von Engelbert Werner, Berlin, 16. Jahrgang 1896. Inhalt des 7. und 8. Heftes (Juli und August Heft): Beiträge zur Geschichte und Kritik des Marxismus. II. Die Überprüfungslogik bei Engel und Marx. Von Dr. G. Schlotzky (Wien). S. 237. — Die Wertschöpfung der englischen Genossenschaft. Von G. G. Webb, überfetzt von G. W. W. (London). S. 272. — Ursprungskritik. S. 282. — Leo Tolstoj's Moralphilosophie und der christliche Marxismus. S. 296. — Literarische Anzeigen. S. 460.

Le devenir social, revue internationale d'économie, d'histoire et de philosophie. Paris, tout les mois en un fasc. de 96 pages gr. in-32. Abonnement annuel: France, 18 fr.; Etranger, 20 fr. 16, rue Soufflot, Paris. Sommaire No. 7 (Juillet). Les origines du romanisme. Etude critique sur la période révolutionnaire. Paul Lafargue. — La nationalisation du sol en Allemagne. Giuseppe Salvioni. — Quelques survivances dans les temps modernes. (In.) Pierre Lacroix. — La force et l'économie dans le développement social (suite) Frédéric Engels. — Revue critique. — A. Foulquier: Le mouvement idéaliste et la réaction contre la science positiviste (G. Soré).

Sonntag, den 1. August, abends 8 1/2 Uhr:
Große Dampfer-Nacht-Partie
nach **Strandschloss Müggelsee**
auf festlich illuminiertem Dampfer. — Fahrpreis hin und zurück 50 Pf.
Abfahrt an der Stralauer Brücke. Rückfahrt 1-2 Uhr.
L. Kahnt.

Köpenick. „Pferdebucht“ Sonntag, 2. August:
Großes Erntefest.
Kinder-Erntefestzug unter Leitung des Herrn Südecke, große Heberroschungen, Volksbelustigungen aller Art u. a. Foubon-erger. Abends in natürlicher Laubwald: Lebende Bilder bei bengalischer Beleuchtung u. c. — Anfang früh 9 Uhr. — Festzug 5 Uhr. Die Kaffeelände ist von 2 bis 4 Uhr geöffnet. — 2 Regelmäßig. — Schießstand. W. Magdeburg.
Seht gepflasterter Weg von Köpenick und Gaudsdorf.

Hirschgarten, Restaurant zum Aussichtsturm.
Bahnhofsstation. — 8 Minuten Waldweg. — Einzige Dampfer-Station Hirschgarten. Idyllisch und herrlich am Wald u. Wasser gelegenes schönes Etablissement der Oberspre. Saal mit Pianino. Jeden Sonntag: Gr. Tanz. Kaffeeküche. 2 verdeckte Regelmäßig. Gute Biere. Ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. Gesellschaften ermäßigte Preise. Ruderboote. — Große Spielplätze. — Ausspannung für 10 Pferde. Telephon: Amt Köpenick Nr. 100. [5436L.] Th. Bawert.

Restaurant Zeuthen-See.
Inhaber: Ernst Kuntzel. Station Zeuthen (Görlitzer Bahn). Fernsprecher: Amt Königs-Wusterhausen Nr. 19. Vorzüglicher Ausflugsort für Landpartien, größere Gesellschaften, Vereine u. c. — Angenehmer Aufenthalt an Wald und Wasser. — Großer und kleiner Tanzsaal, neue verdeckte Sommer-Regelmäßig, Billards, Kaffeeküche. Große Anlagebrücke für Dampfer u. Segelboote. Zu erreichen per Bahn, Wasser u. Chaussee.

Carolinenhof. C. Mandt, Restaurant.
Dampfschiffstation. [5427L.]
Zwischen Grünau und Schmöckwitz schönster Punkt der Oberspre. Ständige Omnibus-Verbindung Bahnhof Grünau. Wald-Spielplätze.

Hanekel's Ablage, Käppel's Restaurant.
Großer Garten und Saal.
Wald, Wasser und dicht an der Station gelegen, empfiehlt sich zu Ausflügen u. Kaffeeküche. Gute Speisen und Getränke. Ausspannung.

Restaurant Marienheim Köpenick, Kaulsdorferstrasse 5, 2. Restaurant vom Bahnhof. Garten. 2 Regelmäßig. Kaffeeküche. Solide Preise. Otto Zacher.

Paster's
Gesellschafts-Säle
Neue Königstrasse 7.
Säle von 100-400 Personen mit Garten für Festlichkeiten und Versammlungen. 6018L.*

Mart. Berndt's Würstelbude
empfehlen nach wie vor allen Freunden und Bekannten ihren vorzüglichen Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch. Jeden Sonntagabend von 6 Uhr ab: H. Einboine. Für gute Biere ist selbstverständlich bestens Sorge getragen. Um zahlreichen Besuch bittet Martin Berndt, Dantestr. u. Alexandrinenstrassen-Ecke.

Restaurant Klugmann
(Wagner's Ruh), Rummelsburg, Chausseehaus, herrl. schattig. Garten, 5000 Personen fassend, Natur-Wald, überdeckte Regelmäßig, Kaffeeküche. *

Johanniethal, Egger's
Restaurant, Roonstrasse 2.
viadukt. Vertikales, Dekoration, billige Restauration, Regelmäßig. [5335L.]

Pferdebucht, Köpenick,
schönster Laubwald und größte Spielplätze der Umgegend, Kaffeeküche, Regelmäßig, Schießstand, Würstelbude. 5336L.* W. Magdeburg.

Erntefest's Volksgarten,
Johanniethal. [5397L.]
Jeden Sonntag: Tanz, Ausspannung, 4 Regelmäßig. Familien, Kaffeeküche.

Sänger's Ruh
Gust. Haufel
Beelighof (Wannsee)
in 20 Min. vom Bahnhof Schlachtensee sowie Wannsee zu erreichen.
Großer schattiger Garten, Kaffeeküche, Regelmäßig u. f. w. Vorzügl. Speisen und Getränke. 5302L.*
Große verdeckte Hallen u. Saal für Vereine und Gesellschaften stehen zur Verfügung. Bei größeren Partien Preisermäßigung.

Carl Ulrich, Buffetier.

Louisenstädtisches Klubhaus,
Annonenstrasse 16. Telephon: Amt VII, K. 3733.
Hierdurch die ergebene Mittheilung, daß ich die obengenannten Lokalitäten (früher G. Berger) übernommen habe. Es wird mein eifriges Bestreben sein, alles anzubieten, den Wünschen der Gesellschaften und Vereine, sowie den mich besuchenden Gästen in jeder Weise gerecht zu werden. Für gute Speisen und Getränke werde ich stets Sorge tragen.
Saal bis 250 Personen fassend, zu Versammlungen und Festlichkeiten, sowie Vereinszimmer jeder Größe stehen unentgeltlich zur Verfügung.
Um gütigen Zutritt bittet
Hugo Grosse.

Restaurant Strandschloß am Müggelsee.
Empfehle mich den Vereinen und Gesellschaften. A. Dagobrod.

Volks-Badeanstalt Rixdorf.
Canner Chaussee. A. Stolzenburg.
Empfehle den geehrten Bewohnern von Rixdorf und Umgegend meine renovirte Badeanstalt für Herren u. Damen mit Schwimmbassin. Billige Abonnements u. Ausbildung f. Schwimmschüler. Schönst. Aufenthalt in schattigen Garten. 4 gute Kegelbahnen u. sonstige Volksbelustigungen. Kaffeeküche.
Jeden Sonntag: Gr. Konzert, Spezialitäten u. Theatervorstellung, im Saal: Gr. Ball. Vereinen steht mein Lokal unentgeltlich zur Verfügung

Für Kranke! Für Kranke!
Echter Cognac
Original-Abzug von Gergonne & Cie.
per Flasche 1,50-5,00 Mark.
Medizinal-Ungarweine, franz., Rhein-, Moselweine.
Neustädtische Kirchstrasse 12
am Bahnhof Friedrichstrasse.
5306L.*

Für Hausfrauen.
Ausnahme alter Wollfäden
aller Art gegen Lieferung von Kleider-, Unterrock-, Mantelstoffen, Damentüchern, Buckstind, Strickwolle, Vorstücken, Schloß- und Teppichdecken in den neuesten Mustern, zu billigen Preisen durch R. Eichmann, Balloustedt a. H. — Leistungsfähigste Firma!
Annahmestelle und Musterlager bei: Fr. A. Streblow, N., Biesenstr. 20 a; Fr. E. Gehr, S., Bärwalderstr. 3; Fr. Krenia, S., Briegerstr. 21; Fr. S. Jacher, W., Charlottenstr. 31, II; Fr. Jakob, N., Gieselerstr. 97; Fr. E. N., Weidenburgerstr. 80, part.; Fr. Wintow, N., Briegerstr. 40 III; Fr. Wastewitz, O., Krautstr. 55 a. 5376L.*

Unterricht f. Maur. u. Zimmerer
billig. Spezial-Ausbildung zum Polier
d. erf. prakt. Lehr. m. Staatsprüf. Trift-
straße 5, r. part. Sonnt. 8-12, Mittw. 8-10.

M. J. Hahlo,
Patentanwalt,
Berlin NW., Karlstrasse 8.
Patentnachsichtung und
Verwerthung. [55952*]
Kath. Auskunft und
Konferenzen kostenfrei.
Erste Referenzen im In- u. Auslande.

Für Landpartien und
Sommerfeste
empfehlen wir in großer Auswahl:
Stadlaternen, Lampions,
Fahnen, Papier-Mützen,
Papier-Schürzen, Radan-
gläten, sowie Verloosungsgegenst.
Neul Stadlaternen u. Fahnen
mit Aufsicht d. Berliner Gewerbe-
Ausstellung 1896! Neul
Händler und Arbeitervereine erhalten
d. billigsten Fabrikpreise. 5413L*
S. & G. Saulsohn, Berlin C.
Kaiser Wilhelmstr. 19a.
Papiergroßhandlg. Papierwaarenfabr.

Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuh-
fabrik von W. Hirschke, gegründet 1872,
Skalingerstr. 13, Ecke Admiralstraße,
am Kottbuser Thor. 50152*

Achtung! Kein Laden.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren
1 Mark. Garantie rein amerikanische
Tavale. Nippentafel 2 Pfd. 60 Pfg.
5223L*
H. F. Dinslage,
Kottbuserstr. 4, Hof part.

Fruchtweine
Johannisbeerwein, weiß und roth, Stachel-
beerwein, Heidelbeerwein 1/2 l. 75 Pf.
2 Liter 1 Mark 1/2.

10
PENNIG
pro Glas.
DEUTSCHES REICH 1896
1/10 Liter.
Kohlhölle der Berliner Groß-Debitoren
Berliner Gewerbe-Ausstellung
Ehrl. Ehrenmitglied, Reichsaussch. f. d. G.
Eugen Neumann & Co.
Detail-Verkaufsstellen:
Belle-Alliance-Platz 7, Friedrichstr. 91, Cransien-
straße 8, Genslerstr. 29, Potsdamer Damm 7.

**Haben Sie Wanzen?
Haben Sie Schwaben?**
Dann ist es Ihre Schuld! — Verwenden
Sie doch R. Hoffers Spezialmittel, welche
diese Thiere u. ihre Brut sofort tödten
und ihr Wiederkommen verhindern.
Dose 50 Pf. und 1 M. beim Erfinder
Rud. Hoffers, Mantuffelstr. 57 u.
Reichenbergerstr. 55.

Achtung! Kinnst. Zahn u. 3 M. an, Theilw.
wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn-
ziehen, Zahnreinigung, Nervendten bei
Bestellung unkonst.
Gudiel, Kaufherplatz 2, Gfasserstr. 12

Möbel u. Polsterwaaren,
reelle Waare empf.
Franz Tutzauer,
Tischlermeister, [49920*]
Berlin SW., Bücker-Strasse 14.

Wohnungen
von Stube und Küche zum 1. Oktober,
auch sofort, billig zu vermieten bei
Hübner,
5779L* Zwincmünderstr. 35.

Billige Wohnungen
von Stube, Küche, Zubehör zu verm.
Nigdorfer, Prinz-Gauderstraße 55.
Wohnungen von 4, 3, 2 u. 1 Stube,
Küche, Zubehör, Pferdehülle zu 6 und
3 Pferden, Memfen und Lagerkeller
billig zu vermieten, nahe der Bahn,
Frankfurter Allee 16. 2907b

Gesunde Wohnungen im SO.,
Eisenstraße, 5 Minuten vom Bahnhof
Treprow, an der Planfabrik, im neu
erbauten Gebäude per Oktober ev. auch
früher preiswerth zu vermieten.
Käfered daselbst auch Sonntags von
9 bis 11 Uhr vorm. Besichtigung.
Wohnungen in Weihenfer, Königs-
Chaussee 24. 1-3 St. u. R. zum Preise
v. 120-360 M. Zu erst. 2 Tr. 1. 2951b
Möbl. Zimmer an Herrn, 10,50 (Sep.
Gg.) Pentert, Engel-Allee 2c. Querg. IV.
Gebt. Schlafst. Mantuffelstr. 50, v. 1 r.
Möbl. Schlafst. v. Ww. Geil, Man-
tuffelstr. 51a, v. 2 Tr. 2962b

Billigste Gelegenheit
einer vorzüglichen Beköstigung
in der Gewerbe-Ausstellung
Brauerei-Ausschank der Brauerei Pichelsdorf
im Vergnügungspark (vom Eingange rechts geradezu).
bestehend aus: Suppe, Fisch oder Fleisch, — Braten mit Compot u. Salat,
Eis — Butter und Käse — von 1-4 Uhr.
Diners,
zu **80 Pfennig.**
Reichhaltige Speisekarte zu sehr billigen Preisen.
Vorzügliches helles und dunkles Pichelsdorfer Bier
à Glas 1/10 Liter 15 Pf.
Musik der eigenen Matrosen-Kapelle.
Raum für 6000 Personen. Abends glänzende Beleuchtung. Entree frei.



*In wannem Zeit set
sich der Pichelsdorfer
Bismarck, der Pichelsdorfer
einmal von uns allm
selbstgemachte Litzsch, Herb
und Herb. Mampe mit
Pomeranzen. In der
Litzsch Pichelsdorfer
wurden.*
Ich habe jetzt einige
Pomeranzen für von
zum Schöpfen gepulvert, ist
zum Schöpfen zum besten
parafinierte Pichelsdorfer
Pomeranzen können zu
Kap für ein Schöpfen
wie für ein Schöpfen
Abbildung zeigt. Zwei Schöpfen
sind im Bild und man
zu Pichelsdorfer.

Carl Mampe
Alleiniger Fabrikant des echten
"Halb und Halb" Mampe mit Pomeranzen.
Berlin, N. Veteranenstrasse 24.
Reg. 4212

Auszug
aus dem Gesetz zum
Schutz d. Warenbezeichnung
vom 12. Mai 1894.
§ 14.
Wer wesentlich oder aus
grober Fahrlässigkeit Waren
oder deren Verpackung oder
Umhüllung, oder Ankündigun-
gen, Preislisten, Geschäfts-
briefe, Empfehlungen, Rech-
nungen oder dergleichen mit
dem Namen oder der Firma
eines Anderen oder mit einem
nach Maßgabe dieses Gesetzes
geschützten Waren Zeichen
widerrechtlich versetzt oder
dergleichen widerrechtlich ge-
kenntlichete Waren in Ver-
kehr bringt oder feilhält, ist
dem Verletzten zur Entschädi-
gung verpflichtet.
Hat er die Handlung wesent-
lich bezogen, so wird er
ausserdem mit Geldstrafe von
einhundert bis bis fünf-
tausend Mark oder mit Ge-
längnis bis zu sechs Monaten
bestraft. Die Strafverfolgung
tritt nur auf Antrag ein. Die
Zurücknahme des Antrages ist
zulässig.
§ 15.
Wer zum Zweck der Täu-
schung in Handel und Verkehr
Waren oder deren Verpackung
oder Umhüllung, oder Ankün-
digungen, Preislisten, Geschäfts-
briefe, Empfehlungen, Rech-
nungen oder dergleichen mit
einer Ausstattung welche inner-
halb bestimmter Verkehrskreise
als Kennzeichen gleich-
artiger Waren eines Anderen
gilt, ohne dessen Genehmigung
versetzt, oder wer zu dem
gleichen Zwecke dergleichen ge-
kenntlichete Waren in Ver-
kehr bringt oder feilhält, ist
dem Verletzten zur Entschädi-
gung verpflichtet und wird mit
Geldstrafe von einhundert bis
dreitausend Mark oder mit
Gefängnis bis zu drei Monaten
bestraft. Die Strafverfolgung
tritt nur auf Antrag ein. Die
Zurücknahme des Antrages ist
zulässig.

Hackescher Markt 4 J. Brünn Am Stadtbahnhof
(Ecke Neue Promenade) **Börse.**
Nach beendeter Saison gelangen nunmehr zum
Ausverkauf:
Teppiche! Gardinen! Steppdecken!
Fertige Wäsche! Leinenwaaren!
zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen. 5598L*

Hüte Parteigenossen!
nur mit [55072*]
Hüte Kontrollmarke,
Schirme, Stöcke, Kravatten.
Otto Gerholdt, Dresdenerstraße 2.
Ecke Skalitzerstr.

Nussbaum-Einrichtung, ausw. Repar. u. Best.
bestellte Arbeit, neu, umständehal. mit Alte Stiefel, reell u. billig. Range,
Verlust verlässlich Admirastr. 8, v. I. I. Oranienstraße 152. 2945b

Achtung! O. J. Engelke, Neue Jakobstr. 26,
schönen alten Nordhäuser Bitter 1. — 1/2 l. 0,50,
extra alte Waare 1,40, " " 0,70.
Kleinverkauf von 10 Pf. an.

Bekanntmachung. 56238*
Wegen schleuniger Räumung muß das große Waarenlager der
H. Dannenberg'schen Nachlass-Konkursmasse,
Lübeckerstrasse 20.
bestehend in: Corsets, Herren-, Damen- u. Kinderwäsche, Oberhemden, Servitens, Gadeartikel,
Leinen-, Weiß- und Schuhtwaaren, Schürzen, Unterröcke, Trikotsagen, Wollwaaren, Sportartikel,
Handschuhe, Strumpfwaren, Capisrien, Handarbeiten, Wolken, Garnen, Zwirnen, Seiden,
werktäglich von 9-1 Uhr vormittags u. 3-9 Uhr nachmittags
zu festgesetzten **Taxpreisen** ausverkauft werden.
Sonntags geschlossen. — Bei Einkäufen von 10 Mark ab wird Fahrgehd vergütet.

Herren-Hüte 65 Pf.
Bessere Hüte, enorm billig,
verkauft aus der Fabrik
im Komptoir 2139b
Barnimstr. 4/5.
Rastanien-Allee 101.

Möbel-Gelegenheitsanf
passende Gelegenheit für Brautleute. In
meinem größten Möbelspeicher, Neue Königs-
straße 62, sollen ca. 200 Wohnungseinrichtungen,
verleihen gewesene und neue Möbel zu jedem
annehmbaren Preise verkauft werden. Durch
sehr große, billige Gelegenheitskäufe ist es mir
möglich, schon ganze Wirtschaften für 50, 100,
200 Mark abzugeben. Theilnahme gefaltet.
Kamman ohne Anzahlung, Kleiderplatz 16 Mark,
Kommenden, Kleiderplatz 12, Aufbaum-Kleider-
spinden, Vertikons 20 Mark, Aufschlüssen
25, Weistellen mit Vorhangen 18 Mark, Sopha
18, Säulenstühle, Kleiderstühle, hochlegant 22,
Trümele mit Säulen und Aufsätzen 22,
Bücherstühle, Tischstühle 20 Mark,
Bücherstühle 75 Mark, Steppdecken, Tisch-
decken, Gardinen, Fenster 6 Mark. Gekaufte
Möbel können drei Monate kostenfrei auf
meinem Aufbewahrungsgelände lagern, werden
durch eigene Kelpatne transportirt, auch nach
auswärts. 4211*

Sonnabend: Resterverkauf
Beachtenswerth für Schneider!
[5563L*]
Aug- u. Jakobstrasse
Brenner & Cie.
Alte Jakobstr. 57/59.
Jedes Maß zu Engrospreisen.

Album- und Lederwaaren-Fabrik
O. Gundau
Granienerstr. 30, Ecke Adalbertstraße.
Gr. Lager aller Arten Lederwaaren und
Schmucksachen zu billigsten Preisen.

Deutscher Portier.
Dessert u. Maßkräftiger l. Nang. d.
Brauerei Burgkaster, Potsdam,
gegr. 1736, bef. f. Blumarne, Brühlstr.
Weichl., Böhm., Ste-
kott, zc. d. leicht be-
kannst, nahrh. kräfti-
gste Bier. — In
Blutbild., des. best.
Weichl. u. Ge-
wichtsm. überaus h.
14 Pf. drel, 50 Pf.
jeht 1/2 l. extl. In
Geb. 1/4, 1/2, 1/10 l.
Selbstlab. wesentlich
billiger. Allein Ver-
kaufst. f. Berlin u.
Prov.: Portierkellerei
Ringier, Berlin,
Brennenerstr. 152.
Nicht Flaschenzahl! —
Qualität entscheidet!

10 Jahre Garantie!
für das Drehen oder Erhalten der Taschen-
uhren weiner
Patent-
Zug-Harmonikas
patentirt in verschiedenen
Gütern, in Deutschland pa-
tentirt und geschützt unter
No. 4732. Bekanntlich
kann bei den bis-
herigen Zugharmoniken
zu jeder Zeit eine oder
mehrere Haken bre-
chen, wodurch das In-
strument unbrauchbar
wird. Dies kommt bei
meinen neu erfun-
denen Instrumen-
ten nicht mehr vor.
Ein solches Instru-
ment, vollständig mit
Ornament, 2 Stimmen, 2
Haken, 2 Register, oder
nur Nickel-Platin, Silber, weißem
unverwundlichem Doppelzug mit Silbernen
Edelsteinen, 35 cm hoch, liefert für nur
24 5/10. Dasselbe Instrument dreistimmig mit
3 Registern nur 27 5/10. Porto 50 Pf.
Schülerharmonika und alle unkonst. In-
strumente werden franco. Zu beziehen nur ab-
direct vom Erfinder **Heinrich Suhr in**
Neuenrade, Westfalen.

Jede Uhr
repariren u. reinigen kostet
bei mir unter Garantie des
Gutgehens nur 1 M. 50 Pf.
außer Bruch, kleine Reparaturen
billiger. Großes Lager neuer und
gebrauchter Taschenuhren, Regula-
toren und Wecker, alle Arten Ketten,
sowie Brillen und Vincenz.
Carl Lux, Uhrmacher.
35, Chaussee-Strasse 35.
Bitte genau auf. No. 35 z. ach